

haben umgebaut, haben ihre Richtlinien, haben Geld ausgegeben, ob es jetzt Gemeinden, Private oder Vereine sind, das ist ganz egal, haben sich bemüht, und jene, die sich bemüht haben, sind dafür bestraft, daß sie jetzt mit weniger Kindern, mit 25, dort ihre Kosten reinbringen müssen. Die anderen, die gar nichts getan haben, die wahrscheinlich geglaubt haben, es wird eh nichts passieren, die haben nicht umgebaut und haben heute ganz andere Kosten. (Abg. Trampusch: „Die auch die nächsten drei Jahre nichts geworden wären!“) Das ist keine Frage. (Abg. Tasch: „Ich kann nicht wie ein Nikolaus durch das Land gehen und sagen, was kostet die Welt!“ – Abg. Dr. Karisch: „Die privaten Kindergärten tun sich schwerer!“) Frau Abgeordnete, ich sehe vollkommen ihre Lage. Private Kindergärten tun sich schwerer. Aber glauben Sie, wenn das heute im Geschäftsleben ist, daß dem einen, der nicht kann, dafür geholfen wird, daß er weniger getan hat oder weniger geleistet hat? Das glaube ich weniger. Ich glaube, für unsere Kinder müßten wir das Leistungsprinzip aufrechterhalten, daß sich ein jeder dran halten muß. Das ist für mich entscheidend. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Es gibt mehr Gemeindekindergärten!“)

Den Gemeinden geht es ja nicht besser. Gerade das wundert mich bei Ihnen, Herr Klubobmann. Sie sagen, der Kindergartenerhalter, und das freut mich, daß Sie sagen, es sind mehr Gemeinden, das freut mich, aber mich wundert es, daß Sie so viel Rücksicht haben von der ÖVP, daß den Gemeinden jetzt nicht die großen Kosten auferlegt werden können, weil bei anderen Dingen, wenn ich nachdenke, ich brauche nur denken an das Pflegegeld, da haben Sie kein Problem, im Rationalisierungs-Ausschuß zu beschließen, von 20 auf 30 Prozent, was immerhin 50 Millionen Schilling ausmacht. Da haben Sie keine Bedenken, aber wenn es um die Kinder geht, dann schauen Sie auf die Gemeinden. Da mißt man mit einem falschen Maß. (Abg. Mag. Bleckmann: „Reden Sie einmal mit Ihrem Finanzlandesrat!“) Herr Klubobmann, die Kurve haben Sie früh genug gekratzt. In Wirklichkeit habt ihr es mitbeschlossen und wart dieser Meinung, das geht über die Bühne. Als ihr gesehen habt, daß das nicht so einfach geht, daß sich das die eigenen Gemeinden nicht gefallen lassen, dann habt ihr die Kurve gekratzt. In Feldbach haben im Sozialhilfeverband 55 Gemeinden – (Abg. Dr. Maitz: „Es gibt einen Unterausschuß, der die Zahlen zu prüfen hat!“) hören Sie mir zu – einen einstimmigen Beschluß gefaßt – eine Resolution, und Sie werden sie schon haben, Sie haben auch geantwortet, daß sie sich das nicht leisten können. Sie müssen Ihre Bürgermeister fragen, und nicht oben drüber das beschließen. So kann es nicht sein. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Es war kein Beschluß, sondern ein Vorschlag, und das wird geprüft!“ – Abg. Trampusch: „Weil wir Parteienvereinbarungen verlangt haben, habt ihr Angst gehabt, weil eure Gemeinden auf unserer Seite sind!“) Herr Klubobmann, das wissen wir alle, daß wir das bis 1995 neu überdenken müssen. So ist es auch vorgesehen. Aber nur, was Sie gemacht haben, das war ein Schritt, darüber müßte man vorher schon nachdenken. Aber ohne die Gemeinden darf man die Rechnung nicht machen. Das haben Sie auch präsentiert bekommen. (Abg. Dr. Maitz: „Sie machen in Feldbach Propaganda. Das habe ich schon gehört!“) Wenn Sie Tatsachen als Pro-

paganda sehen! Aber die Gemeinden haben Ihnen gesagt, jetzt nicht möglich. Gerade Sie müßten wissen, wo Sie so viele Bürgermeister haben. Den Gemeindebund haben Sie ja auch nicht angehört. Der will auch 25 pro Gruppe. Oder ist das anders? Was sagt der Gemeindebund? Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Gemeindebund sagt, hebt es auf bis zu 30 Kinder. (Abg. Dr. Maitz: „Machen Sie Ihre Propaganda, wo Sie wollen. Wir arbeiten sachlich!“) Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich glaube nicht, daß die Bürgermeister selber darüber glücklich sind gegenüber den Eltern. Das kann ich mir nicht vorstellen, denn ich selbst kann das feststellen. (Abg. Dr. Maitz: „Mehr Kinder kann man hineinnehmen!“) Glauben Sie, daß nur das entscheidend ist, und nicht die pädagogische Seite? (Abg. Tasch: „Wer hat am Telefon gesagt, es gibt keine Chance, einen zweigruppigen Kindergarten zu führen?“)

Herr Kollege, das freut mich, daß du es als Bürgermeister sagst, es ist ja klar. Die waren ja sowieso in der Klemme, die waren ja deshalb in der Klemme, weil sie Versprechen gehabt haben und erst in fünf Jahren das Geld bekommen, so war es ja früher. Kein Wunder, daß es da einen Rückstand gibt. Ich verstehe ja die Bürgermeister, auch deine. Aber nur, eines muß ich sagen, man muß einmal einen Schnitt machen, der Ehrlichkeit wegen, damit nicht hier ein unlauterer Wettbewerb herauskommt, 25, und nur in Ausnahmegenehmigungen kann man das zulassen. Das war ja bis jetzt möglich. (Abg. Dr. Maitz: „Fristerstreckung!“) Nicht Fristerstreckung, Sie können das mittels Bescheid, daß die Kindergärten auch überprüft werden. Herr Klubobmann, Sie wissen ganz genau, daß es hier um alte Kindergärten geht, um Kindergärten, wo die Bescheide alt sind, wo die Bescheide wahrscheinlich nicht mehr dem heutigen Stand entsprechen. Ich glaube, das sollte sich die Rechtsabteilung sehr wohl anschauen zum Schutze unserer Kinder. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du kannst 20 machen, du kannst 10 machen!“) Deshalb fordere ich hier noch einmal, überdenken Sie das, bleiben wir bei den 25 Kindern, und machen wir dort, wo es die Novellierung 1991 auch zusagt, machen wir dort Ausnahmegenehmigungen, aber mittels Bescheid, daß man sich auch das anschaut zum Schutze unserer Kinder. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 9.56 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist die Frau Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Karisch (9.56 Uhr): Darf ich reden? Bitte, ich bin dankbar, daß Sie mir das erlauben.

Es sind ein paar Dinge, auf die ich kurz eingehen möchte. Es hat sowohl die Frau Kollegin Gross gestern abend gesagt, der Kindergartenbaufonds würde gekürzt. Das hat auch der Herr Landesrat Ressel in seiner Budgetrede gesagt. Dem möchte ich entgegen-treten, das stimmt nicht. Der Herr Klubobmann Maitz hat heute schon vorgerechnet, Landeshauptmannstellvertreter Jungwirth hatte, glaube ich, 5,5 Millionen im Kindergartenbaufonds, bis 1993 ist es von Jungwirth weg auf 20 Millionen, also eine Erhöhung von 350 Prozent, gekommen. Das ist das erste. (Abg. Trampusch: „Darf ich den Herrn Prof. Jungwirth in Schutz nehmen? Er hat 8,660.000 Schilling gehabt!“) Ich rede

weiter! (Abg. Trampusch: „Nennen wir konkrete Zahlen!“) Jedenfalls wir haben eine Erhöhung von über 300 Prozent, das ist unbestritten, in wenigen Jahren gehabt. 1993 fanden sich im Budget für den Kindergartenbaufonds 20 Millionen. Wir genehmigen heute wieder 20 Millionen für diesen Kindergartenbaufonds, von einer Kürzung kann nach Adam Riese in diesem Sinne nicht die Rede sein. Ich bitte Sie, solche Greuelpropaganda nicht zu machen. Aber es gibt etwas anderes. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner hat dem Herrn Landesrat Ressel ein Kuckucksei in diesen ersten Voranschlag 1994 hineingelegt. (Abg. Dörflinger: „Das ist ungeheuerlich!“) Bitte, hören Sie zu! Ich glaube, so sehe ich es! Und zwar folgendermaßen, sehr geschickt finanzmäßig gemacht, und zwar neben die schon vorhandenen 20 Millionen Ermessensausgabe noch eine Pflichtausgabe von 20 Millionen, man höre und staune. (Landesrat Ing. Ressel: „Kennen Sie die Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung?“) Paragraph 4 Absatz 3 des Kindergartenbaufonds-Gesetzes sieht vor, daß auf die Gewährung von Mitteln des Kindergartenbaufonds kein Rechtsanspruch besteht. Soweit ich das beurteilen kann, kann daher eine Förderung aus dem Kindergartenbaufonds kein Rechtsanspruch sein und keine Pflichtausgabe. Das ist keine Pflichtausgabe, kann keine sein. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist ein Beschluß. Das hat mit der Drittwirkung nichts zu tun!“) Ich weiß, daß es keine Pflichtausgabe ist, und daher wird es auch nicht genehmigt, daher wurde es herausgenommen. Es ist eine Ermessensausgabe von 20 Millionen drinnen, genausoviel wie voriges Jahr, und das geht weiter. Soviel zum Kindergartenbaufonds.

Ein zweiter Punkt: Herr Klubobmann Trampusch, Sie haben gesagt, daß die Steiermark Kinder verliert. Das stimmt, also Kinder verliert sie nicht, sie verliert an Bevölkerung. Das bezieht sich aber nicht nur auf die Kinder. Unsere Geburtenrate ist nicht viel kleiner und nicht wesentlich anders als in anderen Bundesländern. Der Bevölkerungsschwund geht auf die Abwanderung in der Mur- und Mürzfurche zurück, was man sehr genau aus der Statistik nachverfolgen kann. Und daß das passiert, das geht darauf zurück, daß die verstaatlichte Industrie trotz sehr großer Investitionen Arbeitsplätze verloren hat und viele junge Menschen, potentielle Eltern, abgewandert sind. Hartberg hat eine hervorragende Geburtenrate zum Beispiel, die die Steiermark – (Abg. Trampusch: „Wir liegen bei der Geburtenrate niedriger als andere Bundesländer!“) Die Geburtenrate ist in der Steiermark nicht schlechter als in anderen Bundesländern. Es ist nur die Abwanderung. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist ein Irrtum. Die Steiermark ist das einzige Bundesland, das Einwohner verloren hat!“) Ja, richtig, weil wir eine große Abwanderung haben in einigen Gebieten. Aber ich komme zum Kindergarten. (Abg. Dörflinger: „Ist das eine Kritik an jenen, die nicht so viele Kinder haben?“) Ich weiß nicht, warum Sie sich so aufregen! (Abg. Günther Prutsch: „Weil Sie einen Blödsinn reden!“) Also ich glaube, es ist unbestritten, daß in der Mur- und Mürzfurche – ich habe mir lange Jahre die Statistiken über die Volkszählung angeschaut – (Abg. Trampusch: „Die Geburtenrate geht zurück!“) Die Geburtenrate geht überall zurück, die geht in Kärnten auch zurück!

(Abg. Dörflinger: „Trotz Zernatto?“) Ich meine, in etwa! (Abg. Dörflinger: „Trotz Zernatto geht in Kärnten die Geburtenrate zurück?“) Das hat mit dem Zernatto nichts zu tun, aber bitte! (Abg. Gennaro: „Ich bin froh, daß die Kinder nicht unter das Konsumentenschutzgesetz fallen!“) Ein weiterer Punkt: Wenn Sie still sind, darf ich bitte weiterreden. Ich weiß nicht, ob sich das da drüben weiter abspielt.

Meine Damen und Herren, und jetzt möchte ich aber zu etwas kommen, was mich persönlich sehr bedrückt. Ich habe mir in den letzten Wochen Kindergarten Zahlen angeschaut. Ich habe sie mir vor allem im Raum Graz angeschaut. (Abg. Ussar: „Graz ist nicht Steiermark!“) Im Raum Graz bin ich zu der Erkenntnis gekommen, daß die Kindergartendeckungsquote sinkt. Sie war schon höher, die letzten Zahlen: 6976 Kinder auf der einen Seite und 5126 Kindergartenplätze auf der anderen Seite ergeben eine Deckungsquote von nur noch 73 Prozent. Die Deckungsquote war in Graz schon größer. Städtische Kindergärten decken nur noch wenige, ich sage rund 35 Prozent, der Grazer Kinder mit einem Kindergartenplatz ab. Es sind etwas weniger, wenn man es genau durchdividiert. Es gibt nach meiner Information 2362 Kindergartenplätze in städtischen Kindergärten. 2764 dagegen, also wesentlich mehr oder doch um einiges mehr, in nicht städtischen Kindergärten. Und jetzt gibt es ein großes Problem. Der Herr Klubobmann Maitz hat Ihnen genau vorgerechnet aus der Statistik, wenn man zwingend die 25 im Herbst einführen würde, wie viele Kinder im ganzen Land sozusagen keinen Platz hätten. Das waren etwas über 1000. Ich habe Ihnen das letzte Mal schon gesagt, und das möchte ich wiederholen, das ist eine große Sorge von mir, es hätte passieren können – wir tun es jetzt nicht –, es hätte passieren können, daß eine ganze Reihe von nicht städtischen Kindergärten in Graz zusperren müßte, wenn die Zahl 25 aufrechtbliebe. Und da könnten leicht noch einmal 800 oder 1000 Kinder auf der Straße stehen. Ich sage das jetzt nicht, um Polemik zu machen. Ich glaube das. (Abg. Gennaro: „Glauben Sie, was Sie sagen?“) Ja, ich glaube das, und ich werde es Ihnen gleich erklären. Ich sage das jetzt nicht, um Polemik zu machen. (Abg. Gennaro: „Sie nicht. Um Gottes Willen – totale Fehleinschätzung!“) Danke!

Ich sage das jetzt nicht, um Polemik zu machen, sondern ich sage das jetzt aus tiefer Sorge mit der Bitte, sich dafür einzusetzen, daß es in Graz zu einer Änderung der Verhältnisse kommt, damit wir im Jahre 1998 die Gruppengröße auf 25 senken können, ohne daß uns die Versorgung in Graz wegbricht. Ich sehe diese Gefahr heute. (Abg. Gennaro: „Was sagen Sie zu den städtischen Kindergärten? Graz ist beispielgebend!“)

Darf ich Ihnen etwas dazu sagen? Ich habe bei meinen Untersuchungen festgestellt, daß wir in der Stadt Graz eine Zweiklassengesellschaft von Kindern haben. Auf der einen Seite jene 34 Prozent der Grazer Kinder, die die Möglichkeit haben, einen städtischen Kindergarten zu besuchen, der für die Eltern relativ billig ist, da bin ich dankbar dafür. Wo die Stadt Graz dreieinhalb- bis viertausend Schilling – ich habe das tief angesetzt, es ist wahrscheinlich ein bißchen mehr, die Zahl ist schon etwas älter, sie ist sicher inzwischen gewachsen – dreieinhalb- bis viertausend Schilling pro Monat pro Kind an Abgang zuschießt. Und jetzt zur

Frage der restlichen 66 Prozent der Grazer Kinder: 25 oder 26 Prozent davon bekommen gar keinen Kindergartenplatz, die kosten die Stadt Graz Null-Komma-Josef. Ein anderer, etwas größerer Prozentsatz – rund 40 Prozent aller Grazer Kinder –, befindet sich in anderen Kindergärten, vor allem in den privaten. Es gibt auch ein paar Bundes- und Landeskindergeräten, das sind 181 oder 183 Kinder, das ist nicht sehr viel. Aber für jene Kinder, die in einem privaten Kindergarten sind, ganz gleich, ob Verein, ob Kinderfreunde oder Pfarre, ob evangelisch, ob katholisch, ob eine private Kindergartenunternehmerin, zahlt die Stadt Graz an Subvention monatlich, wenn es ein Halbtagsplatz ist, 66 Schilling dazu, und es war weniger als die Hälfte noch vor einem Jahr. Für ein Ganztagskind zahlt sie mehr. Ich bin sehr dankbar, daß die Stadträtin Konrad 2000 Schilling pro Kind und Jahr in den Ganztagsgruppen dazulegt. Ich habe das dividiert, und da kommt noch etwas dazu, insgesamt komme ich auf eine Förderung von 320 oder 330 Schilling. Das ist nicht sehr viel für ein Ganztagskind.

Ich sage noch etwas: Die privaten Kindergarten-erhalter stehen in Graz mit dem Rücken zur Wand und werden sich das nicht lange leisten können. Ich habe die große Sorge, wenn man ihnen in den nächsten Jahren nicht kräftig hilft, werden einige von ihnen ihre Kindergärten zusperrern, und die Deckungsquote wird gewaltig absinken. Der Herr Kollege Herrmann hat uns heute schon erzählt, was ihn der Abgang in seiner Gemeinde kostet: 16.000 bis 17.000 Schilling pro Kind und Jahr. (Abg. Gennaro: „Und da kürzen Sie den Kindergartenbaufonds! Sie widersprechen sich!“) Melden Sie sich nach mir. Ich spreche jetzt von den laufenden Kosten (Abg. Gennaro: „Das ist egal. Es sind auch Kosten!“), und nicht von den Baukosten eines Kindergartens. Ich spreche von den Kosten, die ich laufend habe. Ich sage Ihnen noch etwas: Er hat auch gesagt, er hat alles zurückgezahlt, und er hat keine Raten mehr von Investitionen – hat er mir dann nachher gesagt – und zahlt 16.000 bis 17.000 Schilling pro Kind und Jahr. Es gibt Gemeinden, die großzügiger sind, wohl wissend, daß sie das noch immer billiger kommt als wenn sie selbst Kindergärten führen. Ich darf Ihnen ein paar Beispiele nennen: Die Gemeinde Dechantskirchen – ich habe Zahlen aus dem Jahr 1992, anderes war mir nicht zugänglich, aber ich nehme an, 1993 war es nicht anders – hat im Jahr 1992 für einen zweigruppigen Kindergarten 186.000 Schilling beigesteuert. Die Gemeinde Deutschfeistritz hat für einen dreigruppigen Kindergarten 272.000 Schilling beigesteuert. Die Gemeinde Knittelfeld hat für einen zweigruppigen Kindergarten gar 374.000 Schilling – man höre und staune – beigesteuert. Die Gemeinde Pernegg hat für einen zweigruppigen Kindergarten 397.000 Schilling und die Gemeinde Gußwerk für einen kleinen eingruppigen Kindergarten immerhin 80.000 Schilling beigesteuert, die dieser Gemeinde sicher nicht leicht fallen. Das kann ich einmal locker annehmen.

Meine Damen und Herren! Worauf möchte ich hinaus? Ich möchte erreichen, daß wir, wenn schon nicht heute, dann wenigstens 1998, sicherstellen können, daß wir überall 25 Kinder in den Gruppen haben, und daß wir sicherstellen können, daß uns die Kindergärten nicht wegbrechen. Es werden zwar, und da

gebe ich dem Klubobmann Trampusch recht, in der Rechnung, die Zahlenaddition von Herrn Klubobmann Maitz, zusätzlich der Bau von neuen Kindergarten-gruppen gefordert – gar keine Frage –, aber auch die Gefahr der Schließung schon vorhandener Kindergärten, vor allem im Raum Graz, besteht. Jetzt bitte ich Sie, strengen wir uns gemeinsam an, daß wir vor allem in Graz, aber auch dort, wo es sonst noch im Lande nötig ist, Voraussetzungen schaffen, daß die Deckungsquote zunimmt, und nicht absinkt. Ich möchte noch daran erinnern, daß der Gemeinderat der Stadt Graz vor kurzem einen einstimmigen Beschluß gefaßt hat, und das muß man sich vorstellen, in Graz, wo der Herr Korber, zwei Kommunisten und eine Autofahrerpartei drinnensitzen. Diese sind sich bewußt, wie schwierig die Situation in Graz ist. Dieser Gemeinderat von Graz hat vor kurzem einen einstimmigen Beschluß gefaßt, man möge die Zahl 25 aussetzen – allerdings nur auf ein Jahr. Wir machen etwas mehr und sagen, vier Jahre verschieben, denn in vielen Kindergärten haben wir ja die 25, und da bleiben sie. Arbeiten wir alle zusammen, daß wir dieses hohe pädagogische Ziel, zu dem wir alle stehen, im Jahr 1998 wirklich erfüllen – den Kindern zuliebe. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall der ÖVP. – 10.09 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (10.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Herrmann hat mich herausgefordert mit seiner Forderung der Übernahme der Personalkosten durch das Land, Personalkosten für alle Kindergärten. Ich muß schon sagen, es ist sicherlich vieles sinnvoll, und man kann über alles reden. Aber in der derzeitigen Situation muß ich auch sagen, als Bürgermeister kann ich nicht nur die Vorstellungen der eigenen Gemeinde hier vertreten, sondern hier muß ich auch die Verantwortung über das Landesbudget übernehmen. Ich kann nicht auf dem Standpunkt stehen, um das Geld eines anderen ist mir nichts zu teuer. Eines ist sicherlich richtig: Man muß den Kindern die beste Vorbereitung für Schule und Leben geben, aber es muß auch erschwinglich sein. Wenn wir heute über die Aussetzung der 25-Kinder-Grenze reden, so muß es ja ehrlich gesagt werden, es ist niemand daran gehindert, weiter herunterzugehen. Ich kann Ihnen sagen, leisten muß man es sich können. Wir haben auch in unserer Gemeinde zwei Gruppen zu je 20 Kinder. Es ist alles erfüllt, was pädagogisch sinnvoll wäre, aber es zeigt sich doch, daß wir einen Abgang von 600.000 Schilling haben bei 40 Kindern, und es sind 15.000 Schilling, die noch dazuzuzahlen sind bei einem Elternbeitrag von 800 Schilling. Die Frage ist, können wir uns das leisten? Ich sage Ihnen, da sind die sozialistischen Gemeinderäte aber gleicher Meinung, daß man diese Grenze schon erreicht hat und daß das eigentlich schon zuviel ist. Ich weiß natürlich, daß Sie hier in einem Teufelskreis stecken. Vor wenigen Jahren waren Sie es, die überall den Nulltarif verlangt haben. Sie waren es, die überall gesagt haben, die Kin-

dergärten dürfen überhaupt nichts kosten. Jetzt laufen uns in Wirklichkeit die Kosten davon. Ich erinnere mich zurück an Graz, als Götz noch Bürgermeister war. Jetzt können wir nichts dafür, daß das Gespräch nicht möglich ist zwischen Schachner und Stingl, daß hier Briefe geschrieben werden müssen und daß hier dann der eine Brief nicht gilt und was weiß der Kuckuck. Das wird halt so alles behauptet. Eines ist mit Sicherheit richtig: Als Bürgermeister Götz damals gesagt hat, wir müssen zumutbare Tarife verrechnen, wir können den Nulltarif nicht halten, da hat es das große Aufschreien und das Weh und Ach gegeben. Heute sehen wir eines, daß Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Seite, hier nicht sparen wollen und nicht sinnvoll hier mit dem Geld umgehen wollen. Ich weiß schon, wie die Parteitaktik läuft, und sie läuft ja schon bei uns. In Wirklichkeit werden die Abgänge dann über Bedarfszuweisungen abgedeckt, und dann steht in der Gemeindezeitung: SPÖ-Bürgermeister sowieso bringt so viele Millionen in die Gemeinde. Gemeindereferent Schachner-Blazizek hat soviel für die Gemeinde übrig. Das wird aus Bedarfszuweisungsmitteln abgedeckt. So läuft nämlich die Taktik und natürlich auch die Parteipolitik. Eines zeigt sich: Wenn wir heute nicht zu dieser Überlegung kommen wollen, daß es notwendig ist, diese Grenze auszusetzen, dann haben wir tausend Kindergartenplätze im Herbst weniger. Und das wollen wir nicht. Wir wollen praktische, gute und private Kindergartenplätze auch sichern und den Kindern zur Verfügung stellen. (Beifall bei der FPÖ. - 10.14 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Glössl. Ich erteile es ihm.

Abg. Glössl (10.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich wollte mich an und für sich zu diesem Thema, weil schon genug gesprochen worden ist, nicht mehr melden, muß aber eines sagen, und da muß ich dem Kollegen Trampusch recht geben, denn ich habe gestern und heute genauestens mitverfolgt und hatte auch sehr oft bei bestimmten Wortmeldungen das Gefühl, man befindet sich in einer Märchenstunde. Trotzdem glaube ich, daß das Thema, das hier so lange diskutiert worden ist, auf diese Art weder den Kindern noch den Betreuern und am wenigsten den Müttern weiterhilft, wenn wir hier auf diese Art weiterdiskutieren. Ich glaube nur, daß es ganz wichtig war, daß wir uns zu diesem Entschluß entschieden haben, weil wir der Meinung sind, daß nicht 30 Kinder im Kindergarten die richtige Zahl sind, sondern weil ich einfach glaube, daß es zur Zeit einfach finanziell nicht tragbar ist, daß man 25 und noch weniger Kinder in einem Kindergarten unterbringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe das ein bißchen durchstudiert und konnte feststellen, daß bei 583 Kindergärten mit 1033 Gruppen eine Durchschnittszahl an Kindern in der Steiermark von 23 und ein paar Prozentpunkte zur Zeit die Tatsache ist. Das ist für mich wirklich kein Thema, daß ich dann darüber nachdenke, ob ich jetzt 25 oder 30 Kinderzahlen gesetzlich verankere. Wenn man es noch genauer betrachtet, sind es 27 Prozent, die nur 21 Kinder haben, 41 Prozent, die zwischen 21 und 25 Kinder lie-

gen, 15 Prozent zwischen 25 und 28 und nur 0,2 Prozent - bitte - die bei 31 Kindern liegen. Dazu kommt noch eines, daß 90 Prozent dieser Gruppen Halbtagsgruppen sind. Bitte, und bei einer Halbtagsgruppe, wo die Kinder drei bis vier Stunden im Kindergarten verweilen, bin ich der Meinung, wenn wir schon in so einer finanziellen Situation stecken, sowohl im Land als auch in den Gemeinden und auch in den Familien, daß es zumutbar ist, daß man die Kinderzahl 25 auf die nächsten vier Jahre hinausschiebt und dann die Entscheidungen trifft. In meiner Gemeinde haben wir uns das angeschaut. Wir zahlen zur Zeit Elternanteil 800 Schilling, Gemeindeanteil 1200 Schilling und das Land 335 Schilling.

Wenn sich die Kindergartenkosten im Jahr pro Kind ungefähr bei 23.000 bis 24.000 Schilling belaufen und ich vergleiche dann bei mir die Kosten der Volksschule, die ungefähr bei 16.000 Schilling liegen, und die Kosten der Hauptschule, wo wir nach Frohnleiten die Kinder schicken, das sind 13.000 Schilling, so glaube ich, daß diese Beträge uns alle zum Nachdenken zwingen sollen. Ich glaube nur eines, wenn der Kollege Bürgermeister Herrmann in diesem Land sagt, daß Geld für ihn etwas Logisches ist, daß Geld etwas ist, was vom Land her in die Gemeinden fließt, dann hätte ich nur eine Bitte, daß der zuständige Ressortchef für die Fragen Kindergarten auch für die anderen Bürgermeister dieses Landes das so handhabt, daß Geld einfach logisch ist. Ich muß hier an dieser Stelle eines sagen, daß es nicht so logisch ist für Bürgermeister, die nicht der Fraktion angehören. Ich kenne einen Fall aus Gröbming, wo der Bürgermeister, ein ÖVP-Bürgermeister, mit seinem Kassier zum Ressortchef gegangen ist und ihn gebeten hat um eine Beihilfe für seinen Kindergarten. Dort hat man ihm gesagt, ob er, der Bürgermeister, nicht weiß, daß Schachner das Ressort erst übernommen hat. Bitte, der Topf war leer - und ob er nicht weiß, daß er von der falschen Fraktion kommt. Bitte, so kann es nicht gehen.

Ich glaube, man muß das einfach sagen. Mich hat das nicht gestört. (Abg. Dr. Flecker: „Da sind Sie nicht am Zug der Zeit, denn Gröbming hat keinen Bürgermeister, sondern eine Bürgermeisterin!“) Eine Bürgermeisterin, bitte! Nur eines - bitte - muß ich sagen, wenn der Kollege Herrmann in diesem Haus sagt, Geld ist für ihn einfach logisch, das kommt einfach so daher, und es gibt andere Bürgermeister dieses Landes, die dann zum Landeshauptmannstellvertreter Schachner kommen, und dort wird ihnen gesagt, der Topf ist leer, und er ist von der falschen Fraktion, dann habe ich dafür kein Verständnis. Danke! (Beifall bei der ÖVP. - Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Wer hat das gesagt?“ - Abg. Schützenhöfer: „Sie haben das gesagt!“ - Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Es ist um die Bedarfszuweisungen gegangen. Ich habe gesagt, sie sollen zum Landeshauptmann Krainer gehen, denn dorthin gehören sie!“ - Abg. Dr. Flecker: „Tun Sie nicht bewußt zündeln. Bedarfszuweisungen sind zwischen roten und schwarzen Gemeinden aufgeteilt!“ - Abg. Schützenhöfer: „Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben das gesagt, damit das klar ist!“ - Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Unglaubliche Frechheit!“ - 10.20 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Hohes Haus! Damit sind die Wortmeldungen zum Kapitel Schulen und Kindergärten abgeschlossen. Wir kommen zu Wissenschaft und Forschung. Hier erteile ich dem Herrn Prof. Jeglitsch das Wort.

Abg. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (10.20 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin langsam herausgegangen, damit Sie sich auf ein anderes Thema einstellen konnten. (Abg. Genaro: „Schützenhöfer, tu nicht bewußt zündeln. Du bist der Oberzündler!“ – Abg. Schützenhöfer: „Der Schachner sagt solche Sachen!“ – Präsident Dr. Klausner: „Am Wort ist der Herr Prof. Jeglitsch!“) Es ist momentan kaum möglich, danke schön.

Ich ersuche herzlich, mir zuzuhören. Ich biete Ihnen einen Themenwechsel zu Wissenschaft und Forschung an, aber ich möchte heute nicht in gleicher Weise zu dem Kapitel Wissenschaft und Forschung sprechen wie etwa vor einem Monat, als der Wissenschaftsbericht des Jahre 1992 zu diskutieren war, sondern zu diesem Gebiet aus der Sicht der Industrie sprechen, aber auch zu einer berufsorientierten Ausbildung. Erlauben Sie mir, daß ich zuerst für die österreichische Industrie lobende Worte finde. Sie genießt weltweites Ansehen, nicht nur in ihrer Leistungsfähigkeit, sondern auch in ihren Produkten. Sie können das aus folgenden Zahlen ersehen: Die österreichische Industrie hat einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 31 Prozent. Das entspricht einer Wirtschaftsleistung von mehr als 700 Milliarden Schilling pro Jahr. Die Produktivität der Wirtschaft stieg in den vergangenen 20 Jahren um 130 Prozent, der Exportwert pro Beschäftigten hat sich in diesem Zeitraum verachtfacht. Wenn man diesen Zahlen folgt, dann ist die Aussage, die im internationalen Indexvergleich der Produktivität für Österreich zu finden ist, eine sehr stolze, daß Österreich nämlich weltweit auf Platz 6 liegt, hinter Japan, USA, Deutschland, Schweiz und Kanada. Die österreichische Industrie braucht also vor der EU keine Scheu zu haben. Und zu dieser Wirtschaftsleistung trägt die Steiermark und auch das obersteirische Gebiet als eines der industriestärksten Gebiete wesentlich bei. Österreich ist ganz ohne Zweifel ein hochangesehener Industriestandort.

Trotzdem, wenn Sie die Zeitungen der letzten Jahre verfolgen oder auch etwas die Debatten in diesem Haus, dann klingen Meinungen an, daß der Industriestandort Österreich in Gefahr sei. Und es ist gar keine Frage, daß trotz dieser positiven Merkmale auch Schwächen zu nennen sind. Eine Schwäche, eine wesentliche Wurzel für viele weitere Unzulänglichkeiten ist wohl die Tatsache, daß die Forschungs- und Entwicklungsausgaben nicht nur des Bundes, sondern auch der Industrie und Wirtschaft relativ gering im Vergleich zu anderen Industriestaaten sind. Die Forschungsausgaben des Bundes haben sich in den letzten zwei Jahren wesentlich gesteigert, von 1,41 Prozent auf 1,52 Prozent des BIP. Das ist immerhin in den letzten zwei Jahren eine Steigerung, wofür man früher etwa zwischen 1980 und 1985 fünf Jahre gebraucht hat. Aber trotzdem muß man erkennen, daß Österreich gegenüber vergleichbaren Staaten – diese Zahlen wurden schon häufig genannt – weit zurückliegt,

Japan 3 Prozent, viele Länder 2,8 Prozent, Dänemark etwa 1,6 Prozent, hinter uns liegen Griechenland und Portugal, und der OECD-Schnitt liegt bei 2,2 Prozent. Das alles sind bekannte Daten, aber vielleicht ist es nicht so bekannt, daß etwa in der Regierungserklärung der österreichischen Bundesregierung aus Erkenntnis dieser Schwäche auch fixiert ist, daß sich Österreich um eine Großforschungseinrichtung bemühen soll, um ein Großforschungszentrum, weil zu erkennen ist, daß solche Großforschungszentren, wo Spitzenforschung betrieben wird, einen Sog auf die Besten ausübt. Wir verlieren derzeit durch Abwanderung an die europäischen Großforschungszentren vielfach die Besten unserer Absolventen.

Dieser Rückstand in Forschung und Entwicklung schlägt sich auch in ökonomischen Kennzahlen nieder. Wir haben eine ganz miserable Patent- und Lizenzsituation. Wir müssen viermal soviel Wissen einkaufen, wie wir verkaufen können. Unser Außenhandel mit bestimmten Hochtechnologiegütern ist stark negativ. Die Erträge pro Einheit im Export sind nicht besonders hoch. Der Außenhandel weist auch eine ungünstige Struktur auf. Wir sind stark vertreten in langsam wachsenden Märkten und umgekehrt. Wir haben weiters eine ausgeprägte Umsetzungsschwäche in Industrie und Wirtschaft. Diese Diagnose, die zu stellen ist, gilt auch für das Land Steiermark und insbesondere für die Obersteiermark. Diese Situation wird noch verstärkt durch den Umstand, daß die Industrie selbst nicht gerade forschungsfreudig ist. Österreich hat zirka 50.000 Unternehmen. Der Gewerbefonds schätzt, daß 40.000 eigentlich die Kraft zur Forschung haben und bei ihm als Antragsteller auftauchen sollten. In Wirklichkeit ist es so, daß beim Gewerbefonds etwa 2000 Firmen, von diesen 40.000, um Forschungsprojekte einkommen, 200 davon etwa regelmäßig. Das sind keine allzu begeisternden Zahlen. Wenn man es mit der Schweiz vergleicht, muß man sagen, die Schweiz ist auf diesem Gebiet etwa doppelt so aktiv, etwa doppelt so viele Anträge, etwa doppelt so viele Projekte zwischen den Klein- und Mittelbetrieben und den Universitäten.

Es ist schon erwähnt worden, daß im Herbst dieses Jahres das vierte EG-Rahmenprogramm verabschiedet werden wird mit einem Kostenumfang von rund 170 Milliarden Schilling. Ich will das nicht wiederholen und habe auch das letzte Mal darauf Bezug genommen. Ich möchte aber herausgreifen den Teilbereich 2 im ersten Aktionsbereich, nämlich „Industrielle Technologie“ mit etwa 25 Milliarden Schilling. In diesem Teilbereich geht es um Entwurf und Fertigung von Produkten, um Produktionssysteme und moderne Werkstoffe und Werkstofftechnologien, um fortgeschrittene Antriebstechnologien, um Meß- und um Prüfverfahren. Meine Damen und Herren, das sind Themen, die unmittelbar für die Steiermark relevant sind. Es hat sich gezeigt, daß eine Teilnahme der europäischen Industrie an den EG-Programmen die Wettbewerbspositionen dieser Industrien dahingehend gestärkt haben, daß sie frühzeitig Zugang zu wichtigen Technologien erlangt haben und gleichzeitig Risiko und Kosten geteilt wurden. Ich halte daher eine Teilnahme der österreichischen, insbesondere aber der steirischen Industrie an diesem vierten Rahmenprogramm für besonders wichtig, nicht nur um

die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, sondern auch um dieses vorhin von mir genannte Schwächeprofil zu beseitigen oder zu mildern. Wenn es keine oder eine zu schwache Teilnahme an diesem riesigen Wissensfluß gibt, dann sind wir wirklich vom Fortschritt abgeschnitten.

Ich habe das letzte Mal vorgeschlagen und möchte es wiederholen, daß man den Klein- und Mittelbetrieben die Antragstellung erleichtert, entweder durch Unterstützung oder Übernahme der Antragskosten, etwa aus der Position 289165 über europäische Forschungsprogramme und internationale Kooperationen, oder auch in der Überprüfung durch Umschichtung von Positionen, wobei ich mir durchaus konkrete Gedanken gemacht habe. Ich glaube auch, daß in diesem Punkt, in der Beurteilung des EG-Rahmenprogrammes, in der Beurteilung von Projektmöglichkeiten der in Rede stehende Wissenschafts- und Forschungsbeirat nützlich sein könnte.

Eine zweite Anregung erlaube ich mir: Sie liegt in der Forcierung des Technologietransfers. Wir sollten von der Steiermark aus eine Offensive in der Form starten, daß wir die Technologietransferzentren, auch die Innovationszentren, in Österreich vernetzen, mit dem Zweck, daß Industrie und Wirtschaft ein koordinierter und optimaler Zugang zu Partnern, zu Daten und zu Wissen ermöglicht wird.

Der Österreichische Rat für Wissenschaft und Forschung hat in diesem Zusammenhang eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Ziel, die Antragstellung für Klein- und Mittelbetriebe zu unterstützen und auch die Frage zu stellen, wo denn die Hemmnisse liegen, daß unsere Klein- und Mittelbetriebe nicht besonders forschungsfreudig sind. Aus Erhebungen dieser Arbeitsgruppe, aber auch aus Gesprächen und Daten des Gewerbefonds darf ich einige nennen: man schlägt eine Anhebung steuerlicher Forschungsfreibeträge vor, eine Aufstockung des Gewerbefonds, man möchte unterstützt wissen die Technologieförderung durch die Länder, eine Risikokapitalfinanzierung, und die Vergabe der Mittel sollte transparent und unbürokratisch geschehen.

Die Industrie benötigt aber auch für die Zukunft gut ausgebildete akademische Mitarbeiter. Die Industrie ist nach einer Umfrage durchaus mit den Absolventen der Universitäten, mit den Diplomingenieuren recht zufrieden, aber sie studieren eindeutig zu lange, im Durchschnitt über 14 Semester. Auch sind zu wenige. Wenn ich sage zu wenige Techniker, dann weist etwa Japan 4,4 Prozent Diplomingenieure eines Altersjahrganges auf, USA 2,3 Prozent, die Bundesrepublik 2,1 und Österreich nur 1,1 Prozent Techniker, also Diplomingenieure technischer Universitäten in einem bestimmten Altersjahrgang. Die Situation an den österreichischen Universitäten auf der Absolventenseite ist auch nicht günstig. Nur 16 Prozent der Universitätsabschlüsse betreffen die Technik, 20 Prozent die Wirtschaftswissenschaften und 24 Prozent die Geisteswissenschaften. Es gibt natürlich auch, und darauf wurde schon mehrfach hingewiesen, eine Lücke im Ausbildungssystem - eine Lücke im Ausbildungssystem für ein berufsnahes Studium auf akademischem Niveau. Die Industrie befürwortet daher uneingeschränkt die Errichtung von Fachhochschulen. Und welche Bedeutung die Fachhochschulen in der

Bundesrepublik haben, mögen Sie aus folgenden Zahlen erkennen: Es gibt in der Bundesrepublik über 200 Fachhochschulen bei etwa 100 Universitäten. Die 1,83 Millionen Studenten teilen sich so auf, daß etwa ein Fünftel an den Fachhochschulen studiert - 340.000 -, vier Fünftel an den Universitäten. Aber für die technischen Fächer gewinnen diese Zahlen noch mehr an Bedeutung, weil es Fachhochschulen auf vielen Gebieten nicht gibt, die die Universitäten überstreichen, etwa die Geisteswissenschaften oder Medizin.

Fachhochschulen sind keine Schmalspuruniversitäten, sondern eine gleichrangige Alternative, und sie haben nicht das Ziel, die Universitäten zu entlasten. Das kann ein Sekundäreffekt sein. Aber das ist nicht das primäre Ziel. Das primäre Ziel ist eine Berufsausbildung statt der Berufsvorbildung, wie sie derzeit an den Universitäten vermittelt wird. Das Studienangebot der Fachhochschulen, so etwa die österreichischen Konzepte, soll sich im allgemeinen an regionalen Erfordernissen von Industrie und Wirtschaft orientieren. Und man soll zur Ressourcenschonung künftige Fachhochschulen mit Universitäten oder auch außeruniversitären Forschungseinrichtungen verknüpfen beziehungsweise miteinander kooperieren. Sie wissen, daß ein Antrag an den Fachhochschulrat zu stellen ist auf Zuerkennung von Fachhochschulstudiengängen. In diesem Antrag ist darzulegen eine Bedarfs- und Akzeptanzerhebung durch die Industrie, wie der Studieneingang aussieht, Studienplan, Prüfungsordnung, wie Personal-, Raum- und Sachausstattung gesichert sind, vor allem aber, wie das wissenschaftliche Lehrpersonal qualifiziert ist, sowohl in berufspraktischer Weise als auch in pädagogisch-didaktischer Art. Weiters ist ein Finanzierungskonzept vorzulegen. Die Genehmigung wird für fünf Jahre erteilt. Danach gibt es eine Kontrolle oder Evaluierung. Nun bitte ich, auf einen ganz besonderen Punkt hinweisen zu dürfen: die Verleihung der Bezeichnung „Fachhochschule“ setzt zwei anerkannte Studiengänge und einen realisierbaren Ausbauplan zur Errichtung von mindestens 1000 Studienplätzen voraus. Die Fachhochschule ist also eine ernste Angelegenheit.

Die ersten Vorbereitungen in der Steiermark gehen auf Anfang 1991, auf die Frau Landeshauptmannstellvertreter Klasnic, zurück. In meiner Rede am 2. Dezember 1992 habe ich gemeint, wenn nicht gemeinsame Anstrengungen gesetzt werden, dann kann man als Beginn den Herbst 1993 wohl abschreiben. Soweit ich mir aus der heutigen Kenntnislage der Vorbereitungen ein Urteil bilden darf, ist dieser Satz für den Herbst 1994 zu wiederholen. Denn wenn der Herbst 1994 realisiert werden sollte, dann sollten die Anträge bereits heute bei dem Fachhochschulrat liegen.

Wie ist es in der Steiermark gelaufen? Am 12. Juli 1993 gibt es einen Beschluß der Landesregierung, ein Beratungsgremium einzusetzen. Vier Herren gehören diesem Beratungsgremium an, Prof. Götschl von der Universität Graz, Prof. Leopold von der Technischen Universität Graz, der Vorstandsdirektor Dipl.-Ing. Track, Mag. Ing. Hochegger. Bitte, das sind vier Personen von Gewicht, und nicht beliebige Personen. Sie hatten die Aufgabe, die vorliegenden Anträge zu prüfen, Erhebungen zum Bedarf anzustellen und Vorschläge für Studiengänge und für den Standort oder die Standorte zu erstellen. Als sie ihre Arbeit auf-

genommen haben, gab es Anträge zu 24 Fachhochschulstudiengängen an 13 Orten. Diese Orte waren Graz, Gleichenberg, Deutschlandsberg, Irdning, Mariazell, Schladming, Leoben, Hartberg, Kaindorf, Rottenmann, Frohnleiten, Weiz, Zeltweg. Die Stadt Kapfenberg befand sich nicht darunter. Nach sorgfältiger Arbeit hat dieses Beratungsgremium mit 13. Oktober 1993 einen Bericht abgegeben, in dem folgendes festgehalten ist: Das Beratungsgremium schlägt die Einrichtung von vier Fachhochschulstudiengängen vor, industrielle Technologie mit dem Schwerpunkt Elektronik, industrielle Technologie mit dem Schwerpunkt Maschinenbau, Industrial Design, Bautechnologie und Bauökologie. Es ist ein achtsemstriges Studium, wobei zwei Semester als Berufspraktikum geführt werden, nämlich das 5. Semester als praktisches Studiensemester am Lernort und das 8. Semester zur Durchführung der Diplomarbeit. Das Konzept sieht 70 Studenten pro Jahr und pro Fachhochschulstudiengang vor, das heißt also im Gesamtausbauplan 1120 Plätze im Bereich dieser vier Studiengänge, wobei man sich vorgestellt hat, daß aus diesem Nuklus eine Fachhochschule Joanneum entstehen könnte. Überprüft man die Studienpläne und es zahlt sich aus, ins Detail zu gehen, dann sieht man, daß diese vier Studienpläne vernetzt sind, nicht nur zwischen Elektronik und Maschinenbau, sondern auch zu den beiden weiteren Studienrichtungen Industrial Design und zur Bautechnologie und Bauökologie, und zwar sowohl eine Vernetzung in den wissenschaftlichen Grundlagen als auch in den Fächern Wirtschaft und Gesellschaft und in der Fremdsprachenausbildung. Weiters wurde eine Gruppe von vier Personen nominiert. Sie wissen, daß das Gesetz sogenannte Studiengangentwicklungsbeauftragte vorschreibt, zwei Habilitierte oder mit gleichwertiger Qualifikation und zwei Personen mit Berufserfahrung in den beantragten Fachhochschulrichtungen. Diese vier müssen für den Studienplan eine Erklärung unterschreiben und weiters, daß sie als Lehrer an diesem Ort zur Verfügung stehen werden. Solche Erklärungen gibt es für die beiden Fachhochschulstudiengänge Elektronik und Maschinenbau für den Standort Graz.

Die Landesregierung hat die Arbeit des Beratungsgremiums am 12. November 1993 zur Kenntnis genommen, und zwar nicht nur die vier Studienrichtungen, sondern auch den Standort Graz. Und dieses Beratungsgremium hat auch ausführlich begründet, warum der Standort Graz für diese vier Studiengänge vorgeschlagen wird. Am 14. März 1994, also nach rund vier Monaten, gibt es plötzlich einen Antrag in der Landesregierung, für zwei dieser vier Studiengänge Kapfenberg vorzusehen. Am 11. April wird beschlossen, erforderliche Anpassungen durch das Beratungsgremium einzufordern. Meine Damen und Herren, ohne jede Polemik, aber doch von sachlicher Seite aus, darf ich folgendes bemerken:

Eine Fachhochschule für die Obersteiermark ist ohne Zweifel und uneingeschränkt zu begrüßen. Und es ist verlockend, wenn es ein Forschungsgebäude mit 5000 Quadratmeter gibt, das sehr großzügig ist, dieses auch dafür vorzusehen. Ich erlaube mir aber in gleicher Form sachlich die Einwände hinzuzufügen. Es gibt keine Befragung der obersteirischen Industrie zur fachlichen Ausrichtung. Meine Damen und Herren, in der Obersteiermark gibt es keine Elektronikindustrie,

wo Sie die fachorientierte Ausbildung im 5. und im 8. Semester durchführen können! Zum Maschinenbau ist anzuführen, daß 20 Kilometer entfernt eine Montanuniversität existiert mit einer Studienrichtung Maschinenbau. Kapfenberg kann aus vielerlei Gründen nur regionalen Charakter haben. Wenn Sie die Vernetzung der Gegenstände auflösen, dann steigen die Kosten, was man sofort nachprüfen kann. Sie werden mit der Teilung der Studiengänge nach Kapfenberg und Graz weder in Kapfenberg noch in Graz die tausend Studienplätze erreichen und laufen damit Gefahr, daß weder für Kapfenberg noch für Graz eine Fachhochschule erreicht wird, sondern nur Fachhochschulstudiengänge genehmigt werden.

Meine Damen und Herren! Ich kann nur von mir sprechen, aber es gehört zu meinem akademischen Selbstverständnis, daß Universitätsprofessoren sogar den Kommentaren von Studenten zuzuhören haben; wie es in der Politik ist, weiß ich nicht.

Man kann in dieser Form das Grazer Konzept nicht nach Kapfenberg übertragen, ohne daß nicht gravierende Anpassungen notwendig wären. Ich beziehe mich etwa auf die Studentenzahlen. Wenn Sie diese zwei Fachhochschulstudiengänge nach Kapfenberg transferieren mit 70 Studienanfängern pro Jahr und Studienrichtung, dann sind das 560 Studienplätze, dann sind das im Jahr bitte rund 130 bis 140 Absolventen. Hat sich jemand von Ihnen mit der Frage befaßt, das gilt auch für Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wie viele Absolventen die Montanuniversität pro Jahr hat? Wie viele bitte? (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe dazu nichts gesagt!“) Ah so, Sie haben nichts gesagt. Das ist gut! In fünf Jahren 550, bitte! (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe mit der Frau Kollegin Klasnic gesprochen!“) Das ist eine ausreichende Entschuldigung, weil die Frau Landeshauptmannstellvertreter eine sehr charmante Person ist. Nur deswegen verzeihe ich es Ihnen. Danke!

Die Montanuniversität hat pro Jahr etwa 110 Absolventen. Und in Kapfenberg wollen Sie eine Fachhochschule mit 130 Absolventen, 140, errichten? Diese zwei Zahlen zeigen, so einfach kann das doch wirklich nicht gehen. Es gibt daher einen Brief des Beratungsgremiums vom 17. März, der begründet, warum Kapfenberg in dieser Form nicht geht. In diesem Brief ist auch keine Empfehlung für Kapfenberg enthalten. Es gibt auch einen Brief der Montanuniversität, in dem die Montanuniversität und der Rektor das Befremden über die Vorgangsweise ausdrücken, denn es gibt über Kapfenberg weder ein Gespräch mit der Montanuniversität noch hat es jemals eine Information gegeben. Wenn man solche Wege beschreiten will, dann würde ich sehr raten, kein Beratungsgremium einzusetzen, denn das ist dann überflüssig. Sie können nicht hochangesehene Herren, die Sie um einen sachlichen Dienst ersuchen, in einer solchen Form brüskieren. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Frizberg: „Das ist typisch!“)

Ich möchte die Situation nicht weiter kommentieren, und ich bin auch bei Gott kein polemischer Mensch, aber erlauben Sie mir einen Satz bei allem gebotenen Respekt: Eine solche Vorgangsweise grenzt aus meiner Sicht an bildungspolitische Fahrlässigkeit.

Fachhochschulen sind nach sachlichen Kriterien zu errichten, und nicht nach einem politischen Kalkül; nicht kann ausreichende Basis sein, daß ich für die Obersteiermark selbstverständlich etwas tun will, und nicht kann ausreichende Basis sein, daß dort plötzlich ein Gebäude leersteht. Wenn man etwas tun will, dann muß der Antrag an den Fachhochschulrat Hand und Fuß haben. Er wird nach zehn Kriterien bewertet, und es droht die Gefahr, daß mangelhafte Anträge abgelehnt werden. Die zweite Gefahr ist, daß sie nach dem Kriterienkatalog nicht ausreichend Punkte sammeln, denn es gibt keine regionale Abstimmung, es gibt keine Bedarfs- und Akzeptanzerhebung durch die Industrie, und es gibt die Montanuniversität mit einem ähnlichen Ausbildungsprofil in Maschinenbau. Wenn man nicht ausreichend Punkte bekommt, läuft man Gefahr, daß sich der Bund an der Finanzierung nicht beteiligen wird. Wenn man im obersteirischen Raum etwas tun will, wobei Kapfenberg nicht der einzige Ort in der Obersteiermark für eine Fachhochschule ist, aber ich durchaus Kapfenberg als einen guten Standort empfinde, dann ist die erste Frage, die zu stellen ist, was braucht die obersteirische Industrie? Und wenn man sich mit dieser Frage auseinandersetzt, und ich habe sehr viele Kontakte mit der obersteirischen Industrie, kann man erkennen, daß die obersteirische Industrie viel mit dem Osten zu tun hat. Viele Lieferungen gehen in den Osten, und sie werden weiter zunehmen. Ich darf ein konkretes Beispiel nennen: Böhler verkauft seit etwa 15 Jahren Turbinenschaufeln und Turbinenscheiben in den Osten bis nach China. Derjenige, der die Verhandlungen in China oder in den Oststaaten führte, war bis vor zirka fünf Jahren Herr Dipl.-Ing. Bisanz, jetzt ist es Herr Dipl.-Ing. Puschnik. Wissen Sie, wer diese beiden Herren sind? Sie sind Absolventen der Montanuniversität, sie sind Techniker. Sie können heute technisch komplizierte Produkte nicht über einen Kaufmann, sondern nur über einen Techniker mit kaufmännischem Wissen vertreiben. Es gibt einen Vorschlag, auch im Brief des Rektors der Montanuniversität, ob nicht für die obersteirische Industrie ein Fachhochschulstudiengang angebracht wäre, der eine Verknüpfung zwischen einem technischen und betriebswirtschaftlichen Studienbild mit Schwerpunkt Osthandel vorsieht. Auch wenn die Zeichen der derzeitigen Diskussion um Kapfenberg aus meiner Sicht mitunter wenige sachliche Aspekte aufweisen, appelliere ich an alle, vor allem an die, die hier Verantwortung tragen und letztendlich die Entscheidung auch zu verantworten haben, auf die Ebene der Sachlichkeit zurückzufinden. Die Montanuniversität hat in ihrem Brief die Mitarbeit und Kooperation angeboten, um sowohl für Graz als auch für den Ort Kapfenberg für die Industrie ausbildungsgerechte Fachhochschulstudiengänge zu konzipieren. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 10.48 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (10.48 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn ich Bedenken von jemandem ernst nehme, dann sicherlich von Prof. Jeglitsch. Wir sitzen seit

Jahren jetzt schon nebeneinander, und ich weiß, wie sehr er, wenn er Dinge hier zur Sprache bringt, sich das überlegt und aus seiner Sicht vielleicht durchaus diskussionswürdig ist. Ich glaube aber, meine Damen und Herren, bei der Frage Fachhochschule soll man schon die letzten Monate und Jahre etwas Revue passieren lassen. Soweit mir bekannt ist, wurden in der ganzen Steiermark, in Graz, in Leoben, in Weiz, aber auch in anderen Gebieten unseres Bundeslandes – von allen Fraktionen und gemeinsam vereinbart –, Standorte für die Fachhochschule Elektrotechnik, Maschinenbau oder Industriedesign gesucht. Es konnte auch bis vor einigen Monaten oder vielleicht bis zur Sitzung des Landtages vor Ostern in der Steiermark kein einziger Standort, der ausreichend Platz bieten würde für so eine Fachhochschule, von niemandem, auch von der Stadt Graz nicht, genannt werden.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir noch einige Sätze zum Beratungsgremium. Ich spreche diesen Herren die fachliche Kompetenz nicht ab, die hier ihre Beratungsfunktion, und mehr ist es nicht, sie sind Sachverständige mit wissenschaftlichem Können, ausüben. Aber wenn sie ihre Vorlage für Fachhochschulen in der Steiermark gemacht haben, haben sie zwei Dinge nicht gemacht: Sie haben die Machbarkeit nicht miteinbezogen, und sie haben über Kapfenberg eine Stellungnahme abgegeben, die meines Erachtens diesen wissenschaftlichen, geistig hochstehenden Köpfen nicht würdig ist. Sie haben in einem Brief an die Frau Landeshauptmann hineingeschrieben, Kapfenberg fehlt das kulturelle und gesellschaftliche Umfeld, eine Fachhochschule einzurichten, meine Damen und Herren. Das ist eine Diskriminierung einer ganzen Stadt und einer ganzen Region. (Beifall bei der SPÖ.) Das, meine Damen und Herren, steht diesen Herren nicht zu. Sie waren nicht einmal in Kapfenberg, um sich umzusehen, ob es dort möglich ist, eine solche Fachhochschule einzurichten. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Frizberg. – Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ich rechne nicht zu, so wie ihr. Das ist nicht unsere Art. Von dieser Kritik nehmen wir niemanden aus!“) Lieber Kollege Frizberg, endlich kommst du wieder einmal aus der Reserve. Wenn im Burgenland, meine Damen und Herren, eine Gemeinde mit 4000 Einwohnern (Abg. Dr. Frizberg: „Das erste Mal, seit Sie im Amt sind, daß Sie nicht zurechnen!“ – Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Sie haben es notwendig!“), Tulln, also eine viel kleinere Gemeinde, den Zuschlag bekommen hat, eine Fachhochschule einzurichten, wäre es in Kapfenberg nicht möglich? Ich sage noch etwas dazu, meine Damen und Herren: Die Entscheidung und der Vorschlag von Landeshauptmann Schachner, diese in Kapfenberg zu machen, hat viele gute Gründe. Ein Grund, meine Damen und Herren, ist auch, daß die Stadt Kapfenberg mit ihrem Bürgermeister Klaus Prieschl spontan erklärt hat, wenn wir die Fachhochschule in die Obersteiermark bekommen, die wir dringend zur Imagehebung brauchen, die wir dringend brauchen zur Erneuerung dieser Region, die den Vorstellungen des Fachhochschulbeirates in Wien entspricht, Regionalisierung zu berücksichtigen; nicht in die Zentren zu gehen. Wo die Verkehrsstaus in der Früh in die Stadt hinein und hinaus überhaupt nichts mehr aufnehmen können, wo die Studenten, die heute

in Graz studieren, kein Zimmer mehr bekommen unter 4000 oder 5000 Schilling, will ich zusätzlich 500 oder 600 Studenten nach Graz bringen, wie könnte das die Stadt Graz bewältigen, jährlich Millionenbeträge sofort einzusetzen? Meine Damen und Herren, der Stadt Kapfenberg war es sofort wert, ein Gebäude von rund 5000 Quadratmeter, das die Qualität hat, zur Verfügung zu stellen. Hier war die Forschung der Firma Böhler untergebracht. Kollege Jeglitsch, Sie kennen dieses Gebäude auch, und Sie wissen auch, daß sich dieses Gebäude hervorragend eignet. Man müßte der Stadt Kapfenberg dankbar sein, daß sie sich bereiterklärt hat, weil sie weitblickend und weit in die Zukunft denkend hier entschieden hat. Welche andere Stadt in Österreich oder in der Steiermark war spontan bereit, dies zu tun? Ich danke auch der Stadt Kapfenberg, meine Damen und Herren, daß sie dies getan hat. Ich bin froh, wenn auch vor Ostern auf Antrag der Frau Landeshauptmann diese Entscheidung nochmals zurückgestellt wurde. Wir haben Sie eingeladen, nach Kapfenberg zu kommen, wir haben dann auch das Gebäude besichtigt, und ich bin auch sehr froh darüber, daß der Herr Landesrat Schmid letztendlich, mit dem ich ein Gespräch führen wollte, das er aber nicht geführt hat, weil er nur mit dem Bürgermeister unter vier Augen reden wollte, aber trotzdem bin ich froh, daß es dann zu dieser einstimmigen Entscheidung gekommen ist - ich wiederhole, deshalb, weil es keine andere Möglichkeit gegeben hat in der Steiermark und kein anderes Angebot -, hier diese Fachhochschule einzurichten. Herr Landeshauptmann Schachner, ich danke dir wirklich herzlich, daß du mit deinem Vorschlag einen großen Beitrag zur Erneuerung unserer Region, zur Problemlösung des Strukturwandels in der Steiermark beigetragen hast. (Abg. Grillitsch: „Er hört dir nicht einmal zu!“) Und ich bedanke mich nochmals auch bei den anderen Fraktionen, die bei der vorletzten Regierungssitzung für diesen Vorschlag gestimmt haben. Die Obersteirer werden es nicht vergessen, daß die Steiermärkische Landesregierung eine so wichtige Entscheidung im richtigen Moment in die richtige Region verlegt hat. Danke! (Beifall bei der SPÖ. - 10.56 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu Wort gemeldet ist der Herr Prof. Jeglitsch.

Abg. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (10.56 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich bitte um Nachsicht, daß ich mich noch einmal zu Worte melde. Ich verstehe mich mit dem Kollegen Schrittwieser sehr gut, und ich möchte nicht, daß Mißverständnisse übrigbleiben. Das erste ist, Sie haben meine volle Unterstützung für eine Fachhochschule in Kapfenberg, aber Sie haben diese nur dann, wenn das Vorhaben wirklich auf einem sachlichen Konzept aufbaut. Dazu noch einige Bemerkungen, um die Diskrepanz sichtbar zu machen zwischen dem, was das Beratungsgremium abgeben hat, und zwischen dem, was nun passieren soll.

Wenn Sie das Fachhochschulstudiengesetz lesen, auf dessen Grundlage der Fachhochschulrat die Punkte und die Anerkennung oder die Empfehlung zur Anerkennung ausspricht, dann steht dort ganz etwas Wesentliches drinnen: Es sind Konzepte zu ent-

wickeln, die sich von bestehenden abheben. Und daher hat dieses Beratungsgremium für alle vier Fachhochschulstudiengänge folgende inhaltliche Strukturierung vorgenommen. Es gibt ein erstes Studienjahr, sie bezeichnen es als Eingangs-Interface. Da werden gleichsam die Grundlagen vermittelt. Ein zweites und drittes Jahr, wo eine Vermittlung methodischer Kompetenz vorgesehen ist in Vernetzung mit technischen und sozio-ökonomischen Fächern, und ein viertes Jahr als Berufs-Interface. Und wenn man dieses Ausbildungsziel im Stundenplan nachvollzieht, dann finden sich dort Fächer, die sehr wohl mit dem Umfeld etwas zu tun haben. Sie finden nämlich eine Reihe von Fächern unter dem Titel „Wirtschaft und Gesellschaft“, weil das Beratungsgremium durchaus der vernünftigen Ansicht war, daß hier ein Techniker auszubilden ist, der berufsorientiert ist, aber auch so etwas wie eine soziale, betriebswirtschaftliche Kompetenz mitbringen soll. Wenn Sie das wieder in das Umfeld stellen mit der zweiten Tatsache, daß es in der Obersteiermark keine Elektronikindustrie gibt, wo die Studenten das 5. Semester als Praxissemester am Ort durchführen können, und auch keine Diplomarbeiten am Ort möglich sind, dann bin ich zwar bei Ihnen, daß dieser zitierte Satz nicht freundlich klingt, und ich hätte ihn auch nicht geschrieben, aber es ist ein Körnchen Wahrheit drinnen, daß das Umfeld von Graz für diese vier Studienrichtungen und natürlich auch für die zwei, die nun für Kapfenberg vorgesehen sind, ein anderes ist als in Kapfenberg.

Es kommt noch etwas weiteres dazu. Zu Kapfenberg und zu den Studentenheimplätzen ist zu sagen, und das weiß ich aus meinen Leobener Kenntnissen, daß die Studenten, die aus Mürrzuslag, Kapfenberg, Bruck, Leoben, Knittelfeld, Zeltweg kommen, kein Zimmer in Leoben nehmen, die fahren selbstverständlich täglich hin und wieder zurück. Das bedeutet, der gesamte obersteirische Raum, aus dem sich in erster Linie durch die regionale Bedeutung Studenten requirieren - und das wird der Hauptraum sein -, diese Studenten werden in Kapfenberg kein Zimmer nehmen oder zumindest die wenigsten. Alle Studenten werden weiters fahren müssen, wenn sie ihre Praxissemester im Grazer Raum abwickeln werden. Und wenn nun auch die Grazer Kollegen, die die Verpflichtungserklärung für Graz unterschrieben haben, nach Kapfenberg transferiert werden, dann müssen auch diese fahren. Das heißt, die Fachhochschule Kapfenberg wird so etwas wie eine Durchgangsstation oder eine Bahnhofsstation, wenn Sie das derzeitige Grazer Konzept gleichsam Kapfenberg überstülpen wollen. Und daher war mein Hinweis, daß sich das Grazer Konzept nicht eins zu eins transferieren läßt. Es zahlt sich aber sehr wohl aus, in Ruhe und Sachlichkeit zu überlegen, was man für Kapfenberg, für den obersteirischen Raum wirklich Vernünftiges tun kann. Das bitte ich zu akzeptieren und anzunehmen.

Man kann auch nicht in Kapfenberg für diese zwei Fachhochschulstudiengänge einen Antrag einbringen, wenn es nur 20 Kilometer entfernt eine Montanuniversität gibt, mit der man weder gesprochen hat, die man nicht einmal informiert hat. Das ist doch wirklich nahe einer willkürlichen Vorgangsweise. Geben Sie sich auch keiner Täuschung hin: Wenn Sie für diese zwei Studiengänge in Kapfenberg ein Ausbildungskonzept, das wesentlich zum jetzigen zu ändern ist, beim Fach-

hochschulrat einreichen, werden Sie größte Mühe haben, nachweisen zu können, daß in Kapfenberg ein Ausbauplan für 1000 Studienplätze, nachweisbare Studienplätze, was nach fünf Jahren wieder kontrolliert und evaluiert wird, realisiert werden kann. Das heißt, es gibt keine Bezeichnung „Fachhochschule“, Sie können sie führen, nur rechtlich ist es nicht in Ordnung. Ich habe mich auch – damit es kein Mißverständnis gibt – in der Rektorenkonferenz gegen die „Universität“ Krems ausgesprochen. So wie es dort gelaufen ist, das war auch Schwachsinn. Es gibt heute ein außeruniversitäres Zentrum in Krems, aber man vergißt alle Beifügungen und spricht von der „Universität“ Krems. Aber bitte, das ist keine gute Vorgangsweise. Und daher meine ich nochmals: Man sollte seriös prüfen, ob es noch eine Chance gibt, einen Antrag für den Herbst 1994 fertigzustellen. Ich persönlich glaube nicht, aber es ist ein wenig Glauben dabei. Nur, viel Zeit bleibt nicht, der Fachhochschulrat muß prüfen, vieles ist noch nicht beisammen, wenn Sie in den Punktezahlen schlecht aussteigen, kann es Ihnen passieren, daß der Bund nicht mitfinanziert. Das Lehrpersonal ist, abgesehen vom Stock des Vierergremiums, öffentlich spätestens im Sommer auszuschreiben. Personen müssen sich bewerben können. Das sind Fachhochschulprofessoren, die Sie nicht irgendwo an einem Arbeitsamt auflesen können. Ich habe persönlich größte Bedenken, ob im Herbst 1994 überhaupt noch etwas zu heben ist. Sobald man aber erkennt, daß der Herbst 1994 nicht mehr geht, würde ich dafür plädieren, sowohl für Graz als auch für Kapfenberg ein seriöses Konzept zu entwickeln, das regional angepaßt ist, und den Herbst 1995 ins Auge fassen. Danke! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 11.03 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (11.03 Uhr): Meine Damen und Herren!

Herr Prof. Jeglitsch, Sie können sich vorstellen, daß es für einen Grazer nicht ganz einfach ist, in dieser Debatte das Wort zu ergreifen, zu der jetzt letztendlich vernünftigerweise gefällten Entscheidung, daß auch Kapfenberg Standort für eine Fachhochschule in unserem Bundesland sein soll. Aber, Herr Professor, Sie haben mich dazu herausgefordert, doch einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Ich glaube, daß wir uns da tatsächlich unterscheiden, ich will fast meinen, ideologisch unterscheiden. Wohingegen ich mich in Diskussionen mit Herrn Landesrat Pörtl, wenn es um Fragen der Zentralisierung und der Dezentralisierung geht, recht gut treffe, wir meinen gemeinsam: So zentral wie notwendig, so dezentral wie möglich – als durchgängiges Prinzip, als Paradigma, wenn man so will, im Bereich der Umweltpolitik. Ein ähnliches Paradigma sollte allerdings auch im Bereich der Technologiepolitik und der Bildungspolitik sein. Ich glaube, daß man sich dazu sehr wohl bekennen sollte.

Und ich hoffe, daß es die ÖVP auch tut, daß man bereits bestehende Bildungsinfrastrukturen, die sehr zentral organisiert sind, wie es nun einmal Universitäten sind, in ihrer Zentralisierung nicht noch verstärken sollte. Das passiert im übrigen ohnehin: Da gibt es einige soziologisch gut untersuchte Prinzipien, daß das

weiterhin passiert, daß zentrale Strukturen letztendlich immer mehr wachsen. Aber ich glaube, daß es Aufgabe der Politik sein muß, dieser Zentralisierungstendenz im Bereich des Bildungsangebotes gegenzusteuern und Bildungsangebote in den Regionen, und gerade auch in benachteiligten Regionen, aufzubauen. Das ist, das sei hier deutlich gesagt, ein sozialdemokratisches Prinzip, zu dem ich mich sehr vehement bekenne, und aus diesem Grund bin ich erstens sehr froh, daß in Kapfenberg eine Fachhochschule entstehen wird.

Der zweite Punkt dürfte Ihnen eigentlich sehr geläufig sein, Herr Professor: Bildungspolitik ist auch Strukturpolitik. Gerade in der Obersteiermark brauchen wir Strukturpolitik, Strukturpolitik, die eben auch in bildungspolitischen und in wissenschaftlichen Angeboten ihren Ursprung hat. Ich denke doch, daß immer dann, wenn es konkret um Entscheidungen geht, wenn es konkret darum geht, wirklich wieder ein Stück Strukturpolitik zu machen, daß wir diese Entscheidung auch gemeinsam in die richtige Richtung tun sollten, und insofern aus vollem Herzen die Entscheidung der Landesregierung, in Kapfenberg einen Fachhochschulstandort zu errichten, unterstützen sollten. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.06 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann.

Abg. Mag. Bleckmann (11.06 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich habe gestern schon unseren Standpunkt zu den Fachhochschulen dargestellt, möchte aber noch einmal die wichtigsten Punkte darstellen. Wir sind sicherlich auch nicht gegen den Standort Kapfenberg. Es ist uns allen bewußt, daß man dort auch bildungspolitisch etwas machen muß. Nur kann ich nicht innerhalb von Wochen, von ein, zwei Wochen, ein Konzept, das auf Graz aufgebaut war, wieder völlig umwerfen und anstatt Graz einfach das Wort Kapfenberg für eine Studienrichtung, für 600 Studenten, einsetzen. Das ist nun einmal nicht möglich. Ich muß, wenn ich diesen strukturbildungspolitischen Gedanken habe, diesen schon früher setzen und den dann auch weiterführen. Ich kann das nicht von heute auf morgen machen. Es ist für uns alle klar, daß es notwendig und wichtig ist, auch in Kapfenberg oder in irgendwelchen anderen Regionen, und nicht nur in Graz, bildungspolitische Signale zu setzen. Aber für eine Fachhochschule ist die Grundvoraussetzung, daß es 1000 Studenten sein müssen und mindestens zwei Studiengänge. Ich stelle mir schon die Frage, ob das denn in Kapfenberg möglich sein wird, auch dann später einmal eine Ausbaustufe für 1000 Studenten durchzuführen. Ich war bei einem Gespräch mit dem Bürgermeister Prieschl dabei und habe ihn, wie er uns erzählt hat, daß Kapfenberg so geeignet ist und daß ihn das alles so interessiert und daß das so wunderbar und so schön wäre für Kapfenberg, und sie machen auch sehr viel, und sie wollen sehr viel tun, gefragt, wissen Sie überhaupt, daß Sie 600 Studenten dort haben werden? Da hat er erst einmal groß geschaut und hat gemeint, das hat er nicht gewußt. Aber das werden wir schon irgendwie schaffen. Sicherlich ist es in Graz auch sehr schwierig. Aber in

Graz gibt es auch die infrastrukturellen Möglichkeiten, die schon von vornherein vorhanden sind. In einer anderen kleineren Stadt müßte man die ganze Infrastruktur, die dafür notwendig ist, wieder neu aufbauen. Das sind Probleme, mit denen wir uns schon vor zwei Jahren hätten auseinandersetzen müssen. Dann wäre das möglich gewesen. Dadurch, daß es diese Gedanken nicht gegeben hat beziehungsweise Gedanken, die schon da waren, wieder völlig umgeworfen sind, müssen wir heute wieder ganz neu und von ganz vorne anfangen. Das ist das, was ich wirklich für traurig finde, daß wir diese Gedanken, die da waren, weggeworfen haben, wieder neu jetzt anfangen müssen und so wieder beim Punkt Null stehen und für die Steiermark jetzt im Herbst diese Fachhochschule nicht möglich sein wird. (Abg. Schrittwieser: „Sie wissen, was Ihr Parteiobmann gesagt hat, als der Einwand gemacht wurde, daß 500 bis 600 Studenten untergebracht werden müssen. Es gibt Möglichkeiten, wo man Unterkünfte schafft!“) Das ist auch ganz richtig so, wie es in Graz diese Möglichkeiten auch gibt. (Abg. Schrittwieser: „In anderen Regionen hätte man die Grundstücke, auf denen gebaut werden könnte, aber man hat keine Baubewilligung!“) Es ist alles ganz richtig. Aber dann überlegen Sie sich, ob Sie auch diese vielen Studenten nach Kapfenberg bringen könnten, ob da die Attraktivität auch vorhanden ist. Ich muß mir das alles vorher überlegen. Ich halte es für unseriös, daß man so tut, als ob alles vorhanden wäre. Dies ist aber nicht der Fall. Das ist das Problem. Es ist in Graz sicherlich auch nicht so viel da. Es hat immer geheißen, in Graz ist überhaupt keine Bereitschaft vorhanden. Ich habe mich gestern noch mit einigen Grazer Politikern unterhalten, und mir wurde von diesen gesagt, daß das überhaupt nicht stimmt. Wir haben sehr wohl auch Vorsorge getroffen, und wir haben uns darauf eingestellt, daß die Fachhochschule nach Graz kommt. Wenn es jetzt nicht so ist, dann halt nicht. Ich fordere Sie aber wirklich auf, ein gemeinsames Konzept zu machen mit den Professoren, die dann später dort unterrichten sollen. Die vier aus dem Beratungsgremium haben sich darauf eingestellt, daß sie in Graz unterrichten werden. Jetzt heißt es, es ist alles in Kapfenberg. Aber bitte, darauf muß sich auch jemand einstellen. Er kann nur nicht von heute auf morgen nach Kapfenberg gehen. Das sind Probleme, mit denen man sich auch vorher hätte auseinandersetzen müssen. (Abg. Schrittwieser: „Was glauben Sie, wie viele Arbeitnehmer von der Obersteiermark nach Graz pendeln! Es ist den Professoren zumutbar, daß sie von Kapfenberg nach Graz fahren!“) Das ist völlig richtig, aber es geht darum, daß man das diesen Personen auch sagt. Vielleicht ist jemand nicht dazu bereit, und vielleicht ist jemand so immobil, unflexibel, daß er sagt nein, ich will das nicht. Aber ich kann nicht von heute auf morgen das einfach ändern, dann muß ich mir halt auch neue Professoren suchen, die dazu bereit sind. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Dann werden wir andere suchen!“)

Richtig, nur, es ist der Aufbau schon gewesen mit diesen vier Personen, und wahrscheinlich werden einige nicht nach Kapfenberg gehen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das hat damit nichts zu tun. Das sind nicht die Lehrenden!“) Das ist nicht Ihr Gremium? (Landes-

hauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist das Beratungsgremium. Die Lehrenden werden andere sein!“) Die vier Professoren stehen aber in diesem grünen Ordner, die das gemeinsam gemacht haben. Haben Sie die Lehrenden denn schon, die dort in Kapfenberg unterrichten sollen? Ich stelle mir halt die Frage, ob jemand sich heute schon entscheiden kann, daß er dann im Herbst beziehungsweise er kann sich erst entscheiden, wenn der Fachhochschulrat das beschlossen hat und auch genehmigt hat, daß er dann innerhalb eines Monats eine andere Stelle aufgibt und dann nach Kapfenberg geht, damit das im Herbst einzuführen ist? Ich glaube, wir sind uns darüber im klaren, daß das nicht mehr gehen wird. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Schauen Sie, es gibt ein anderes Problem. Der Bund steht auf dem Standpunkt, daß Universitätslehrer ausscheiden, weil sie behauptet haben, daß sie keine zeitliche Möglichkeit haben. Leute aus dem bestehenden Bestand der Universität einzusetzen, dieses Argument würde vom Bund nicht akzeptiert werden!“) Es müssen aber doch trotzdem zwei Professoren und zwei Leute aus der Praxis sein. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Wir werden uns die Lehrer aus einem gewissen Grundstock holen müssen, und dann kann man das ergänzend mit dem Universitätspersonal machen!“) Das ist jetzt ein etwas anderer Punkt. Wollen wir nicht bei den Fachhochschulen bleiben? (Abg. Dr. Cortolezis: „Wie haben Sie das gemacht?“ - Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist eine interessante Frage. Die kann ich beantworten: für die Erfüllung beider Berufe ohne Beanstandung, außer durch Sie. Aber Ihre Meinungsäußerungen sind in jeder Hinsicht entbehrlich!“) In dem Vorschlag für den Fachhochschulstudiengang stehen aber zwei Universitätsprofessoren aus Graz, die dafür vorgesehen waren. Das war auch ein Punkt, der mich sehr gestört hat und den ich auch kritisiert habe, daß es zwei Personen sind, die sowieso schon auf der Universität sind und die Fachhochschule noch zusätzlich machen sollen. Ich frage mich, wie ihnen das zeitlich möglich ist. Das war ein Punkt, den ich dann, wenn es einmal soweit gekommen wäre, sowieso kritisiert hätte.

Das wäre ja fein, wenn es die Internationalität auch bekommt, die es eigentlich haben soll. Das wäre mein großer Wunsch, daß das auch so passiert. Aber das wird im Herbst leider nicht möglich sein. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Weil Sie so tun, als ob 1995 entsetzlich wäre. Können Sie sich erinnern, im Rationalisierungs-Ausschuß ist die Frage gestellt worden. Der Prof. Jeglitsch hat gefragt! Sie haben gefragt, fünf andere haben gefragt.“) Jetzt bin ich dran, denn ich habe Sie auch reden lassen, und Sie können ja nachher reden. Darf ich also jetzt bitte fertig reden. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Sie alle haben gefragt, wie es mit den Fachhochschulen sein wird, nachdem die Frau Klasnic und ich über die Kompetenz gestritten haben!“) Weil ich das schon gesehen habe, daß diese Probleme auf uns zukommen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Man hat gesagt, die Wahrscheinlichkeit für 1994 ist vorbei, weil wir jetzt noch über die Grundkonzeption reden.

Was tut ihr so erstaunt?" – Abg. Dipl.-Ing. Vekso: „Warum habt ihr dann das Geld zur Kenntnis genommen und habt es nicht woanders eingesetzt?" – Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Wenn es erst 1995 startet, dann entfällt es!" Da können wir uns die 17 Millionen auch sparen. Dann haben wir noch 17 Millionen zusätzlich.

Aber das ist ein Punkt, den wir dann auch nicht drinnen haben. Und dessen muß man sich auch bewußt sein, nur, es ist wirklich nicht unsere Schuld, daß es nicht soweit gekommen ist. Wenn unser Landesrat Michl Schmid nicht in der letzten Regierungssitzung gesagt hätte, wir müssen da jetzt endlich eine Entscheidung treffen, dann wäre überhaupt nichts passiert. Deshalb fordere ich Sie noch einmal auf, sich auch zusammenzusetzen mit allen betroffenen Personen aus Kapfenberg und aus Graz, daß man zu einer Lösung kommt, wie man vielleicht auch eine kombinierte Sache machen könnte mit Teilen in Graz, Teilen in Kapfenberg, daß auch alle dazukommen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Da sind wir uns einig. Das machen wir!") Ja, nur, ich weiß nichts davon und habe auch nicht gehört, daß es da wirkliche Gespräche geben wird, und auch dazu fordere ich Sie auf, und wirklich auch gemeinsam in dieser Sache vorzugehen, und nicht diese parteipolitischen Streitereien zu machen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Entschuldigen Sie, daß ich Sie unterbrochen habe, aber so konnten wir das gleich klarstellen!") Kein Problem! (Beifall bei der FPÖ. – 11.15 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Am Wort ist die Frau Landeshauptmannstellvertreter.

Landeshauptmannstellvertreter Klasnic (11.15 Uhr): Hoher Landtag!

Einen Satz zur Fachhochschule, ganz kurz. Ich komme zurück zu den Aussagen des Kollegen Erlitz. Ich möchte eines zurückweisen, wenn wir nicht eine politische Einigkeit, und zwar in der gesamten Regierung, erstens hätten und zweitens herbeiführen würden, in der Meldung, die wir dem Fachhochschulstudienrat nach Wien geben, dann werden wir auch keinen Erfolg haben. Das ist nicht der Platz der Eitelkeit, sondern ein Platz der Arbeit und ein Platz der Leistung. Als Wirtschaftsreferent dieses Landes bekenne ich mich zur Fachhochschule, und der Beschluß lautet, auch ein Standort in Kapfenberg, und Prof. Jeglitsch hat es ausgeführt, es sind Adaptierungen vorzunehmen, und wir werden auch dort einen Weg finden. Ich glaube, daß wir diesen Widerspruch nicht unbedingt heraufrufen müssen, die Fachhochschulen sind erstens notwendig und werden zweitens viel an Mitteln kosten. Beides werden wir gemeinsam verantworten müssen. Ich lehne es eigentlich ab, und ich finde es unfair, einen politischen Streit daraus zu machen. Wie ich dann lesen mußte, ich weiß nicht, der Bürgermeister paßt mir nicht oder die Partei paßt mir nicht, der Unterschied in den Fraktionen ist in diesem Fall nämlich keiner. Das möchte ich nur festgestellt haben und komme damit zu einem zweiten Thema in der Gruppe 2.

Kindergarten hat uns sehr beschäftigt. Es ist eine andere Gruppe in diesen Tagen weniger, oder in diesen Stunden weniger zur Sprache gekommen. Ich möchte ganz kurz etwas dazu sagen. Die erste Ausbildungsstätte, um es so zu formulieren, für das spätere Leben, für unserer Lehrlinge, ist unter anderem der Lehrplatz und die Berufsschule. Ich möchte die Gelegenheit benutzen und sagen, wir haben gerade im heurigen Jahr eine Abstimmung, eine autonome Abstimmung in den Berufsschulen durchgeführt, die Fünftagewoche betreffend. Wir haben zum Zweiten vor, eine autonome Berufsschule als Versuchsmodell ähnlich den Bezirkshauptmannschaften aufzubauen und einzuführen. Einen solchen Vorschlag werde ich der Landesregierung machen, ist eines der nächsten Ziele. Das Hauptziel sind Qualität und Qualifikation. Diese Arbeit ist in den Betrieben draußen zu leisten, wobei ich den Unternehmen und allen, die sich mit Lehrlingsaufgaben beschäftigen, sehr, sehr herzlich danke. Ich danke aber auch den Erziehern und Lehrern in den Berufsschulen für den ständigen Einsatz. Ich darf Ihnen auch berichten, daß der Bildungsscheck angenommen wird und daß im Bau- und Ausstattungsprogramm, in dem zehnjährigen, hier abgesprochenen und als Formulierung fortgelegten – (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Fünf Jahre, Frau Landeshauptmannstellvertreter!") ja, wenn Sie die Möglichkeit haben, Frau Kollegin, in fünf Jahren die Milliarde aufzubringen, dann müssen Sie uns das zeigen. Aber ich glaube, man soll in Verantwortung handeln, und wir haben eine gemeinsame Verantwortung für dieses Landesbudget und machen es Schritt für Schritt, so wie es gerechtfertigt ist, daß es auch gut gebaut wird, daß es gut geplant wird und abgestimmt wird auf das, was wir brauchen. Die steirischen Lehrlinge haben unsere ganze Unterstützung, und es wird auch in Zukunft so sein. Ich hoffe, daß wir bei einer der nächsten Debatten länger über diese große Gruppe unserer Jugend reden. (Beifall bei der ÖVP. – 11.19 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (11.19 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich habe heute nicht zugehört, wie das Biowetter ist, aber momentan ist die Diskussion Fachhochschule, Kindergärten relativ kitschig und sozusagen – (Abg. Dörflinger: „Aber nicht zum Lachen!") Eben nicht!

Ich sage nur, mir geht es ja vor allem um die Inhalte und nicht sozusagen um das Umundumbeißen. Und daher muß ich mich ein bißchen zu Wort melden, was die landwirtschaftlichen Schulen betrifft. Ich stelle erstens einmal fest, daß wir eine Kostengegenüberstellung bei gleicher Betrachtungsweise gerne aushalten. Ich glaube, da müßten wir das nur auf eine sachliche Ebene stellen. Es tut uns nicht gut, wenn wir einander gegenseitig Dinge aufrechnen, wenn wir nicht die gleichen Ausgangspunkte haben. Vielleicht könnten wir das in sachlicher Ebene einmal versuchen, damit wir den Zwist im Grunde weghaben. Die zweite Frage, die grundsätzliche Diskussion, wenn wir in den landwirtschaftlichen Schulen ausbilden sollen und sogar ein bißchen hinein in die Diskussion der Früheinstiegsmodelle. Wenn ich heute in Europa herumschaue

und zum Beispiel in Bayern feststelle, daß für Gesamtbayern nur mehr 600 Schüler in den landwirtschaftlichen Schulen sind, so ist einer der Gründe, weil sie die Früheinstiegsmodelle nicht gemacht haben. Die Bayern kommen jetzt zu uns und studieren unsere Modelle, weil es einfach nicht möglich ist, so präzise einen Hofnachfolger zu bestimmen sozusagen, wie in einem Wald einen Baumstamm, dem gebe ich ein Ringerl und dann paßt es. Das kann ich mir nicht aussuchen. Und daher glaube ich, ist der Reichtum des Landes und auch des Bauernstandes, viele junge Leute mit breiter Ausbildung zu haben. Ich glaube daher, daß wir diesen Weg nicht verlassen sollen. Da möchte ich wirklich um Verständnis bitten. Wir wissen ganz genau, wenn jeder – und wenn wir das schon kategorisieren – Voll- und Nebenerwerbsbauer heute nicht auch ein gut ausgebildeter Handwerker ist – da müssen die Vertreter der Wirtschaft zum Teil bitte weghören –, nicht auch selber repariert, selber handelt und unternehmerisch in seinem hochtechnologischen Bereich in der Lage ist, sich selbst zu helfen, glaube ich sicher, daß er diese Beträge und Stundenlöhne in vielen Bereichen nicht bezahlen kann. Da möchte ich wirklich bitten, daß man da nicht auseinanderteilt.

Die zweite Geschichte ist die mit dem Religionsunterricht. Da muß ich nur aufpassen. Ich mische mich in diese Sache nicht ein, denn die Herren in Wien und Rom, im Vatikan, haben zwei Stunden in der Woche festgeschrieben. Auch die 39,6 Dienstposten werden von Herren der Kirche festgelegt. Aber das sind keine Volldienstposten, das sind zehn volle Dienstposten, und die sind zwei Stunden alternativ in Hauptschulen, in Volksschulen und dann in den landwirtschaftlichen Schulen. Ich möchte das nur klarstellen, daß es nicht so aussieht, daß ich da mit der Kirche ein Pantscherl hätte. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Sie haben vor einem Pantscherl Angst!“) Nein, nein, das habe ich gerne. Das will ich jetzt zum Abschluß sagen. Ich möchte den Religionsunterricht gerade in einem materialistisch-egoistischen Zeitabschnitt in keiner Weise vermissen. Das möchte ich ganz dezidiert sagen. Den Unterricht zu Fragen über den Sinn des Lebens kannst du nirgends kaufen, und das kannst du dir sonst nirgends aneignen. Ich glaube, wir sollen solche Oasen, die solche Werte noch vermitteln, in keiner Weise in Frage stellen. Das möchte ich gerade im bäuerlichen Bereich als Position in den Raum stellen. (Beifall bei der ÖVP. – 11.22 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner, der Herr Landeshauptmannstellvertreter.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek (11.22 Uhr): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, daß in der Tat zwei Bereiche ein bißchen zu kurz gekommen sind, was aber angesichts der Problematik in den Kindergärten und den Fachhochschulen verständlich ist. Aber es ist schon richtig, daß das landwirtschaftliche Schulwesen einen hohen Stellenwert hat, Gott sei Dank, noch hat in diesem Land und daß wir uns gleichzeitig um die gewerblichen Berufsschulen im besonderen Maße kümmern sollten, aus verschiedensten Gründen. Es kommt von dort sehr

viel an bedeutungsvollem Nachwuchs. Noch immer die Hälfte aller jener, die sich einem Berufsbild zuwenden. Und es sind große Chancen in diesen Bereichen. Vielleicht ergibt sich wirklich einmal eine Gelegenheit, diese beiden Kernpunkte des schulischen Wesens auszuleuchten. Ich komme zu einem interessanten Vorschlag des Kollegen Peinhaupt. Er hat also gemeint, eigentlich wäre ich für die landwirtschaftlichen Schulen zuständig. Keine Sorge, ich fange jetzt nicht mit dem gleichen Theater an, wie wir es bei der Fachhochschule hinter uns haben, nämlich den Verfassungsdienst zwei Jahre lang zu bemühen, zu klären, ob nicht doch ich zuständig bin, wie das umgekehrt bei den Fachhochschulen passiert ist. Obwohl an sich klar ist, daß dieser Bereich zum Wissenschaftsressort gehört, hat man zwei Jahre in Wirklichkeit an Zeit versäumt, weil man geglaubt hat, da ist vielleicht jemand anderer zuständig. Auch das ganze Einsetzen der Sozialpartner als diejenigen, die das entscheiden sollen, hat nicht meinen Vorstellungen entsprochen. So wichtig die Sozialpartner sind, alles unbestritten, so sehr meine ich doch, daß es eine ganz besondere Verantwortung des öffentlichen Sektors im Schulwesen gibt, so daß ich auch in diesem Feld der Auseinandersetzung mit den bekannten tragenden Säulen diese Positionierung eingenommen habe. Das entscheidet, wenn es schon nicht anders läuft, das Land primär einmal selbst, wobei ich auch dazusage, daß das eine Frage der Bundesstaatlichkeit ist. Dem Grunde nach hat sich der Bund von einer Sache verabschiedet, die eigentlich seine Sache wäre, und das alles unter dem Titel „kein Geld“. Ich merke nur am Rande an, wir werden die Probleme erst bekommen, denn bei der Musikakademie haben wir sie schon. Und ich weiß nicht, ob wir auf der Verfassungsgerichtshofebene uns durchsetzen werden. In der zivilrechtlichen Ebene haben wir offensichtlich keine Chance bei dem Akademievertrag, wie Sie wissen. Dort geht es nicht um ein paar Millionen Schilling, sondern, wenn man das hochrechnet, es geht um Milliarden. Unser Angebot, wie Sie wissen, war einmal 1,2 Milliarden. Der Bund hat etwa drei Milliarden oder mehr als Ablöse verlangt. Da geht es schon um andere Summen, die auch für das Landesbudget etwas bedeuten. Ein bißchen ist bei den Fachhochschulen, und das ist heute überhaupt nicht besprochen worden, schon dieses Wegschieben von Kompetenz und Verantwortung vom Bund tatsächlich vorgenommen worden. Daß wir das als Selbstverständlichkeit aufgreifen, ist schon keine Selbstverständlichkeit. Ich sehe das Ganze, was sich da jetzt abspielt, auch in dieser bundesstaatlichen Auseinandersetzung, die so aussieht, es wird auf der einen Seite ununterbrochen über Kompetenz und Kompetenzverschiebung et cetera geredet, und über das Geld beziehungsweise die Finanzierung überhaupt nicht. Es ist noch niemandem aufgefallen, daß zum Beispiel über Bundesverfassungsänderungen dauernd geredet wird, über Kompetenzstärkung der Länder und Kompetenzstärkung der Landeshauptleute oder von wem immer, und daneben weiß offensichtlich der ganze Verhandlungsblock nicht, daß wir eine Finanzverfassung haben, und über die wird nicht geredet. Ein typisches Beispiel ist für mich auch der Bereich der Fachhochschule.

Meine Damen und Herren! Wir springen da ja in Wirklichkeit ein, und wir springen auch in das kalte

Wasser. Wenn wir schon vom Sparen und grundsätzlichen Fragen reden, dann ist das auch eine grundsätzliche Frage, denn das wird uns treffen, und das wird viel Geld kosten. Wir bekennen uns dazu, aber ich sage, es wäre schon wert gewesen, diesen Teil vorher anzusprechen. Wir werden das in den nächsten Jahren spüren, wenn das voll anläuft, wie es das ja auch tun wird. Das war sozusagen die Vorwegnahme einer Sache.

Ich beginne trotz allem beim Kindergarten und sage: Wir haben verschiedene Positionen in diesem Punkt: Das ist um Gottes willen kein Malheur. Es kann doch ohne weiteres so sein, daß die Sozialdemokraten sagen, das Herabsetzen auf die 25 wäre natürlich möglich gewesen, und Sie sagen, es wäre nicht möglich gewesen. Ich glaube, diese Beurteilung überlassen wir der Öffentlichkeit. Das ist doch wirklich das Beste. Es ist ein Auseinandersetzungspotential, und dem haben wir uns zu stellen – wir mit unserer Positionierung, wo wir wirklich meinen und glauben, natürlich wäre es gegangen, in Wirklichkeit ist es so, daß die privaten konfessionellen Schulen in Graz tatsächlich das Problem sind. Letztlich ist über Graz auch diese Bewegung gekommen, am 15. März, dann am 22. März, mit den bezughabenden Beschlüssen, die von uns einfach nicht mitgetragen werden. Jetzt muß ich dem Karl Maitz insofern Abbitte leisten, als ich den Brief nicht gekannt habe, den du mir gezeigt hast, der allerdings, Karl, vom 7. Februar datiert ist, zu einem Zeitpunkt, wo ich und wir alle überhaupt noch nicht gewußt haben, daß ihr im Ausschuß – ÖVP und FPÖ – den Antrag stellen werdet, die 25 nicht einzuführen, und am 7. Februar keine Rede davon war, auch nicht im Rationalisierungs-Ausschuß. Das heißt, der Brief des Bürgermeisters Stingl vom 7. Februar, wo er sich auf ein Gespräch mit mir beruft, war meinerseits völlig in einer Unkenntnis, daß in weiterer Folge dieser zweite Schritt eurerseits geplant war. Ich nehme das wirklich für mich in Anspruch, und kann auch sagen, wie das Gespräch mit Stingl gelaufen ist. Er hat mich angerufen und hat mich gefragt, wie diese Entwicklung weitergeht, weil es in Graz diese Probleme mit den Kindergärten gibt. Ich habe ihm gesagt, 1998/99 wird die Herabsetzung auf 20 ausgesetzt, und zwar im Einvernehmen aller drei Parteien. In dem Brief steht tatsächlich das, was du gesagt hast. Nur, zu dem Zeitpunkt habe ich die weitere Entwicklung weder gewußt, noch konnte ich sie wissen. Man sieht es am Datum, und es ist ablesbar. Aber es ist richtig, den Brief gibt es, nur, mit mir ist das weder beredet noch abgesprochen worden. Richtig ist auch, das sage ich noch einmal, daß es diese Bewegung über Graz gegeben hat, und ich sage auch dazu, daß wir es in den übrigen steirischen Gemeinden wirklich geschafft hätten. Es gibt einzelne, die Probleme haben, aber wir hätten es geschafft. Meine Damen und Herren, bleiben wir dabei. Ich werde nicht aufhören zu versuchen, Sie zu überzeugen, daß das aus pädagogischen Gründen eine ganz, ganz wichtige Sache gewesen wäre. Sie sagen nein. Okay – Mehrheit ist Mehrheit. Wir nehmen das zur Kenntnis, aber ich höre nicht auf, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß wir da gesellschaftspolitisch einen nicht unproblematischen Akt gesetzt haben. Es ist schon gesagt worden, es gibt Umwegsrentabilitäten und es gibt Umwegskosten. Dort werden uns Umwegskosten entstehen, die sich in späteren Jahren

einfach manifestieren. Je schlechter die Betreuung, das wissen wir, umso mehr Problemfälle gibt es im nachhinein. (Abg. Mag. Bleckmann: „Haben Sie sich schon überlegt, worin die Ursachen liegen, daß wir diese Betreuung brauchen? Durch die Politik, die Ihre Partei betrieben hat, daß die Familien auseinandergerissen werden!“) Ich glaube, da sind wir uns ja auch einig in der letzten Konsequenz. Es ist die Frage, welchem Teil man den Vorrang gibt. Sie haben sich für das Geld entschieden und wir uns im Zweifel für die pädagogische Seite und für die Seite der Kinder, der Eltern und der Betreuungsintensität. Das ist eben so. (Abg. Dörflinger: „Für das Protokoll: Wenn es die SPÖ nicht geben würde, gäbe es keine Kindergärten!“ – Abg. Trampusch: „Die Situation gibt es nur in Österreich, wo wir die sozialdemokratische Regierung haben. Das ist blauäugig naiv!“ – Abg. Dörflinger: „Es ist schön, daß die katholische Kirche das System der SPÖ unterstützt und so viele Kindergärten betreibt!“) Meine Damen und Herren der freiheitlichen Fraktion! Wir haben über alle Dinge hinweg trotz allem auch mit jedem einzelnen von Ihnen ein ordentliches Gesprächsklima bewahrt, was bei anderen leider nicht der Fall ist. Ich bitte Sie daher, mir in dem Punkt zuzuhören. Ich tu mir da relativ leicht, weil ich aus einer entsprechenden Familie komme und auch selbst eine entsprechende Familie habe, und ich weiß über den Wert derselben Bescheid. Ich brauche da keine besondere Aufklärung. Ich weiß auch, daß man gewisse Dinge wahrscheinlich sich nur in einem solchen Rahmen dem Grunde nach aneignen kann, zum Beispiel das, was über das Lernen und was über die eigentliche Bildung hinausgeht. Ein gewisses Maß an Herzensbildung wird man nur in diesem Bereich erreichen können. Ich bin hier ganz mit Ihnen, nur, es ist nicht die eine oder die andere Partei, sondern es ist einfach die Ökonomisierung der Gesellschaft, es ist in Wirklichkeit das System der ungemainen Dynamik dieses Ausrationalisierens, dieses auch Materialistischen, dieses sich dem Geld zuwenden, dieses überdimensioniert Individualistische, das unterstelle ich jetzt Ihnen nicht und auch unserer Ideologie ganz sicherlich nicht, das ganz sicher nicht von einer politischen Partei getragen wird, sondern das ist ein Gesellschaftsprozess, den wir genausowenig aufhalten könnten wie Sie das können. Das läuft über völlig andere Ströme und Richtungen. Ich muß wirklich sagen, eher, erlauben Sie mir das, ohne hier eine ideologische Debatte zu führen, ist das wohl ein Produkt einer kapitalistischen Gesellschaft, denn einer sozialdemokratisch geprägten. Nämlich, daß wir in Wirklichkeit den Zustand haben, jeder muß immer mehr haben, alle müssen in die Arbeit, man hat keine Zeit mehr für nichts und niemanden. Das ist schon ein Produkt auch einer ganz bestimmten Ideologie des Egoismus, des Vorzugs des Geldes vor anderen Werten. Und das ist durchaus kapitalistisch. Das möchte ich schon in aller Deutlichkeit anmerken. (Beifall der SPÖ.)

Aber ich freue mich, daß wir doch in diesem Dialog das abhandeln können. Der zweite Teil ist der Kindergartenbauaufonds. Ich bin wirklich froh, Herr Abgeordneter Glössl, daß Sie dieses Gespräch, das ich ja nicht allein mit der Bürgermeisterin von Gröbming geführt habe, hier erzählt haben, weil ich ja solche Dinge nicht erfragen würde. Und habe es daher in Ordnung befunden, als Sie das hier gesagt haben. Die Töne, die dann

dazugekommen sind, passen wieder zu bestimmten dazu. Ich sage dem Hohen Haus in aller Deutlichkeit deswegen, weil wir die Zahl jetzt nicht absenken, ist das Problem des Kindergartenbaufonds überhaupt nicht beseitigt, denn als ich dieses schöne Ressort übernommen habe, habe ich außer Briefen in unendlicher Zahl mit Zusagen für Gelder – Größenordnung ungefähr 160 Millionen Schilling – an Gemeinden nichts vorgefunden, außer einem Budget mit acht Millionen. Und zwar für einen Zeithorizont von 20, 30 Jahren, wo man das zahlen hätte können, was schon versprochen wurde. Natürlich mit dieser Einschränkung, daß es keine Drittwirkung gibt aus dem Budget, das heißt, daß niemand einen Rechtsanspruch ableiten könnte, was ich versucht habe, Ihnen, Frau Doktor, zu erklären. Mit dieser Einschränkung nämlich. Das heißt, es waren Schreiben, die offensichtlich auch sehr intensiv vor den Wahlen hinausgegangen sind von meinem Vorgänger. Und es gibt eine Fülle von Gemeinden – überwiegend ÖVP-Gemeinden, sind ja auch von der Zahl her mehr –, die dringlich auf das Geld warten. Ich habe das nicht für mich aufgestockt oder für die sozialdemokratischen Gemeinden, sondern es ist in Wirklichkeit ein Anliegen der beiden Großparteien gewesen, die gemeinsam die Bürgermeister in diesem Land in unterschiedlicher Anzahl, aber was die Bevölkerungszahl betrifft, in etwa gleich unterstützen. So! Wenn Sie daher jetzt befinden, daß die Gemeinden länger warten sollen, dann sollen sie länger warten. Okay, erledigt! Mehrheit ist Mehrheit, auch in diesem Fall.

Und jetzt komme ich zum Fall Gröbming. Die Frau Bürgermeister war bei mir, und ich habe ihr nichts anderes gesagt, als was die tatsächlichen Handhabungen in diesem Land sind, und zwar auf Grund einer Vereinbarung, die es zwischen Krainer und mir gibt. Die Bedarfzuweisungen sind, wie Sie wissen, aufgeteilt zwischen den beiden politischen Referenten in einem ganz bestimmten Schlüssel, der im übrigen – sage ich auch und bewußt – seit der letzten Landtagswahl fair ist. Das Zweite, was ich ihr noch gesagt habe, als Kindergartenreferent, nämlich, daß ich mich an die Vorschläge der ÖVP bei der Vor- oder Rückreihung von Gemeinden halte in bezug auf diese Drittelfinanzierung, weil es da ein Drittel auch noch aus dem Ressort der Rechtsabteilung 13 gibt. Das habe ich ihr gesagt. Da gibt es eine Vereinbarung zwischen Krainer und mir, die sozusagen die Vorreihung oder Rückreihung oder die besondere Dringlichkeit von Gemeinden betrifft und wo ich mir von der ÖVP-Seite eine Liste geben lasse, welche Gemeinden ich mit dem Drittel einbringe, das heißt mit dem Kindergartenfonds bediene. Das ist das, was ich ihr gesagt habe. Haben Sie gehört, was das Ergebnis dessen war? Daß ich der Frau Bürgermeister sage, wo sie sich hinwenden soll und wie das intern abläuft? Haben Sie gesehen, was man politisch daraus machen kann? Ich habe ihr gesagt, das geht mich nichts an, weil Sie haben die falsche Farbe. So ist dann die Interpretation in diesem Haus von einem Teil oder von einzelnen. Machen Sie sich einen Reim darauf. Ich sage Ihnen, ich war gestern nachmittag leider nicht da, aber das, was da an Worten fällt und was sich hier abspielt, das erzeugt eine tiefe Besorgnis bei mir deswegen, weil ich nichts mehr an Sachlichkeit oder auch an politischer Auseinandersetzung höre (Abg. Kanduth: „Auch bei uns Besorgnis in

dieser Richtung!“), sondern es ist in Wirklichkeit längst besorgniserregend, weil das schon etwas wie Haß ist. (Abg. Dr. Maitz: „Das gilt wechselweise!“) Also bitte, ich möchte es ja auch wieder der Allgemeinheit überlassen, die Wortwahl von manchen zu beurteilen, lieber Karl Maitz, du bist nicht gemeint, die hier Platz greift. Aber, meine Damen und Herren, es ist zunehmend Besorgnis, Karl Maitz, zu Recht bestehend (Abg. Dr. Maitz: „Auf beiden Seiten!“), wenn wir die Auseinandersetzung zum Beispiel auch über einen solchen Punkt dann so klarstellen müssen, und vorher gibt es auf jeden Fall schon die Beschuldigung, daß da politisch gearbeitet wird. Es ist ein Fairneßpakt, bitte, ein Fairneßpakt zwischen ÖVP und SPÖ, daß ich nicht von mir aus die Gemeinden aussuche, die aus dem Kindergartenbaufonds bedient werden, sondern daß ich mir da einen Vorschlag von der ÖVP geben lasse. Und das ist dann die Reaktion von einzelnen aus deinem Klub, lieber Freund? Ich muß dir schon sagen, ab und zu frage ich mich, ob es nicht auch die Aufgabe des Klubobmannes wäre, dafür zu sorgen, daß die Dinge auch ein bißchen ordentlich ablaufen. (Abg. Dr. Cortolezis: „Er braucht keine Belehrungen. Das ist der Stil, den Sie beklagen!“) Karl Maitz – noch einmal, was den Brief betrifft, sage ich ausdrücklich, du hast ihn mir gezeigt, das ist korrekt wiedergegeben. Ich konnte aufklären, wie das Gespräch mit der Stadt Graz, sprich mit Stingl, tatsächlich abgelaufen ist. Es läßt sich auch durch das Datum belegen.

Meine Damen und Herren, zum Schulwesen. Es ist gestern ein bißchen auch durch die vorgerückte Stunde natürlich wieder etwas zu kurz gekommen und nur angedeutet worden. Wir haben im Schulbereich Probleme, die über das hinausgehen, was gesagt wurde. Das Problem des Hineindrängens von immer mehr Aufgaben in die Schule. Überforderung der Lehrer, Schulklima, alle diese Dinge. Unbestritten, ich glaube, daß wir noch immer in einem guten Zustand sind, wenn man vergleicht. Aber man soll sich nicht damit zufriedengeben. Ich glaube, daß insgesamt auch Schulgemeinschaften und ähnliche Dinge noch relativ gut bei uns funktionieren. Verbesserungswürdig ist immer alles und jedes, aber dem Grunde nach können wir dann sagen, es gibt noch immer funktionierende Schulen jeglicher Kategorie bei uns, und wir werden uns anstrengen müssen, daß das nicht in Dimensionen gerät, etwa wenn ich an Gewaltfragen und an Überforderungsfragen denke. Jedenfalls werden wir uns sehr anstrengen müssen, daß uns das nicht passiert, was sich im übrigen auch – wie es scheint – aus dem gesellschaftspolitischen Prozeß der Beliebigkeit, der auch sehr stark kapitalistische Wurzeln hat, heraus auch in den öffentlichen Sektor überträgt. Ich meine unter Kapitalismus, Frau Kollegin Klasnic, nicht das marktwirtschaftliche Element, das kontrolliert wird, sondern es gibt kapitalistische Elemente.

Ich habe geglaubt, Sie haben dazu was gesagt. Die Frau Kollegin Bleckmann hat gestern den Milton Freedman zitiert, der ist einer der Chicago-Boys, die wirklich ausgeprägte Militaristen und Kapitalisten waren. (Abg. Bleckmann: „Ist Monetarismus gleich Kapitalismus?“) Natürlich ist es ein ganz, ganz starker Konnex, weil wenn jemand glaubt, daß der nur über die Geldpolitik Politik machen kann, dann ist das für mich schon ein kapitalistischer Ansatz. Also, wie auch immer, Frau Kollegin Bleckmann, da sind wir uns ja

auch einig, daß das nicht die Gesellschaft ist, die wir uns wünschen. Ich weiß nicht, wenn Sie sich die amerikanische Gesellschaft anschauen, dann, so glaube ich, sind wir uns einig, die wünschen wir uns nicht. Oder? Also sehen Sie, vielleicht können wir uns in dem Punkt sogar finden, daß die Chicago-Boys auch nicht das Weiße und schon gar nicht das Gelbe vom Ei waren und sind. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das Zitat ist gut!“) Als Zitat immer längst gut, einverstanden.

Meine Damen und Herren, noch einmal zurück zum Schulsektor. Es gibt auch da ein bundesstaatliches Problem. Wir haben alle miteinander verdrängt, daß der Staat uns in Wirklichkeit 10 Prozent Kostenmittragung aufoktroieren wollte in bezug auf die Pflichtschullehrer. Und weil wir das in einer gemeinsamen Aktion und gemeinschaftlich abgewehrt haben, ist das irgendwo in der Versenkung verschwunden und auch geistig offensichtlich ein bißchen weg. Ich sage Ihnen nur, es ist natürlich latent da. Wir haben zum Beispiel momentan eine Auseinandersetzung mit dem Bund über die Lehrplanfragen und Lehrplanüberschreitungen in der Steiermark, Größenordnung in etwa 140, 150 Lehrer und Kostenpunkt 80 Millionen Schilling, die der Bund zum Beispiel nicht zahlen will. Also das ist nicht ausgestanden, und das wird in sehr deutlicher Intensität fortgesetzt im Verein aller, die in der Bundesregierung sitzen.

Wir werden daher, soweit wir nicht ohnedies die Zügel schon wirklich gestrafft haben, ich glaube, das können wir in Anspruch nehmen für uns in den letzten Jahren im Schulwesen, auch aufpassen müssen, daß uns der Bund nicht irgendwo vorwerfen kann, daß wir sehr großzügig und großmütig umgegangen sind, und dann die Kostenersätze ausbleiben. Aber das wäre eine schwerste Belastung für das Landesbudget. Es hat zwischendurch einmal ausgeschaut, daß das in ein paar hundert Millionen hineingeht. Gleichzeitig gibt es vom Bund, wie Sie wissen, eine Novelle zu den Schulorganisationsgesetzen. Wir werden in der nächsten Zeit den Landtag, das Hohe Haus, damit befassen müssen, wie wir die drei Bereiche, die angesprochen sind, von der Schulzeit bis zur Integration, bis hinauf zur Schulorganisationsgesetznovelle, behandeln müssen, sobald die Regierungsvorlage von mir eingebracht und durch ist.

Ich sage nur soviel. Die Schulautonomie wurde gestern angesprochen und ist natürlich eine phantastische Sache, aber sie kostet, wenn man sie wirklich mit Leben erfüllen will, Geld. Es erinnert mich ein bißchen an Maria Theresia. Sie ist hergegangen und hat die Landtage mit hohen Kompetenzen ausgestattet und hat ihnen aber gleichzeitig das Geld weggenommen. Daraufhin war das Problem der Machtverhältnisse geklärt. Wir müssen auch da sehr aufpassen, um nicht sozusagen eine Autonomie ausrufen zu lassen, die dann in Wirklichkeit nicht gelebt werden kann, weil sie niemand zahlt. Diese Übereinstimmung von Aufgaben, Kosten und Kostentragung herzustellen, ist auch eine laufende Aufgabe und ununterbrochene Aufgabe, der wir uns zu stellen haben.

Ich komme zum Bereich der Fachhochschule. Meine Damen und Herren. Ich kann es wirklich kurz machen, nicht deswegen, weil das Thema nicht so wichtig wäre, aber es gibt einen einstimmigen Regierungsbeschluss. Herr Prof. Jeglitsch, bei aller höchster Wertschätzung,

und Sie sind mir bitte nicht böse, wenn ich sage, Experten. Selbstverständlich brauchen wir sie, und sie sind wichtig. Sie sind mir nicht böse, wenn ich Ihnen sage, sie sind wirklich nur eine Hilfe für eine Entscheidungsgrundlage. Aber mehr sind sie bei Gott nicht. Die politische Entscheidung treffen schon noch wir selber. (Beifall der der SPÖ.)

Diese Form, Politik zu machen, daß man nur mehr Gutachter holt und noch jemanden fragt, und so lange fragt, bis nichts ist, ist meine Art nicht. Jetzt könnte ich selber aus meiner Profession heraus sagen, na freilich, noch fünf Gutachter oder zehn, die wir fragen. Es gibt auch ein altes Sprichwort: „Wer lange fragt, geht viel irr.“ Und was den Standort betrifft, da sage ich Ihnen auch ganz offen etwas: So spät als möglich damit heraus, weil sonst wird er von vornherein umgebracht. Das, was heute zum Teil geredet wurde, geht genau darauf hinaus, diesen Standort madig zu machen und umzubringen. Daher auch dieser späte, von mir vorgebrachte Vorschlag. Ich sage Ihnen noch einmal: Leoben ist damit nicht nur nicht out, das wissen Sie ganz genau. Die ersten, mit denen ich Gespräche geführt habe, war Leoben. Ich sage Ihnen auch mit Bedauern, daß es die Universitätsstädte und die Universitäten an sich haben, dieses Problem sehr lange verdrängt zu haben, unter dem Motto „es muß sowieso alles zu uns“. (Beifall bei der SPÖ.) Das gilt auch für die Montanuniversität, und das gilt auch für universitäre Einrichtungen in Graz – leider. Es gibt auch durchaus ein Konkurrenzdenken. Ich glaube, Sie stimmen mir da sogar ein bißchen zu, Herr Professor, oder nicht? (Abg. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Das ist in zweieinhalb Jahren das erste Mal, daß ich einen Zwischenruf mache. Er resultiert daraus, daß ich nicht will, daß Mißverständnisse entstehen. Politische Entscheidungen sind zu treffen, aber es müssen die Politiker dafür geradestehen, wenn von sachlicher Ebene aus geurteilt wird, was sie politisch entschieden haben. Ich habe mit keinem einzigen Unterton die Situation von Kapfenberg aus einem Neidkomplex von Leoben kommentiert. Wenn Sie Leoben kennen, ist dem Spezifikum der Montanuniversität Rechnung zu tragen. Das wollte ich für Kapfenberg sichtbar machen. Es ist ein gewagtes Unterfangen für Kapfenberg, noch dazu, ohne mit der Montanuniversität darüber verhandelt zu haben. Man könnte zum Beispiel der Montanuniversität das Angebot machen, den Maschinenbau nur in Kapfenberg zu führen. In Kapfenberg müßte man drei Studiengänge aufbauen. Mit zwei wird es keine Fachhochschule geben. Was ich sichtbar machen wollte ist, zwar politisch zu entscheiden, aber das nach sachlichen Überlegungen!“ – Beifall bei der ÖVP.)

Wir sind wirklich nicht auseinander. Ich habe Ihnen das auch überhaupt nicht unterstellt. Es war auch Ihre Wortmeldung in keiner Weise dazu angetan, irgendeine Unterstellung vorzunehmen. Ich sage aber, daß wir mit Leoben Gespräche geführt haben. Nicht über Kapfenberg. Wir haben über die Möglichkeit eines Standortes einer Fachhochschule in Leoben gesprochen, und sind Sie mir nicht böse, wenn ich sage, daß ich das Gefühl gehabt habe, daß genau das, was Sie mir jetzt bestätigen, in Leoben darin manifestiert, sich wiederfindet. Daß die ja sehr wohl zu Recht der Meinung sind, daß sie bereits heute eine hoch spezialisierte, gleichzeitig aber auch breite und für den

Beruf hervorragend geeignete Ausbildung bieten und daher eigentlich die Fachhochschule für andere Bereiche sich besser eignet. Das ist auch durchaus die Meinung der Universität Leoben. Sie wissen genau, daß wir zum Beispiel über die Frage der Werkstoffe geredet haben, als ich gesagt habe, das würde sich anbieten, daß es auch dazupafßt – gerade im Bereich Leoben. Ich muß dazusagen, daß man auch dort sehr stark die Meinung vertreten hat, das macht die Universität ja ohnedies. Was ich damit sagen will ist, wir sind uns einig, daß es letztlich eine politische Entscheidung geben muß. Die ist erfolgt. Das Zweite ist, und da bin ich völlig mit Ihnen, und das steht ja auch im Regierungsbeschluß drinnen, wir müssen natürlich das konzeptionell entsprechend durchziehen und können es nicht in die Beliebigkeit entgleiten lassen – auch Einverständnis. Nächster Punkt: Es ist mit Kapfenberg und Graz ganz sicherlich die Szenerie der möglichen Standorte nicht beendet in der Steiermark. Es gibt eine Fülle von hochinteressanten Bereichen, und das ist ja angesprochen worden von einem Vertreter der Freiheitlichen Partei, daß Weiz im Gespräch ist, daß durchaus aber auch Raumberg im Gespräch ist, daß Rottenmann sich ungemein bemüht hat, das muß man wirklich sagen. Ich glaube, Frau Kollegin Klasnic, wir haben das gar nie anders verstanden, daß das für uns so ist, daß wir weder einen Standort preisgeben noch eine Studienrichtung von vornherein, sondern wir haben die ausgewählt, von denen wir annehmen, daß sie den Fachhochschulbeirat am ehesten passieren können. Jetzt sind Sie mir nicht böse, wenn ich sage, der Herr Vizekanzler Busek wird dabei hoffentlich nichts zu reden haben. Denn was er über den Standort Kapfenberg gemeint hat, wissen wir jetzt schon. Ich hoffe, daß dieser Fachhochschulbeirat tatsächlich weisungsfrei agiert, weil dann habe ich sehr wohl Hoffnung, daß wir in der Steiermark das auch noch rechtzeitig zustandebringen, wenn der Fachhochschulbeirat sich vom Vizekanzler nicht beeinflussen läßt. Er hat sich ja schon wieder einmal festgelegt. Aber das macht er ja öfter, und daß Kapfenberg nicht geht, das wissen wir. Ich verlasse mich jedenfalls auf den Fachhochschulbeirat, und das wird auch besser sein. Ich bin hier auch auf Ihrer Linie, und wir werden uns auf die Experten verlassen. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Ein bißchen ein Widerspruch ist drinnen. Im Land verlassen wir uns auf die Wissenschaftler, und beim Bund ist alles anders!“) Beim Fachhochschulbeirat steht im Gesetz drinnen, daß der weisungsfrei zu agieren hat. Es stört mich, wenn so etwas drinnen steht und der erste Politiker hergeht und sagt, der Standort paßt nicht, und das werde ich meinem Fachhochschulbeirat schon beibringen. Also das ist schon ein Unterschied, Frau Kollegin! (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Das steht im Gesetz drinnen!“) Das Beratungsgremium ist weisungsfrei, ist aber als solches überhaupt nicht institutionalisiert durch ein Gesetz, bitte. Dort sind wir an gar nichts gebunden. Der Herr Busek ist sehr wohl gebunden an das, was ihm der Fachhochschulbeirat vorlegt. So ist es, da ist ein bißchen ein juristischer Unterschied. Aber es macht nichts! Da bin ich ein bißchen genauer als Sie. (Abg. Dr. Maitz: „Gleiches Recht für Fachleute des Bundes und des Landes!“) In einem Fall als Entscheidungsorgan, lieber Karl, du bist ja auch Jurist, wenn ich mich erinnern kann, nicht, in einem Fall als Ent-

scheidungsorgan weisungsfrei und im anderen Fall als Beratungsorgan. Bitte, das ist ein Unterschied. Bitte, sei so nett! (Abg. Trampusch: „Und sag das deinem Klub!“) Meine Damen und Herren, das heißt, es ist da politisch eine Entscheidung gefallen. Wir werden das entsprechend adaptieren, da bin ich völlig Ihrer Meinung, es gehört ordentlich überdacht. Ich bin auch der Meinung, daß – bevor wir mit einer Halbheit beginnen – es besser ist, ordentlich 1995 zu starten. Ich habe aber immer noch gute Hoffnung. Wenn alle wirklich wollen, das höre ich nicht immer, daß wir auch noch 1994 beginnen können. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 11.56 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 2, Sport. Den ersten Aufschlag hat der Herr Abgeordnete Korp.

Abg. Korp (11.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr Präsident Rader hat gemeint, ich habe den ersten Aufschlag. Mein erster Aufschlag wird sich nicht auf Tennis beziehen, sondern mein erster Aufschlag wird sich auf den Breitensport beziehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der rechten Seite des Hauses, und das aus gutem Grund, wie ich meine. Wenn ich mich recht erinnere, hat gestern Herr Dr. Frizberg in seinem Beitrag zur Generaldebatte gemeint, daß irgendwer in diesem Haus die Liebe zum Sport wiederentdeckt hat. Ich meine, es sitzen hier sowohl auf der rechten Seite als auch auf der linken Seite des Hauses genug Damen und Herren, die die Liebe zum Sport nicht wiederentdecken brauchen, sie haben ihn schon längst, zum Unterschied von jenen – (Präsident Mag. Rader: „Meine Damen und Herren, ich möchte gerne, daß der Redner nicht das Schicksal des Breitensports teilt, nämlich daß keiner aufmerksam ist, obwohl die ganze Geschichte so wichtig ist. Ich bitte daher, ihm zuzuhören!“)

Herr Präsident, ich danke Ihnen für diese Zwischenbemerkung. Das bestätigt mir, für diejenigen einzutreten, die es schwerer haben als andere, unter anderem auch der Breitensport. Ich bin stehengeblieben bei einem Zitat des Herrn Dr. Frizberg, in seinem Beitrag zur Generaldebatte, in dem er gemeint hat, daß eben hier irgendwelche die Liebe zum Sport wiederentdeckt hätten. Ich habe gemeint, es gibt hier in diesem Haus genug Damen und Herren, die die Liebe zum Sport schon lange betreiben, zum Unterschied von der Spitze im Sportbereich, die über den Sport entscheiden, die neuerdings die Liebe zum Sport wiederentdeckt haben. (Unverständlicher Zwischenruf der Abg. Dr. Grabensberger.) Ja, Frau Kollegin, ich weiß manches, und Sie werden noch staunen, was ich alles weiß. Sie können bereits damit beginnen – mit dem Staunen, meine ich. Ihre Ergüsse auf Bezirksebene kennen wir ja inzwischen, also tun Sie weiter staunen. (Abg. Grillitsch: „Das ist nicht sportlich!“) Gut, okay, aber Polemik sollte man weglassen. Ich bin mit Ihnen d'accord. Lassen wir das weg! Gut, jetzt reden wir über den Sport. (Abg. Grillitsch: „Tu nicht polemisieren!“) Nein, nein, ist schon in Ordnung. Ich komme zur Sache, lieber Fritz. Wenn Sie mich reden lassen,

komme ich gerne zur Sache, aber ich warte auch, bis Sie ausgeredet haben. Ich habe kein Problem damit.

Ich möchte, wie gesagt, eine Lanze für den Breitensport brechen. Es hat hier gestern abend der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer in sehr beeindruckender Weise Damen und Herren der Einsatzorganisationen berechtigterweise gelobt und hervorgehoben, die sich landauf und landab, jahrein, jahraus für die anderen einsetzen und das in idealistischer Weise tun. Wir haben Gott sei Dank viele solche Menschen in unserem Land, und dazu, verehrte Damen und Herren, gehören auch jene vielen Sportfunktionäre, die sich in unserem Land für die kleinen, für die Sportvereine, einsetzen, ohne zu fragen, was bekomme ich dafür, was habe ich davon? Die sich abstrudeln im wahrsten Sinne des Wortes, um Gelder für ihre Sportvereine zu keilen, um eben für ihr Interessensgebiet entsprechend zur Verfügung zu stehen. Mein Eintreten für den Breitensport möchte ich näher vielleicht noch so begründen: Es gibt – wie Sie wissen, verehrte Damen und Herren – viele Anzeichen dafür, daß das Bedürfnis nach sportlicher Freizeitbeschäftigung weiter ansteigen wird. Diesem Umstand hat man seitens der öffentlichen Hand im Rahmen des Möglichen Rechnung zu tragen, würde ich meinen, und alle wissen wir, daß durch die rasant fortschreitende Automatisierung in vielen Bereichen unserer Arbeitswelt körperliche Anforderungen immer mehr und zusehends in den Hintergrund treten. Daraus resultiert – wie ich meine – zunehmende Bewegungsarmut in großen Bereichen der Arbeitswelt und wird so natürlich zu einem volksgesundheitlichen Problem. Das sollte man dabei nicht vergessen. Zu unseren Aufgaben muß es daher vor allem auch zählen, den Breitensport bestmöglich zu unterstützen. Dies umso mehr, als körperliches und seelisches Wohlbefinden damit in ursächlichem Zusammenhang stehen. Wenn nun der Breitensport als wichtiges Anliegen vieler in Form von Kürzungen bei kleinen Sportvereinen Haare lassen muß, so widerspricht das, verehrter Herr Landesrat, wenn ich das so sagen darf, den von Ihnen so oft propagierten Feststellungen, den Wünschen und Anliegen des Sports weitgehend entgegenzukommen. Bei aller Anerkennung – das sage ich auch dazu, Fairneß gehört vor allem im Sport dazu, Herr Landesrat – der Wertigkeit des Spitzensports im Bereich der Werbung, seiner Beispielwirkung und der wirtschaftlichen Komponente – auch ganz klar – sei hier doch nachdrücklich an die Vielzahl sportbegeisterter Idealisten in den Vereinen erinnert, die freiwillig und unentgeltlich – das betone ich ganz besonders – organisatorische und kaufmännische Aufgaben mit viel, viel Verantwortung auf sich nehmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Landesrat, gerade diesem Personenkreis öffentliche Sportförderungen zu reduzieren, stellt sich als Negativtendenz dar, der es meiner Meinung nach entgegenzuwirken gilt. So wichtigen Breitensportimpulsen kann man einfach nicht durch Kürzungen entgegenwirken, weil sie natürlich Auswirkungen auf die sogenannten Soziallasten haben. Die Folgewirkungen kennen wir alle bestens. Wenn Sie, lieber Herr Landesrat Dr. Hirschmann, wenn ich mich recht erinnere, in der letzten Fragestunde hier im Hohen Haus davon gesprochen haben oder besser gesagt, Schiller zitiert haben und gemeint haben, damit hatten Sie sicherlich recht, „der Mensch ist dort vor allem

Mensch, wo er spielt“, wird das hoffentlich nicht nur für den Spitzensport gegolten haben. Das würde ich mir sehr wünschen. Und jetzt haben Sie im Rationalisierungs-Ausschuß, wie mir berichtet wurde, Herr Dr. Hirschmann, sehr offen und deutlich gesagt, daß es natürlich im Breitensport klemmen wird, wenn für den Spitzensport entsprechende Gelder ausgegeben werden. Vielleicht könnte man dies, sehr geehrter Herr Landesrat, aus den von mir erörterten Gründen etwas abändern und das Mißverhältnis Spitzensport – Breitensport, und das ist für mich ein Mißverhältnis, in richtige Relationen bringen. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 12.05 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz.

Abg. Dr. Maitz (12.05 Uhr): Werter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kollege Korp hat gemeint, mehr für Vereine, weniger für Spitzenergebnisse. Es ist nur so: Kein einziger Verein bekommt wegen Olympia einen Schilling weniger, und kein einziger Verein würde ohne Olympia einen Schilling mehr bekommen. Daß wir insgesamt für alle Anliegen gerne mehr Geld zur Verfügung hätten, das ist etwas, was uns unterscheidet. Meine lieben Damen und Herren! Das Ziel der olympischen Lebensphilosophie ist die Förderung – (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Dabei sein ist alles!“) nein, das ist die alte Definition – der körperlichen und geistigen Qualität, wie es dort heißt, und die Stärkung der Willenskraft der Menschen. Und das ist für mich der Ansatz! Eine bekannte steirische Zeitung hat zum Daviscup übertitelt „Wo ein Wille, da ein Weg“. Ich sage, wo ein politischer Wille und harte Arbeit dahintersteckt, dort gibt es auch einen Erfolg. Wir haben gesagt, und als erster hat es natürlich Landesrat Gerhard Hirschmann gesagt, wir trauen uns das zu, eine Daviscup-Veranstaltung nach Graz zu holen, obwohl diese bisher immer in Wien stattgefunden hat, und das, obwohl wir noch keine Halle hatten und noch keine organisatorischen Voraussetzungen sichtbar waren, aber wir trauen es uns zu, und wir haben es umgesetzt. Wir können viel, wenn wir uns etwas zutrauen. Wir können sogar Spitzenleistungen vollbringen. Wenn wir uns etwas zutrauen und wenn wir eine politische Vorgabe haben, eine kraftvolle und glaubwürdige selbstbewußte Vorgangsweise wählen. Dann gewinnen wir Leute, wie den Karl Schwarzl als Unternehmer, dann gewinnen wir Hunderte Funktionäre als Mitarbeiter, dann gewinnen wir die Bevölkerung für ein solches Großereignis. Und das hat Landesrat Gerhard Hirschmann eindrucksvoll gezeigt, das hat Karl Schwarzl eindrucksvoll gezeigt, und das haben Hunderte Mitarbeiter bei diesem Daviscup gezeigt. Ich möchte mich nicht verbreitern, aber ich möchte einen Journalisten zitieren, der uns durchaus sehr oft, sehr kritisch und auch tiefstehende Kritik verpaßt, der in seinem Kommentar zwei Dinge geschrieben hat, die mir sehr gut gefallen. Ich zitiere den Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“, Fritz Csoklich: „Ein junger Politiker, der bisher oft in kontraproduktiven Wadlbeißereien sich aufreiben mußte, ist nun der Architekt eines großen Erfolges. Gerhard Hirschmann, frisch gebackener Sportlandesrat, hat seine Chance erkannt

und für die Steiermark umgesetzt". Das Zweite, was mich ebenso freut: „Endlich ist durch die Initiative des Landesrates Hirschmann" – schreibt Fritz Csoklich von der „Kleinen Zeitung" – „nicht mehr von der schrecklichen Randlage der Steiermark, von den schwierigen Verkehrsbedingungen, von der chronischen Benachteiligung unseres Landes die Rede. Endlich wird anhand eines konkreten Beispiels gezeigt, wie großartig etwas funktionieren kann, wenn man nur will und einer Sache vorausgeht." (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage nur eine Ziffer, die die ökonomische Seite beleuchtet: 120 Millionen Umsatzvolumen anlässlich dieser wenigen Tage Daviscup in Unterpremstätten in der Steiermark. Das ist ein Wirtschaftsimpuls, der weit über das hinausgeht, was wir mit vielen, vielen Förderungsmillionen sonst erreichen können. Zweite Ziffer, und was haben wir in der Werbewirksamkeit erreicht mit dem Daviscup? 20 Millionen Zuseher in Österreich, in der Bundesrepublik, in allen an SAT 1 angeschlossenen Ländern rund um die Bundesrepublik, 20 Millionen haben den Vorspann Steiermark gesehen, die Grazer Werbeeinschaltung, könnte man fast sagen, durch das, was immer üblich ist bei solchen Sportveranstaltungen. Sie alle haben auch gesehen, daß wir tüchtige Organisatoren für Großveranstaltungen sein können. 20 Millionen Zuseher im Fernsehen. Wissen Sie, was man dafür zahlen müßte? Das ist gar nicht auszurechnen. (Abg. Dr. Flecker: „Beim Jack Unterweger sind noch mehr!") Das ist eine andere Sache, aber die ist für die Steiermark durchaus nicht so positiv zu sehen. Ich weiß schon, daß die Zwischenrufe immer dann kommen, wenn es unangenehm wird. Was wir auch für die Olympiade in der Steiermark ebenso unter Beweis setzen wollen, zwei wichtige Fakten dazu: Die Stadt Graz, und damit auch die Steiermark, wird als einziger Bewerber Österreichs vom Österreichischen Olympischen Komitee unterstützt. Das ist ein ganz wichtiger Erfolg. Die Zielsetzung, „Grüne Spiele in der Grünen Mark" zu halten (Abg. Dörflinger: „Im Winter!"), sind jetzt schon ein Markenzeichen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vieles spricht dafür, aber die Grünbewegung, Kollege Getzinger, hat mit Schnee oder Wiese nichts zu tun und nicht mit Sommer und Winter, sondern hat damit zu tun, daß wir die Umwelt schonen und trotzdem große Veranstaltungen machen. Und das wollen wir. Vieles spricht für uns, für Graz, für die Steiermark. Auch das nur in Stichworten: ein einzigartiger Infrastrukturschub, den wir sonst in 20 bis 30 Jahren nicht erreichen. Denken Sie nur an die zweigeleisige Ausbaumöglichkeit in Richtung Salzburg der Eisenbahn, denken Sie an den Wohnbau in Graz und anderen Gemeinden, an Tourismusinvestitionen, an Umweltschutzinvestitionen selbstverständlich, und natürlich auch an Sportstätten, die bei dieser Gelegenheit errichtet und für unser Land für Generationen nutzbar gemacht werden können. Wir haben den größten Teil der alpinen und nordischen Sportanlagen bereits im Lande und haben durch Weltmeisterschaften und Weltcupveranstaltungen bewiesen, daß wir das können. Gemeinsam, meine Damen und Herren, sind wir stark und können auch Olympische Spiele veranstalten. Darum ersuche ich Sie. (Beifall bei der ÖVP. – 12.14 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dörflinger, diesmal nicht in der Nacht, sondern mitten am helllichten Tag.

Abg. Dörflinger (12.14 Uhr): Herr Präsident!

Ich danke für die Erinnerung. So schön ist sie für mich nicht, wie für dich vielleicht. Es ist immer relativ schwierig, wenn der Klubobmann Maitz als Vorredner am Pult steht, weil er so viele Hölzeln wirft und so viele Stichwörter wirft, daß man fast versucht ist, sein eigenes Manuskript wegzuwerfen und sich nur auf das zu konzentrieren, wo er Anlaß gibt, ihm Antwort zu geben. Mir hat das Zitat sehr gut gefallen, das Sie, Herr Klubobmann Maitz, von Herrn Chefredakteur Csoklich gebracht haben, weil der Herr Chefredakteur Csoklich neben dem Lob für Gerhard Hirschmann, das er in dieser Frage wirklich verdient, einen sehr wichtigen Punkt festgehalten hat, den wir Sozialdemokraten in der Steiermark jahrzehntelang schon kritisieren, daß nämlich bis zum Eintritt des Gerhard Hirschmann in die Landesregierung offensichtlich die absolute ÖVP-Mehrheit in diesem Land nichts zusammengebracht hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn das ein Mann schreibt, wie Fritz Csoklich, muß das ernst genommen werden, und wenn das ein Mann schreibt, wie Fritz Csoklich, wird es wohl auch stimmen. Das Lob für den Gerhard Hirschmann unterstreiche ich. Ich unterstreiche aber auch den zweiten Teil dieses Kommentares, daß bisher eigentlich sehr wenig bis nichts passiert ist. Und darum sage ich, um gleich auf das Thema Olympia zu kommen, weil ja der Kollege Korp über den Breitensport gesprochen hat und ich das wirklich unterstütze und auch sehr ernst meine, denn wenn man sieht, wie es den Vereinen in der Steiermark geht, wenn man sieht, wie es dem Breitensport in der Steiermark geht, wäre hier eine Offensive sehr notwendig. Das Thema Olympia ist ja über uns nicht so aus dem Nichts hereingebrochen, sondern in den üblichen – muß ich sagen – Sommerpressekonferenzen des Gerhard Hirschmann hat es ja schon mehrfach und jahrelang diese Vision und diese Idee gegeben, und es war ja nicht überraschend, daß Gerhard Hirschmann in die Landesregierung kommt, und es war auch nicht überraschend, daß er den Sportbereich übernimmt. Und deswegen war auch die Überraschung bei uns relativ gering, daß er mit diesem Projekt noch einmal kommt. Daß ein, zwei Journalisten ihn bisher noch nicht gehört haben mit dieser Idee, scheint mir eher das Problem dieser Journalisten zu sein, die Fernsehsendungen moderieren.

Ich sage auch vorweg dazu einmal ein sehr grundsätzliches Bekenntnis für mich persönlich und für meine Fraktion zu allen Projekten, die der Steiermark etwas bringen, zu allen, die die Steiermark weiterbringen, das ist überhaupt keine Frage. Aus diesem Grunde haben wir auch die Frage Olympia 2002 nicht von vornherein abgelehnt, wir haben nicht gesagt, setzen wir uns nicht damit auseinander, wir haben auch nicht gesagt, es ist ein Blödsinn, sondern wir haben gesagt, schauen wir uns das einmal genau an. Schauen wir uns einmal an, unter welchen Bedingungen und unter welchen Konditionen man so etwas machen kann, und dann reden wir weiter. Und wir haben uns darüber hinaus – und das ist für mich

eigentlich der zentrale Punkt – die Frage zu stellen, in welchem Klima arbeiten wir in diesem Hohen Haus und arbeiten wir in diesem Lande, wenn es darum geht, solche Großprojekte durchzubringen, wenn es darum geht, solche Großprojekte zu realisieren? Und da muß man halt auch sagen, daß ein Teil dieses Klimas auch bestimmt war auf der einen Seite von der Vision und von der Idee Olympia die, wie wir alle wissen, Milliarden kosten wird, und auf der anderen Seite vom Beschluß der Mehrheit dieses Hohen Hauses im Rationalisierungsausschuß zu kürzen, zu streichen und zurückzunehmen, weil das Budgetdefizit angeblich zu hoch ist, weil wir zu viele Ausgaben haben, weil wir zu viele Schulden haben. Jetzt bitte nicht böse sein, ein bißchen erinnert mich das an diesen tragischen Unfall mit dem Flugzeug, wo es diesen Umkehrschub gegeben hat. Wir werden, meine Damen und Herren, nicht auf der einen Seite sagen können, okay, Olympia, hurra, hinein, und auf der anderen Seite streichen wir alles zurück und kürzen wir. Das ist dann wirklich wie bei der berühmten Maschine, die bekanntlich abgestürzt ist, daß das eine Triebwerk nach vorne und das andere Triebwerk zurück geht. Diese Umkehrschubfunktion sollten wir uns ersparen. Das ist ein wichtiger Teil, wie wir diese Olympia-Diskussion führen sollten. Nicht auf der einen Seite hergehen, sparen, reduzieren, kürzen, streichen, und auf der anderen Seite zu sagen, mein Gott, es kostet halt 10, 12, 13 Milliarden Schilling, ist ja nicht so schlimm, ist eine klasse Idee, super, bringt uns weiter. Ich will das alles nicht gegeneinander auspielen. Nur, man kann es nicht trennen. Und wenn hinten auf der Zuschauergalerie Vertreterinnen des Grazer Frauenhauses sitzen, werden sich diese Damen auch etwas denken, wenn sie auf der einen Seite in den Zeitungen lesen „das machen wir, und das kostet was, und da brauchen wir das Geld, jawohl, machen wir das“, aber auf der anderen Seite stehen die Leute dort hinten und müssen für ein paar hunderttausend Schilling auf den Knien herumschlittern, damit sie dort was weiterbringen. Das ist ein falscher Weg! (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich betone das noch einmal, spielen wir das nicht gegeneinander aus, sondern fragen wir uns, welche Politik wir betreiben, und fragen wir uns, wie diese Politik weitergehen soll. Und dann gibt es – (Abg. Dr. Maitz: „Bei 8 Milliarden Sozialbudget wird es an der Frau Landesrätin liegen, einem Frauenhaus das zu geben, was ihm gebührt!“) Herr Klubobmann Maitz, ich möchte Sie gerne einmal was fragen. Ich habe immer das Problem, Sie gehen heraus, reden ewig, gehen dann hinein und versuchen dann, drinnen etwas zu sagen, versuchen Sie es doch von draußen. Es ist ja nicht so schlimm. Da haben Sie ein Mikrofon, es ist lauter und besser. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schützenhöfer: „Der Vergleich müßte erst gelingen!“) Und, meine Damen und Herren! Wieso ich das anbringe? Es finden ja nicht das erste Mal Olympische Spiele statt, und man sollte, wenn man etwas ordentlich und seriös vorbereitet, sich durchaus auch mit den Erfahrungen auseinandersetzen, die andere, die Olympische Spiele durchgeführt haben, selber gemacht haben, und sich selber ein Bild machen. Ich zitiere zuerst einmal den von mir sehr geschätzten Gerhard Hirschmann, der in der APA uns mitteilt, daß Lillehammer ein mögliches Beispiel war, Lillehammer

als Beispiel für die Olympiade in der Steiermark. Ich zitiere als zweiten Punkt – (Abg. Dr. Karisch: „Das Frauenhaus hat nichts mit Sport zu tun!“ – Abg. Gennaro: „Sie sind stark im Austeilen, aber schwach im Einstecken!“ – Abg. Tasch: „Im Austeilen bist du auch nicht schwach!“) Ich freue mich, daß endlich wieder ein bißchen Leben in dieses Haus hineinkommt. Ich fange noch einmal an: Gerhard Hirschmann sagt, Lillehammer ist ein mögliches Beispiel. Ich zitiere als zweiten den Chef des Österreichischen Olympischen Komitees Dr. Leo Wallner, der sagt, „Steirerkrone“ im Feber dieses Jahres: „Außerdem warnt Wallner anzunehmen, daß alle vergangenen Winterspiele positiv bilanziert hätten.“ Und jetzt Originalzitat Wallner: „Wer eine solche Veranstaltung durchgezogen hat, kann es sich doch gar nicht leisten zuzugeben, daß er Verluste geschrieben hat. Und man wird die Bilanzen immer positiv hinbringen. Ich habe keine von Lacc Placid, Sarajevo, Calgary oder Albertville gesehen. Ich würde sie auch nicht glauben.“ Also! Wenn wir uns das anschauen und wenn wir die Frage Olympia 2002, 2006 oder 2019 diskutieren, muß uns klar sein, daß wir für dieses Projekt sehr viel Geld aufwenden werden müssen, und das Beispiel aus Lillehammer, das Gerhard Hirschmann so gerne zitiert, zeigt uns ja, wie problematisch das Ganze ist. Ich zitiere jetzt die Nachrichtenagentur Reuter, die geschrieben hat: „Gäbe es eine Rubrik für den Irrtum des Jahres, dann müßte man die Vertreter der Olympiastadt Lillehammer darin wohl ganz oben reihen.“ Wieso schreibt Reuter das? Die Nachrichtenagentur Reuter schreibt das, weil zum Zeitpunkt der Bewerbung Lillehammers für die Olympischen Spiele in der Regierung des Landes ein Beschluß gefaßt wurde, der den Finanzierungsrahmen von zwei Milliarden Kronen vorgesehen hat. Vier Jahre später wurden aus den zwei Milliarden Kronen sieben Milliarden Kronen für die Durchführung. Ich glaube, das sollte uns zu denken geben, das sollte gerade jenen zu denken geben, die vor ein paar Monaten noch im Rationalisierungsausschuß Gröschnerln gezählt haben. Und wenn Sie mir schon die Zitate der internationalen (Abg. Schützenhöfer: „Da haben Sie weit suchen müssen!“) Nachrichtenagenturen nicht glauben, vielleicht kann man – der Hofrat Stehlik sitzt hinten in der Zuschauerreihe – den Bericht jener steirischen Vertreter, die in Lillehammer waren, hernehmen, die eine Kostenaufstellung gemacht haben. Die Gesamtkosten der Spiele, Bauten, Technik, Sportanlagen und so weiter, betragen 12,08 Milliarden Schilling. Jetzt rechne ich die Infrastruktur, Investitionen und das alles nicht dazu, und die Einnahmen kommen auf 5 Milliarden Schilling. Also 12,08 für die Durchführung der Spiele, 5 Milliarden Einnahmen. (Abg. Gennaro. „Die Frau Abgeordnete Dr. Karisch rechnet bereits!“ – Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Plus 7 Milliarden Infrastruktur!“) Und wenn die Frau Dr. Karisch das ernst nimmt, was sie immer wieder sagt, dann müßte ihr das durchaus auch zu denken geben. (Landesrat Dr. Strenitz: „Nettodefizit 14 Milliarden sind noch maßvoll!“) Meine Damen und Herren! Ich komme zum zweiten Punkt. (Abg. Schützenhöfer: „Die Verhinderer sind am Werk!“) Der Kollege Schützenhöfer meint gerade, die Verhinderer sind am Werk. Das war eine Kritik an seiner Fraktion, was die Spitäler betrifft, nehme ich an. (Beifall bei der SPÖ.) Meine Damen und

Herren, um auf des Pudels Kern zu kommen, wir werden die Frage Olympische Spiele als SPÖ Steiermark ganz seriös, ganz ruhig und ganz emotionslos beurteilen. Wir haben ein paar Fragen, und wenn der Kollege Schützenhöfer meint, daß die Fragen ein Teil der Verhinderung sind, muß er ja Bescheid wissen, was das kostet, oder sich vor den Fragen fürchten.

Die erste Frage: Was kostet die Bewerbung? Die zweite Frage wird sein: Was kostet die Durchführung? Die dritte wird sein: Wie hoch sind die Nachfolgekosten? Und die vierte Frage wird sein: In welchen Orten finden die Olympischen Spiele statt? Zur ersten Frage, zur Bewerbung, weil sie auch immer diskutiert wurde und nicht wenige gesagt haben, na mein Gott, bewerb' ma uns halt einmal, es nutzt uns ja soviel und ist ja ein toller internationaler Werbewert. Ich habe mir erlaubt, eine nicht repräsentative Umfrage unter steirischen Sportjournalisten zu machen. Ich habe sie gefragt, wer hat sich außer Lillehammer für diese Winterspiele noch beworben? Ich darf Ihnen sagen, es hat kein einziger gewußt. Ich frage mich, wenn etwas so eine Werbung ist, wenn die Bewerbung so eine riesige Werbung ist, wie groß kann die wirklich gewesen sein, wenn selbst Leute, die sich mit diesem Metier beschäftigen, keine Ahnung haben, wie das wirklich ausschaut hat? Ich rede gar nicht über Albertville, oder ich rede gar nicht über die vorigen Olympischen Spiele. Es muß uns klar sein, daß man zwar im Zeitraum der Bewerbung durchaus da oder dort ein mediales Echo hat, daß aber in Wirklichkeit ab dem Zeitpunkt der Vergabe jene Konkurrenten, die ausgeschieden sind, wieder dorthin verschwinden, wo sie hergekommen sind, nämlich im internationalen Nichts. Ich frage auch, wie seriös die Vorbereitungen für diese Olympischen Winterspiele 2002 in der Steiermark sind. So überraschend ist es ja nicht gekommen, wie ich vorher schon ausgeführt habe, und so überraschend war es ja auch nicht, daß das präsentiert wurde. Dann hat es geheißt, es hat schon unheimlich viele Vorarbeiten gegeben. Ich habe mir die Mühe gemacht, um das nicht zu lange auszuführen, für vier Bereiche dieser Olympischen Winterspiele drei Monate lang die steirischen Zeitungen zu beobachten und zu schauen, wer aller als Austragungsort ins Spiel gebracht wird. Beispiel Bob: 1. März, „Kleine Zeitung“: Riesiger Jubel, weil wir brauchen keine Bobbahn bauen, weil das kostet zuviel, das ist alles eine Katastrophe. Samaranch schenkt uns die Bobbahn. Wir nehmen einen Helikopter, fliegen nach Igls, dort fahren sie dann mit dem Bob und kehren dann in das Olympische Dorf zurück. 3. April, ein knappes Monat später. Eindeutiges Bekenntnis der steirischen Olympiabewerber: Die Bobbewerbe werden in Eisenerz stattfinden – also Igls, Eisenerz. 15. April, wieder „Kleine Zeitung“: Der große Favorit für den Bob- und Rodelwettbewerb ist Liezen. Meine Damen und Herren! Sind Sie mir nicht böse, denn hier liegt schon der Verdacht nahe, daß man da nach dem Prinzip „Brot und Spiele“ durchs Land rauscht und sagt, jeder kriegt was, daß man so die ersten flächendeckenden Olympischen Winterspiele der Geschichte zusammenbringt, um ganz einfach etwas zustandezubringen im Land, was bisher offensichtlich nicht da ist, daß man nämlich Stimmung macht für die Winterspiele, daß man sagt, ihr werdet alle profitieren. Das Ergebnis wird man ja sehen. Ich sage das zweite Bei-

spiel – Springen: (Abg. Dr. Maitz: „Aus Ihnen spricht der Neid!“ – Abg. Trampusch: „Olympische Idee – Dabei ist alles!“) Herr Kollege Maitz, ich habe noch niemandem so sehr ein Nationalratsmandat gegönnt wie Ihnen. Ich muß das wirklich sagen. Um zur Sache zu kommen: 30. Jänner, „Steirerkrone“, Gerhard Hirschmann: (Abg. Schützenhöfer: „Was immer Sie sagen, fair ist es nicht!“) Aus dem Mund des Kollegen Schützenhöfer trifft mich das nicht besonders, wenn er mir Unfairneß vorwirft. (Abg. Trampusch: „Laß den Maitz in Ruhe. Er hat genug zu tragen!“ – Abg. Dr. Karisch: „Das ist reiner Zynismus!“)

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß die Wahrheit weh tut. Aber Sie müssen das ja nicht so offensichtlich zur Schau tragen. Ich bringe das zweite Beispiel, auch wenn es noch mehr weh tut: Originalzeit, 30. Jänner, Gerhard Hirschmann: „Bei Olympia werden die Sprungkonkurrenzen natürlich auf der Anlage in Murau ausgetragen.“ (Abg. Dr. Cortolezis: „Bist du dafür oder dagegen?“) 3. April, diesmal ist die Halbweertszeit für das Springen in Murau zwei Monate. Das Spezialspringen auf der Großschanze findet in Murau statt. Auf der Kleinschanze machen wir es in der Ramsau – Mitteilung der „Kleinen Zeitung“. Die letzte Meldung, die herauskommt, lautet: „Das Springen auf der 90-Meter-Schanze findet in der Ramsau statt. Das Großspringen am Kulm“. Darf ich Ihnen, weil es dazu paßt, ich erspare Ihnen das mit dem Biathlon, weil das hat soviel mit dem Schießen zu tun, und das sollte man in der Stimmung jetzt gar nicht so herausstellen, etwas sagen, was auch vom Namen und von der Disziplin her gut dazu paßt, die Frage Freestyle – Trickschifahren, weil sie zu der Argumentation dieser Bewerbung paßt. (Abg. Dr. Maitz: „Dem Dörflinger seine Disziplin. Das würde zu ihm passen!“) Trickschi und Freestyle, 30. Jänner, „Steirerkrone“: Für die Freestyle-Bewerbe hat Hirschmann mit Hirscheegg einen klaren Favoriten. Großer Jubel in der Weststeiermark. Hirscheegg unter den olympischen Ringen, unter dem Feuer – der Hirschmann ist ein Weltbursch – eine Klasse Geschichte. Freestyle in Hirscheegg. (Abg. Dr. Maitz: „Die erste richtige Äußerung – Weltbursch!“ – Abg. Trampusch: „Hauptdisziplin ist Trickstyle!“) 3. April: Freestyle-Bewerb findet in Bad Mitterndorf statt. Das ist ein bisserl weiter weg von Hirscheegg, aber das macht ja nichts. (Abg. Schützenhöfer: „Trampusch, geh essen!“)

Dritter Punkt, vier Tage später: Freestyle wird am Kreischberg gefahren. Jetzt stelle ich mir vor, wie die im Freestyle von Hirscheegg über den Kulm auf den Kreischberg hinauffahren. Das wird sicher eine der längsten Freestyle-Konkurrenzen werden, die wir haben. Es kommt dann zum Schluß die nüchterne Feststellung, die Freestyle-Bewerbe finden direkt im Anblick des wunderschönen Panoramas des Grimings statt. Liegt jetzt Hirscheegg unter dem Grimming, liegt Hirscheegg am Kulm, oder wie liegt es? Diese Frage müssen Sie mir beantworten. Ich habe das, meine Damen und Herren, deswegen angeführt, weil es mir wichtig erscheint, einmal die Seriosität der Vorbereitungen da auch unter Beweis zu stellen, und weil ich damit zu dem Punkt komme, der Ihnen offensichtlich am meisten weh tut und wo Sie offensichtlich die meisten Probleme haben. Ich hätte schon wieder eine Auflistung, was mit der Volksabstimmung und

mit der Volksbefragung passiert ist. Die Halbwertszeiten der Ankündigung in der Relation zur Realisierung werden immer geringer. 24. Jänner: September Volksabstimmung, 25. Jänner, einen Tag später: Volksabstimmung im November. Am 3. März sprechen wir von einer Volksabstimmung im Februar, und jetzt meint Klubobmann Vesko, wir haben sehr lange Diskussionen gehabt, eine Volksabstimmung unter Umständen durch eine Unterschriftenaktion ersetzen zu können. Meine Damen und Herren! Mit einer solchen Art der Vorbereitung, die in Wirklichkeit nur aus Presseaussendungen, aus Erklärungen in der Öffentlichkeit besteht, werden Sie sicherlich nicht das Klima und die Stimmung in dem Land zusammenbringen, daß es eine breite Mehrheit in der Bevölkerung gibt, daß es aber auch eine breite Mehrheit in diesem Hohen Haus gibt. Meine Damen und Herren, weil die Vorbereitung aus unserer Sicht so schlecht war, weil man so viel versprochen hat und so wenig halten kann und weil man in Wirklichkeit bis heute noch nichts weiß, außer den 18 Millionen Schilling, die man für die Bereitstellung der Unterlagen braucht, um überhaupt eine Bewerbung machen zu können, die aber im Budget nicht drinnen sind und die wahrscheinlich woanders herkommen, werden wir an jenem Punkt festhalten, den die Regierung einstimmig beschlossen hat. Wir werden Ihnen heute die Möglichkeit dazu geben als Steiermärkischer Landtag, als Fraktionen im Steiermärkischen Landtag die eigene Regierung nicht zu desavouieren und die eigenen Mitglieder in der Regierung nicht zu desavouieren. Wir werden heute den Beschlußantrag einbringen, eine Volksabstimmung in der Steiermark über Olympia und über eine Bewerbung zu Olympia durchzuführen, und zwar eine Volksabstimmung durchzuführen, bevor wir hohe Kosten haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Eine Volksabstimmung durchzuführen, bevor wir zig Millionen in ein Projekt hineininvestieren, das dann unter Umständen von der steirischen Bevölkerung nicht unterstützt wird. Denn eines darf uns nicht passieren bei dieser Olympia-Bewerbung, daß als Hauptargument dafür, wieso wir uns bewerben sollen, jene Kosten angeführt werden, die bereits investiert worden sind. Das wäre ein falscher Weg. (Beifall bei der SPÖ.)

Und deswegen – und betrachten Sie das durchaus auch als Kompromißangebot unsererseits, und betrachten Sie das auch als das ehrliche Bemühen, eine breite Basis für diese Idee herzustellen – werden wir folgenden Beschlußantrag stellen. Ich darf die Begründung vorlesen:

Die Vorstellung einiger Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, daß sich das Bundesland Steiermark für die Durchführung Olympischer Winterspiele im Jahre 2002 bewerben soll, ist zu einer Zeit, in der die Mehrheit der Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung sowie der Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages der Meinung sind, daß die Situation des Steiermärkischen Landeshaushaltes „angeblich drastischer“ Spar- und sogenannter Rationalisierungsmaßnahmen bedarf, nicht ohne vorherige genaue Prüfung folgender Fragen einer Realisierung zuzuführen. Erstens: Welche Kosten erwachsen dem Land Steiermark, a durch die Bewerbung, b durch eine allfällige Durchführung von Olympischen Spielen?

Zweitens: Welche Nachfolgekosten sowie welche Möglichkeiten der Nachfolgenutzung sind für die Olympischen Sportstätten zu erwarten? Ich sage dazu, gerade die Nachfolgekosten werden ja auch etwas sein, die uns sehr zu beschäftigen haben. Es kann sich jeder in der Literatur einen Überblick darüber verschaffen, wie zum Beispiel Albertville und die Austragungsorte der Olympischen Spiele in Albertville unter den Nachfolgekosten zu leiden haben, und es gibt bereits Beschlüsse in den Gemeinderäten, zur Bedeckung der Nachfolgekosten Abgaben zu erhöhen, zusätzliche Steuern einzuführen und die Bevölkerung zusätzlich zur Kasse zu bitten. Das hat man den Leuten dort bewußt oder unbewußt vorher auch nicht gesagt. Also die Frage der Nachfolgekosten und die dritte Frage wird sein: Drittens: Welche konkreten Standorte werden für eine allfällige Durchführung von Olympischen Winterspielen tatsächlich in der Bewerbung vorgeschlagen? Denn eines, meine Damen und Herren, muß man der Seriosität halber auch festhalten, zu glauben, allen alles versprechen – und das hat irgendwer von der rechten Reichshälfte heute erzählt – zu können, nur damit die Stimmung besser wird, hält nur so lange, solange Sie nicht zum Wahrheitsbeweis aufgefordert werden, und hält nur solange, so lange Sie nicht ganz konkret sagen, wo etwas stattfindet. Und das müssen Sie sagen, bevor wir in eine Volksabstimmung hineingehen, damit dann nicht bei den Leuten Hoffnungen erweckt werden, die Sie nicht halten können. (Abg. Dr. Maitz: „Dasselbe gilt für eure Fraktion für fast alle Bereiche!“) Ich gehe beim Beschlußantrag weiter: Nachdem erfahrungsgemäß für die Organisation und Durchführung von Olympischen Spielen Kosten in Milliardenhöhe aufgewendet werden müssen, hat die Steiermärkische Landesregierung den Entwurf eines „Gesetzes, betreffend die Finanzierung und Durchführung von Olympischen Winterspielen in der Steiermark“ dem Landtag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Über diesen Gesetzesbeschluß ist sodann gemäß Paragraph 52 Absatz 2 Litera b des Steiermärkischen Volksrechtgesetzes eine Volksabstimmung abzuführen. Ich sage noch einmal dazu, ist in der Regierung beschlossen worden. Ich bin gespannt, wie selbständig der Landtag jetzt den Beschluß – und der Regierungsantrag trägt die Unterschrift vom Landesrat Hirschmann –, wie sich die Fraktionen jetzt verhalten werden. (Abg. Dr. Maitz: „Dahinter steht der blanke Neid, weil es dem Hirschmann eingefallen ist!“)

Wir stellen daher folgenden Antrag. Erstens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, a) unverzüglich adäquate Unterlagen zur Klärung folgender Fragen dem Landtag vorzulegen. Erstens: Welche Kosten erwachsen dem Land Steiermark durch die Bewerbung sowie durch eine allfällige Durchführung von Olympischen Spielen? Zweitens: Welche Nachfolgekosten sowie welche Möglichkeiten der Nachfolgenutzung sind für die Olympischen Sportstätten zu erwarten? Drittens: Welche konkreten Standorte werden für eine allfällige Durchführung von Olympischen Winterspielen tatsächlich in der Bewerbung vorgeschlagen? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sage statt Sportstätten Krankenhäuser!“)

Lieber Michl Schmid! Du hast lange durchgehalten, aber die Geschichte mit den Krankenhäusern mußte ja

kommen. Ich hoffe jetzt nicht, daß irgendeiner glaubt, ich habe die Krankenhäuser hereingebracht. Aber ich sage dazu, wenn ich mir die Konzepte für die Krankenhäuser anschau, wenn ich mir die Planungen für die Krankenhäuser anschau, wäre ich froh, wenn so ein Konzept für Olympia auf dem Tisch liegen würde, dann wüßten wir, worüber wir heute reden. (Beifall bei der SPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Dazu habt ihr 47 Jahre Zeit gehabt und wir nur zwei Monate!“) Und wir werden bei der Budgetgruppe 5 ja noch genug Möglichkeiten haben, uns einmal anzuschauen, wie es mit der konkreten Planung aussieht, und wie Sie zu den Planungen stehen, wo Sie immer in den Orten draußen sagen, da ist nämlich das gleiche Spiel wie bei der Olympiade. In Murau rennt der Hans Bacher und sagt: „Ja, brauchen wir, Stolzalpe, müssen wir investieren“, aber da stimmt er gegen das Budget. Der Lopatka sagt in Hartberg „bauen tun wir“, aber da stimmt er gegen das Budget. Und in dieser Frage werden wir Sie zu einem Wahrheitsbeweis antreten lassen, auf den wir uns schon freuen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Du solltest einmal mitarbeiten, da wird dir schwindelig beim Zuschauen!“ – Abg. Dr. Maitz: „Das ist die Falschheit der Argumentation, wenn man gegenseitig aufwiegelt!“) Sie können schon beruhigt sein, ich bin zum Schluß gekommen, Kollege Maitz. B dem Steiermärkischen Landtag den Entwurf eines „Gesetzes, betreffend die Finanzierung und Durchführung Olympischer Winterspiele in der Steiermark“ zur Beschlußfassung vorzulegen. Zweitens: Dieser Gesetzesbeschluß ist gemäß Paragraph 52 Absatz 2 Litera b des Steiermärkischen Volksrechtgesetzes so rechtzeitig einer Volksabstimmung zu unterziehen, daß deren Ergebnis jedenfalls vor einer konkreten Bewerbung des Landes für die Durchführung von Olympischen Winterspielen vorliegt.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie es ernst, geben Sie den Steirerinnen und Steirern die konkreten Unterlagen, die konkreten Zahlen, Daten und Fakten, und überlassen Sie es der steirischen Bevölkerung zu beurteilen, was damit zu geschehen hat. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.40 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (12.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorerst möchte ich zu den Ausführungen des Kollegen Korp noch einiges sagen. Er hat sich sehr ausführlich über den sogenannten Breitensport geäußert und dabei gemeint, daß man im Rahmen des Möglichen diesem Rechnung zu tragen hat. Ich glaube, genau das tun wir – im Rahmen des Möglichen! Er hat auch von der volksgesundheitlichen Wirkung des Sportes, im speziellen des Breitensports, gesprochen. Ich möchte dem gegenüber die Zahl der Sportkrüppel aus dem Spitzensport stellen. Ich sage, hier gibt es eine sehr klare Synergie. Die Wechselwirkung zwischen Breiten- und Spitzensport ist unverkennbar und in allen Bereichen klar. Es gibt nur wenige Sportvereine, die Sport ausschließlich des Hobbys wegen betreiben. Die meisten Sportvereine, die vielleicht am Anfang damit beginnen, indem sie sich zusammentun, um einem

Hobby zu frönen, enden damit, daß sich sportlicher Ehrgeiz entwickelt. Oft dringt die vielzitierte Mentalität der Eislaufmütter durch, und man hat oft nichts anderes zu tun, als Jugendliche – bereits im zarten Alter von drei Jahren – bitte, zwar kaum bei uns in Österreich, aber wir haben das im Ostblock zur Genüge miterleben können – mit brutalsten Trainingsmethoden darauf hinzuführen, daß sie Werbung für ihre Sportart betreiben, indem man sie auf Höchstleistungen hintrimmt, wobei man sogar physikalische Grundgesetze am menschlichen Körper zu widerlegen versucht. (Abg. Korp: „Dieser Personenkreis ist nicht die breite Masse!“) Das Resultat des Breitensports ist, daß dort ebenfalls der Ehrgeiz durchdringt. Ich kann Ihnen das auch aus eigenen Erfahrungen bestätigen. Ich war selbst jahrelang Obmann eines Sportklubs, der das Ziel hatte, Tennis zu spielen – dieser hat übrigens dem ASKÖ angehört. Wir haben in dieser Dachorganisation mit unserem Sport Platz gefunden. Wir wollten in Graz Tennis spielen – das liegt im Beginn der 70er bzw. dem Ende der 60er Jahre. Dieser Sport, der damals eher noch ein, wenn Sie so wollen, Spitzensport war, also nicht im Sinne des klassischen Breitensports, doch schon begonnen hat. Und wir haben unserem Hobby, sprich Tennisspielen, gefrönt. Es hat aber keine zwei Jahre gedauert, bis wir bereits irgendwo in einem Bewerb mitinvolviert waren, und es hat keine weiteren zwei Jahre gedauert, wo wir fixe Trainingseinheiten gehabt haben und, und, und. Und auch dieser Hobbyverein ist den Weg des Fleisches aller Breitensportler gegangen, nämlich sportlichen Ambitionen zu frönen. Die zahlreichen Sportkrüppel, die es in Österreich gibt, die also die Spitäl, die Rehabilitationszentren usw. füllen, sprechen sicherlich ein sehr kräftiges Wort dazu. Das heißt also, diese Wechselwirkung ist in allen Bereichen gegeben. Sie ist aber – das muß ich dazusagen – eine befruchtende, weil nur dort, wo der Spitzensport Erfolge für das Land für diese Sportart bringt, wirkt sich das auch in der Verbreiterung des Breitensportes aus. Wenn ich Ihnen sage, daß es in Österreich Sportarten gibt, deren Erfolge selbst mit der Lupe nicht mehr zu finden sind, dann werden Sie auch feststellen, daß die dort in den Vereinen vertretenen Gruppierungen sich an der untersten Minimalgrenze bewegen. Wohingegen Sportarten, in denen wir hervorragende Erfolge erzielen, selbstverständlich auch ihre Auswirkungen im Breitensport haben. Viele junge Menschen folgen einem sportlichen Idol oder Vorbild und ergreifen diese Sportart, weil sie auch in dem bereits in der Jugend beginnenden Leistungsdruck sich mit diesem Idol glauben vergleichen zu müssen. So ist die Synergie zwischen Spitzen- und Breitensport, das heißt, es kann das eine nicht ohne das andere leben. Da wir nicht aus der Breite heraus jene Leistungsspitzen bekommen, werden wir diese sportlichen Erfolge nicht haben, und umgekehrt werden wir durch die mangelnden sportlichen Erfolge nicht jene Breite an der Basis finden, die wir brauchen, um wiederum jene Spitzen erzielen zu können. Dieser Wechselwirkung werden wir immer unterliegen. Ich wollte das nur klarstellen, damit nicht der Eindruck entsteht, daß das zwei vollkommen nebeneinander liegende Dinge sind, und ich hoffe, daß wir uns da verstanden haben.

Wo ist er? Da. Jetzt möchte ich olympisch werden. Kollege Dörflinger, ich hatte anfangs auch eine

gewisse Skepsis, vielleicht auch mit der Überlegung, daß ein neuer Landesrat versucht, mit einem Paukenschlag sich relativ rasch in das Rampenlicht zu werfen. Hirschmann ist mit einer Idee herausgekommen – wo man ihm allerdings zugute halten muß, daß er sie schon seit vielen Jahren pflegt und immer wieder in die Waagschale wirft –, aber die doch schlußendlich eigentlich eher ein Paukenschlag war. Ich habe dann aber auch gesehen, wie in den Regionen der Steiermark, wo Wintersport betrieben wird, diese Vorstellungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Ich bin überzeugt davon, Kollege Flecker wird mir recht geben, in der Dachstein-Tauern-Region ist ein Olympia-Fieber ausgebrochen, das an Intensität der asiatischen Grippe kaum nachsteht, wenn sie ausbricht. (Abg. Dörflinger: „Hoffentlich auch bei den Ergebnissen!“) Ich möchte dazusagen, daß man dort sehr wohl mit sehr viel Interesse und mit bereits beginnendem Enthusiasmus in Richtung Olympia liebäugelt hat. Als die erste Veranstaltung in unserer Region damals in Schladming stattgefunden hat, war ich eigentlich mit meiner Wortmeldung etwas deplaziert, aber ich habe sie damals getätigt aus einem einfachen Grund: Ich habe damals gesagt, meine Damen und Herren – es waren dort vor allem auch Sportler dabei, sehr viele Bürgermeister, sehr viele Kommunalpolitiker, die in der kommenden aufkeimenden Olympiaidee bereits ihre zukünftigen Erfolge gesehen haben, man sollte eigentlich die so ungeheuer beeindruckenden Bilder, die wir via Medien anlässlich der Olympischen Spiele in Lillehammer ins Haus bekommen haben, die nicht nur jung, sondern auch alt begeistert haben, die selbst Leute begeistert haben, die diese Sportart nie betrieben haben, ausnützen, um auszuloten, wie weit das Interesse unserer steirischen Bevölkerung geht, indem man einfach hergeht und eine Unterschriftenaktion startet, die auch von der Kostenkomponente her in keiner Weise mit den Kosten einer Volksbefragung oder Volksabstimmung, in dem Fall war es eine Volksbefragung, zu vergleichen ist. Diese Idee ist mir deshalb gekommen, weil ich gesagt habe, wer sind die Nutznießer, wer sind die Interessenten dafür, daß Olympische Winterspiele in der Steiermark stattfinden? Es sind die Vertreter der einzelnen Sportarten, das heißt also, die Vereine, die Sportvereine, jene Vereine des Breitensports, es sind sicherlich touristische Organisationen, die aus dem Werbeeffekt, aus dem ganzen Umfeld, schlußendlich auch Nutznießer sein können, und es sind vielleicht auch Zeitungen, die Presse, die Printmedien, die in vielen anderen Bereichen auch Unterschriftenaktionen zum Teil, Kollege Schrittwieser wird das bestätigen, in anderen Bereichen sehr erfolgreich für uns und unsere Ideen, sprich „Neue Bahn“ zum Beispiel, mitgeworben haben, ohne daß daraus Kosten entstehen, und ich war der Meinung, daß man dies in der Form tun sollte, und habe vor zwei Tagen, oder jetzt sind es schon drei Tage, diese Idee noch einmal hier anlässlich einer Vorstellung des Konzeptes für die Bewerbung dargebracht. Ich stehe heute noch dazu und möchte das auch begründen, warum ich dazu stehe.

Im Zuge dieser Präsentation wurden uns die In-etwa-Kosten dargelegt. Ich sage In-etwa-Kosten, weil es ja ein Rohkonzept war, das allerdings schon eine sehr beachtliche Dichte gehabt hat. Man geht davon

aus, daß die Bewerbung, die in zwei Etappen abläuft, wie wir dort erfahren haben, nämlich in der ersten, um sich für eine Endbewerbung, sprich Endausscheidung, wo nur mehr vier der zehn Bewerber dann schlußendlich aufeinander oder in Richtung einer gemeinsamen Ziellinie losgelassen werden, zur Verfügung stehen. Ich habe dort gesagt, wenn wir unsere Bewerbung als Steirer ernst nehmen, dann wäre auch diese Unterschriftenaktion ein bedeutender Faktor in der Bewertung durch die Juroren, die auch sagen können, na bitte, da steht ein überwältigender Teil der Bevölkerung hinter der Idee, diese Spiele auszutragen. Ich war überzeugt davon und bin es heute noch, daß das auch ein Gewicht haben muß, vor allem deshalb, weil auch im Bereich der olympischen Bewegung jener Teil, der sich damit beschäftigt hat, wer mehr Geld hat, der malt, oder die, die das so locker vom Hocker durch wirtschaftliche Syndikate organisieren, selbstverständlich mit der Vorstellung und der Zielrichtung, daraus auch die entsprechenden Gewinne zu schlagen, die, und da widerspreche ich dem Kollegen Dörflinger, selbstverständlich bei all diesen Spielen erzielt werden, ganz klar, sonst würde sie ja niemand mehr machen, daß das eine Motivation sein kann, und vor allem wo man gesagt hat, weg davon, kleine, nicht kleine im Sinne vom Umfeld, das ist ja klar festgelegt, die Anzahl der Bewerbe ist festgelegt, sondern sympathische Spiele, das, was uns Lillehammer so klar vor Augen geführt hat. Ich glaube, es ist niemand im Hause, der diese beeindruckenden Bilder nicht in derselben Form interpretiert, wie ich das getan habe, zumindest hoffe ich, daß das nicht der Fall ist. Das war die eine Überlegung.

Die zweite Überlegung war die, daß ich mir gesagt habe, schlußendlich kostet eine Bewerbung auch Geld. Und wie sich herausgestellt hat, gar nicht wenig. Eine Bewerbung auf Grund der Auflistung, die wir am Dienstag bekommen haben, kostet für die erste Phase zirka 18 Millionen Schilling und für eine weitere Phase insgesamt dann den stolzen Betrag von 50 Millionen Schilling. Da kann man natürlich, auch wenn man nicht polemisiert, sagen, man kann diese 50 Millionen auch anders verwenden. Ich will nicht darauf eingehen, Kollege Dörflinger, wie Sie diese Situation dargestellt haben. Das sind Wertigkeiten, die jeder für sich zu setzen hat. Ich hätte sie nur anders gebracht und hätte mich weniger der Polemik befleißigt. Aber das ist nun einmal die politische Schlacht, die wir hier heute zu schlagen haben, und dem wird auch Rechnung getragen. Aber das Entscheidende für mich war der zweite Punkt, wo ich gelesen habe, daß diese Volksabstimmung den stolzen Betrag von 11 plus 15 Millionen – sprich 26 Millionen – Schilling kostet und somit de facto die Hälfte der Werbekosten vom Punkt A – sprich heute – bis zur Vergabe, sofern wir erfolgreich sind, im Juni des kommenden Jahres in Budapest. Ich bin davon ausgegangen, daß wir in Anbetracht der etwas mißlichen Situation, um mich vorsichtig auszudrücken, der steirischen Landesfinanzen doch einen sehr wesentlichen Argumentationspunkt dahin gehend haben, daß ich mir diese 26 Millionen Schilling ersparen kann, wenn es, und das war die Entscheidung für mich selbst, im Rahmen dieser Unterschriftenaktion tatsächlich zu einem überwältigenden Ergebnis für diese Austragung der olympischen Winterspiele in der Steiermark kommt.

Ich darf dann erinnern, daß das nicht unbedingt der typische österreichische Weg ist. Ich denke da an Zwentendorf, wo man vorher einige Milliarden ausgegeben hat, um dann zu beschließen, daß man das nicht macht. Ich möchte auch an den klassischen Weg der Bundeshauptstadt Wien erinnern, die sehr viel Geld für eine Bewerbung vorab schon in Richtung Weltausstellung gemacht hat und sich dann auch durch einen Volksentscheid dazu entschlossen hat, es nicht zu tun. Und um das zu verhindern, muß ich nicht – bevor ich einen Groschen ausbe – 26 Millionen Schilling ausgeben, daß ich dann keinen Groschen ausbe. Da hier sehe ich einen Widerspruch, den ich vielleicht – und das war mein Vorschlag – in einer anderen Weise mit einem ähnlichen Effekt erzielen kann. (Abg. Trampusch: „Die Kindergärtnerinnen haben gestern 17.000 Stimmen ad hoc vorgelegt!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das Recht auf einen Kindergartenplatz, das ist euer Volksbegehren gewesen, das die Regierung abgelehnt hat!“) Lieber Kollege Trampusch, ich darf daran erinnern, wie ernst ihr die 18.000 Stimmen zum Thema Kindergarten vor zwei Jahren genommen habt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Euer Volksbegehren – jedem Kind einen Kindergartenplatz – haben wir sehr ernst genommen!“) Ich muß noch etwas dazusagen. Zu dem Zeitpunkt, wo ich von einer Verbesserung der finanziellen Situation durch eine Unterschriftenaktion gesprochen habe, war von dieser Aktion noch keine Rede. Ich sage nur, das war die Motivation, die mich dazu bewegt hat, weil ich auch der Ansicht bin, daß 50 Millionen Schilling sehr viel Geld sind. Und vor allem, 26 Millionen sehr viel Geld sind, um festzustellen, ob ich etwas will oder nicht – unter der Prämisse, daß es einen anderen Weg gibt. (Abg. Trampusch: „Das Volk nicht fragen kommt noch teurer!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist euch eh teuer zu stehen gekommen!“) Nein, ich würde das Volk schon fragen. Fragen kann man in verschiedener Weise.

Ich möchte aber etwas dazusagen, was in der Zwischenzeit passiert ist und wo ich glaube, daß vieles von dem, was ich eigentlich damit verbunden habe, schon mit dem Bade ausgeschüttet wurde. Die heftige Diskussion, die Kollege Dörflinger auch etwas sarkastisch hier angezogen hat, im Begehren der einzelnen Gemeinden, Orte und Regionen, um die Austragungsstätten hat natürlich sicherlich auch den nachteiligen Effekt, daß nämlich jene Orte, die sich Hoffnung gemacht haben und heute nicht mehr im Kreise der Ausgewählten sind, wahrscheinlich nicht mit jenem offenen Herzen und mit jener Euphorie in Richtung Austragung der Olympischen Winterspiele gehen, weil sie sich zurückgesetzt fühlen. Ich würde das Risiko trotzdem eingehen. Diese Unterschriftenaktion sollte eigentlich ein Instrumentarium sein ohne Kosten, um uns zu zeigen, ob Herr und Frau Steirer diese Winterspiele in ihrem Lande haben wollen oder nicht. Und nachdem auch gewährleistet ist, Kollege Dörflinger – (Abg. Dörflinger: „Wären Sie bereit, einen Wettstreit einzugehen zwischen der Olympiade und den Spitälern, wer bringt mehr Unterschriften?“) Kollege Dörflinger, ich darf Ihnen eines dazu sagen. Wir sind alle für die Spitälern, wir werden für die Spitälern ein 100-Prozent-Votum bekommen, selbstverständlich, weil wir auch dafür sind, nur, zwischen Spitälern und Spitälern, so wie sie der Herr Landesrat Strenitz dar-

stellt, ist ein himmelhoher Unterschied, und wir werden zu unseren Spitälern kommen. Ob er dabei ist oder nicht, ist sekundär. Wir werden dieses Ergebnis sicherlich zustande bringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir sind aber jetzt bei der Olympiade und bleiben dabei. Kollege Dörflinger, wir können sehr wohl – (Abg. Dr. Maitz: „Dörflinger, das ist die letzte Schublade. Gegeneinander aufhetzen ist die neueste SPÖ-Strategie!“ – Abg. Gennaro: „In der Frage bist du Spitzenmann!“ – Abg. Vollmann: „Wenn das ein Aufwiegeln ist, wenn man 20 Millionen beim Fenster hinauswirft! Hirngespinnst Olympia – sagt die Bevölkerung!“ – Abg. Schützenhöfer: „Ihr kommt schon lange nicht mehr mit der Bevölkerung zusammen!“ – Präsident Dr. Klausner: „Ich schlage vor, daß wir den Abgeordneten Vesko weiterreden lassen!“) Herr Präsident, ich bedanke mich sehr herzlich. Es wäre nicht notwendig gewesen. Es steht jetzt eins zu eins, und Aufschlag hat Gennaro. Ich bin gespannt, was er jetzt macht. (Abg. Gennaro: „Abwarten!“) Danke, abwarten ist gut! Abwarten ist genau das, was ich meine, vielleicht kommt etwas Gescheites. Das ist eine gute Idee. Immer zuerst warten! (Abg. Schützenhöfer: „Das ist der blanke Neid. Ihr habt den Mann im Nadelstreif, der gerade weggegangen ist, und wir haben den Mann im Steireranzug!“ – Abg. Dr. Flecker: „Das ist Ihre unangenehme Art, immer persönlich!“) Wenn ihr mir zumindest die Rolle des Schiedsrichters zugesteht, dann würde ich sagen, den dritten Satz werde ich wieder selbst übernehmen. (Abg. Grillitsch: „Das sind Lausbubenmanieren, wenn jemand im Haus die Zunge zeigt!“ – Glockenzeichen des Präsidenten.) Das Glocklerl hilft scheinbar nur zu Weihnachten, Herr Präsident! (Abg. Dr. Flecker: „Bringen wir es schnell hinter uns!“) Ich glaube also, wir sollten den Mut haben, bevor wir uns dazu entschließen, Geld in einer Größenordnung von 26 Millionen auszugeben, jenen Funktionären, sowohl von der sportlichen Seite, Herr Kollege Gennaro, als auch von der polemischen Seite, Kollege Flecker, Kollege Dörflinger, als auch von der sachlichen Seite (Abg. Dr. Flecker: „Vesko!“), Kollege Vesko – danke –, da hat mir einer das Wort aus dem Mund genommen –, sollten wir uns dem Versuch unterziehen, nicht der Versuchung, sondern dem Versuch unterziehen, die Vereinsfunktionäre, Verbandsfunktionäre, was immer uns an Freiwilligen zur Verfügung steht, und auch mit dem Appell an die Presse, uns jenes Stimmungsbild in der Steiermark zu zeigen. (Abg. Dr. Flecker: „Ihr habt Angst vor der Abstimmung!“) Ich habe keine Angst vor der Abstimmung, nur hat es keinen Sinn, wenn ich vorher 20 Millionen Schilling ausbe und nachher abstimme. Das halte ich für falsch. Ich bin nicht für das Geldhinausschmeißen, ich bin für Rationalisieren und sinnvoll Ausgeben. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Machen wir eine Probeabstimmung!“ – Abg. Dr. Flecker: „Ihr haut das Geld für eine Bewerbung beim Fenster hinaus!“) Wir würden sehr rasch und kurzfristig die Stimmung der steirischen Bevölkerung zu diesem Thema auf dem Tisch haben, und ich bin überzeugt davon, daß es niemand in diesem Haus gibt, der sich einem Votum in der Art und Weise entziehen würde. Ich möchte aber eines dazusagen, und das ist das entscheidende: Ich möchte nicht haben, daß wir jetzt beginnen, zwei Unterschriftenaktionen laufen zu lassen, wer ist dafür

und wer ist dagegen. Das halte ich für einen Mumpitz. Eines muß ich sagen, Kollege Flecker, ich hätte als Schladminger Angst zurückzukommen und zu sagen, ich bin gegen die Olympischen Spiele, aber es ist Zivilcourage. Ich weiß! (Abg. Dr. Flecker: „Ich heiße nicht Vesko!“) Herr Kollege Flecker! Ich weiß zwar nicht, wie das mit den großen Motorradveranstaltungen wäre, die wir selbstverständlich auch mit Landesmitteln fördern, ob Sie sich dort auch Ihrem Hobby dementsprechend verhalten würden. Für mich ist eines entscheidend: Gehen wir doch diesen Weg. Ich kann als ehemaliger ASKÖ-Funktionär das nicht weitergeben. Ich möchte aber abschließen, nachdem die Zeit schon mehr als über Gebühr beansprucht wurde, wobei ich nicht dafür verantwortlich bin, Kollege Flecker. Ich bin es gewohnt. (Abg. Dr. Flecker: „Ich beklatzche den guten Willen!“) Ich schmelze ja fast. Wir sollten diesen Weg gehen. Ich bin überzeugt davon, daß Landesrat Hirschmann sich dem nicht verschließen wird und von dort weg entscheiden. Die Ausarbeitung der Bewerbungsunterlagen ist ja im Gange. Wir haben anlässlich dieser Präsentation gesehen, welche Dimensionen eine solche Bewerbung hat. Das ist ein Koffer mit zirka 500 Seiten oder mehr an Befragung. Da geht es um viel mehr. (Abg. Dörflinger: „Hältst du so dein Versprechen?“) Jetzt halte ich mein Versprechen nicht, und es dauert noch länger, zu Fleiß. Jetzt mache ich einmal Zwischenrufe. (Abg. Dr. Flecker: „Ich habe applaudiert, Sie halten Ihr Versprechen nicht!“) Ich bin überzeugt davon, daß uns die Presse dabei unterstützt, und dann können wir uns nach einem Votum in der Form durchaus im Detail über all die Fragen unterhalten, die uns auch bewegen, Kollege Dörflinger. Selbstverständlich bewegen uns auch Kosten: was kostet die Durchführung dieser Spiele, was ist an Maßnahmen vorab notwendig? Das Problem, das Sie angeschnitten haben in bezug auf die Vergeßlichkeit der Journalisten, kann ich Ihnen schon sagen. Es wird wahrscheinlich zwei Jahre, nachdem Sie aus dem Landtag ausgeschieden sind, auch keiner, und das gilt auch für mich, der anwesenden Journalisten sich mehr daran erinnern, wer damals herinnen gegessen ist, noch dazu, wo das bei der Bewerbung der Olympischen Spiele mindestens sechs bis acht Jahre zurückliegt. Nachdem die sportliche Aktivität sehr kurzlebig ist und der Zenit von Sportlern zeitlich relativ dünn gesät ist, würde ich sagen, damit würde ich mich nicht aufhalten. Ich würde mich sehr wohl damit aufhalten, den Steirerinnen und Steirern diese Frage zur Unterschrift vorzulegen. Wenn wir daraus ein meßbares Ergebnis absehen können, werden wir uns über jene Punkte, – sprich Kosten, Terminplan und der weiteren Folge, nämlich der Exekution, zu unterhalten haben. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 13.08 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Ich unterbreche jetzt die Landtagssitzung bis 14.00 Uhr. Fortsetzung um 14.00 Uhr – erste Wortmeldung Kollege Dipl.-Ing. Getzinger. (Unterbrechung der Sitzung von 13.08 bis 14.02 Uhr.)

Hohes Haus! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (14.02 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren! (Unverständlicher Zwischenruf des Abgeordneten Tasch.)

Das tue ich immer, denn das habe ich von dir gelernt, Kurtl. Allmählich werde ich zum politischen Profi, wie es du ja schon lange bist.

Es ist sehr häufig schon und längere Zeit von den „Grünen Spielen“ die Rede. Sie werden verstehen und Verständnis dafür aufbringen, daß das einen Umweltsprecher wie mich zu einer kleinen Replik herausfordert. Ich werde mir gestatten, einige Gedanken zum Projekt „Olympia 2002“ hier zum besten zu geben. (Abg. Weilharter: „Warst du in Lillehammer?“) Ich war nicht dort, aber ich habe sehr genau diesen Bericht zu Lillehammer gelesen. Ich hoffe, daß ich einigermaßen gut informiert werde von der Landesregierung bezüglich der Spiele in Norwegen. Ich habe mich aber auch mit anderen Projekten auseinandergesetzt, und Innsbruck, das ist ja nicht so weit weg, kenne ich sehr gut, beziehungsweise mit Albertville. Meine Damen und Herren! Ich muß gestehen, daß noch vor einiger Zeit dieses Projekt „Olympia 2002“ auch auf mich eine gewisse diffuse Attraktivität ausgeübt hat. Das liegt wohl auch daran, daß jene alten Ideen, die Klubobmann Maitz zitiert hat, mit denen Olympia verbunden ist, auch auf mich gewirkt haben. Ich glaube, daß die ursprünglichen Vorstellungen, die mit Olympia verbunden waren und mancherorts noch verbunden sind, daß diese alten Ideen tatsächlich sehr attraktiv sind, attraktiv vor allem auch für junge Menschen. Allerdings muß man hier schon kritisch anmerken, daß die vielfältigen Erscheinungen der Moderne, die vielfältigen Erscheinungen der modernen Zeit, dieser intensivierte Kapitalismus, der sich allenorts abzeichnet, diese alten Ideen überformt haben. Obendrein hat Klubobmann Maitz meiner Meinung nach doch etwas überstark die Bedeutung oder den Primat des Willens betont. Ich glaube, wir sollten auch in diesem Zusammenhang nicht dem Primat des Willens das Wort sprechen. (Präsident Dr. Klausner: „Kollege Getzinger, einen Moment bitte. Ich bitte die Damen und Herren im Zuschauerraum, sich etwas zurückzuhalten!“)

Meine Hoffnung ist nach wie vor, daß es in der Politik einen Primat der Vernunft gibt, und nicht des Willens, auch wenn das in der alten Idee im Zusammenhang mit Olympia anders zu sein scheint. Meine Damen und Herren! In der Auseinandersetzung mit Projekten, die ich schon erwähnt habe, mit Albertville, mit Lillehammer, mit Innsbruck, wir sollten nicht vergessen, daß wir auch in unmittelbarer Umgebung bereits Erfahrungen mit Olympia haben, bin ich allerdings, ausgehend, wie gesagt, von einer gewissen diffusen Faszination für dieses Projekt, immer skeptischer geworden. Dieses Skepsis hat sich mittlerweile so weit entwickelt, daß ich der Ansicht bin, daß es sich hier nicht eigentlich um ein Projekt der Politik handelt, sondern um ein Projekt der Simulation von Politik. Ich werde versuchen, das ein wenig zu begründen in meiner Wortmeldung. Zunächst gehe ich aus von diesem steirischen Erfahrungsbericht zu den Olympischen Winterspielen in Lillehammer. Die umweltbezogene Bewertung, das muß ich den Autoren dieses Berichtes schon sagen, der Sportstätten, die hier beinhaltet ist, ist tatsächlich von einer unerträglichen

Oberflächlichkeit gekennzeichnet. Im wesentlichen, es sind jeweils zwei bis drei Sätze, die dazu verloren werden, bleibt die Aussage „alles paletti“, wenn es um die Umwelt und um die Umweltverträglichkeit von Sportstätten geht. Wohlweislich hat man wahrscheinlich bei der Olympischen Kavernenhalle in Gjovik keine Bewertung angefügt. Dort wäre der Widerspruch wohl zu eindeutig ausgefallen, wenn man auch geschrieben hätte, daß die Umweltverträglichkeit bei diesem Projekt in vollem Maße gegeben war. Kein Wort wird in diesem Bericht verloren über den Aspekt der Bodenversiegelung, über den Bereich des Energieverbrauches, der nicht zu unterschätzen ist im Zusammenhang mit derartigen Hallen, Eishallen zum Beispiel. Es wurde kaum ein Wort über die Verkehrsbelastung in den Austragungsorten verloren. Auch gab es kaum ein Wort, bis auf eine kleine Ausnahme, über den Bereich des Abfalls. Ich darf hier auf die steirische Abfallstatistik verweisen und darauf verweisen, daß gerade in jenen Orten, wo es viel Fremdenverkehr gibt, auch auffallend hohe Mengen an Restmüll anfallen. Es gibt einen inneren Zusammenhang zwischen Tourismus und einem abfallwirtschaftlichen Problem. Ob und wie dieses abfallwirtschaftliche Problem in Lillehammer gelöst wurde, das wird in diesem Bericht nicht angesprochen. Was angesprochen wird, ist ein sogenanntes „abfallwirtschaftliches Glanzlicht“, nämlich, daß kompostierbare Eßbestecke verwendet wurden. Ich persönlich kann das nur als humorvolle Einlage in diesem Bericht auffassen. Das kann ja wohl nicht der Weisheit letzter Schluß gewesen sein im Bereich der Abfallwirtschaft in Lillehammer. In diesem Bericht wird ebenfalls betont, daß auf ein umweltfreundliches Image seitens des Staates und der Wirtschaft besonders Wert gelegt wurde. Auf dieses Image legt mittlerweile fast jeder Betrieb Wert. Auf dieses Image legt selbstverständlich auch der Staat Wert, weil den Vertretern des Staates und der Betriebe sehr wohl bewußt ist, daß Sympathien seitens der Bevölkerung nur dann entstehen können, wenn ein entsprechendes Image vorhanden ist. Was aber für den Umweltpolitiker relevanter ist, ist, was konkret, real in der Wirklichkeit passiert ist in bezug auf Umweltmanagementmaßnahmen in Lillehammer, und nicht, welches Image rundherum aufgebaut wurde. Uns, gerade den Politikern, sollte es selbstkritisch auch sehr bewußt sein, daß zwischen Image und der Wirklichkeit oft ein haushoher Unterschied besteht.

Lassen Sie mich einen Aspekt in Lillehammer etwas deutlicher hervorstreichen. Ein Zitat aus diesem Bericht: „2000 Pkw und 1700 Busse mußte das Organisationskomitee von Volvo anmieten.“ Ich fasse das als kleinen Hinweis darauf auf, daß man das Problem des Privatverkehrs, des Individualverkehrs in Lillehammer jedenfalls nicht in den Griff bekommen hat. Ich darf außerdem aus Seite 43 zitieren, da ist unter Punkt F die Rede von Problemen während der Spiele, wahrscheinlich hat es noch deutlich mehr Probleme gegeben, aber vier Probleme sind es, die den Autoren der Studie besonders aufgefallen sind. Erstens „zu wenig Taxis“, zweitens „zu wenig ortskundige Fahrer“, drittens „zu lange Warte- und Zufahrtszeiten trotz kurzer Entfernungen“ und viertens „zu wenig Busse und Privat-Pkw“. Nun, eine umweltorientierte Verkehrspolitik kann wohl nicht darauf abzielen, mehr Privat-Pkw zur Verfügung zu stellen, sondern kann nur darauf ab-

zielen, privaten motorisierten Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel zu bringen, insbesondere auf die Schiene. Alles in diesem Bericht weist jedenfalls darauf hin, daß erstens die Autoverkehrsinfrastruktur stark ausgebaut wurde und zweitens noch nicht genug ausgebaut wurde, daraus nämlich ergaben sich die erwähnten Probleme. Hinsichtlich der Schienenverkehrsinfrastruktur jedenfalls kann man aus den bisherigen Erfahrungen den Schluß ziehen, daß Olympia keinen wesentlichen Impuls vermitteln wird. Darüber hinaus ist Ihnen allen bewußt, daß der Ausbau der Schienenverkehrsinfrastruktur langfristige Planungen erfordert. Diese Planungen werden bis zum Jahr 2002 wahrscheinlich nicht dieses Stadium erreichen, daß man dann kurzfristig wesentliche Schienenverkehrswege ausbauen kann. Alles in allem, Olympia 2002 wird keinen positiven Beitrag zum Ausbau der Schienenverkehrswege in der Steiermark leisten. Andererseits allerdings sage ich, aus umweltpolitischer Perspektive ist gerade der Ausbau des Schienenverkehrs von besonderer Bedeutung, ich nenne hier nur den Semmeringbasistunnel, ich nenne den Koralmtunnel, ich nenne den zweigleisigen Ausbau zwischen Graz und Spielfeld, ich nenne auch das Ennstal, den zweigleisigen Ausbau im Ennstal, all das sind umweltpolitisch prioritäre Projekte.

Ein anderer Aspekt, den ich noch ansprechen möchte, jenseits der Umweltpolitik: Olympische Winterspiele, auch das kann man sehr gut beobachten im Zusammenhang mit anderen Austragungsorten, haben dazu beigetragen, daß bestehende Winterfremdenverkehrsmonokulturen vertieft wurden, verschärft wurden, und auch hier decke ich mich mit Aussagen des Umweltlandesrates, daß Monokulturen, ob im wirtschaftlichen Bereich, im Fremdenverkehrsbereich oder im landwirtschaftlichen Bereich, einer umweltverträglichen Entwicklung jedenfalls nicht zuträglich sind; und das ist auch eine Beobachtung, die ich gemacht habe im Zusammenhang mit winterolympischen Spielen. Es handelt sich dabei mehr und mehr um ein Huldigungsspektakel an den Spitzensport beziehungsweise ein Spektakel für die Medien. Auch das sollte man nicht ganz übersehen. Welche Auswüchse Spitzensport haben kann, das hat Klubobmann Vesko schon in seiner Wortmeldung kurz angesprochen. Ich glaube nur, daß diese Auswüchse nicht nur im ehemaligen Ostblock zu beobachten waren, sondern durchaus in allen, auch westlichen, Staaten vorkommen, in den unterschiedlichsten Sportarten. Das scheint doch eher eine spitzensportimmanente Erscheinung zu sein, daß man die Sportler und Sportlerinnen in immer jüngeren Jahren auf Spitzensport hintrimmt mit all den damit verbundenen psychischen und physischen Katastrophen. Diese Monokultur, diese Wintersportmonokultur, die ich angesprochen habe, ist natürlich in manchen Regionen der Steiermark ein Tabuthema. Kollege Flecker mußte das kürzlich erst schmerzvoll erfahren, als er eben diese negativen Erscheinungen, die mit dieser Monokultur in der Dachstein-Tauern-Region verbunden sind, angesprochen hat. Das scheint ein Tabuthema zu sein, und auch die Anmerkung von Klubobmann Vesko in diese Richtung hat mich darin eigentlich bestätigt. Ich glaube allerdings, daß diese Debatte über die negativen sozialen und psychischen und ökonomischen Auswirkungen von Monokultur in diesem Bereich geführt werden

sollte. Aus diesem Grunde erlaube ich mir, Herrn Landesrat Hirschmann zwei Bücher zu überreichen, die ebenfalls zu meiner Meinungsbildung im Zusammenhang mit Olympia 2002 beigetragen haben. Es sind literarische Beiträge zu diesem Thema, nämlich von Norbert Gstrein. Ihnen ist dieser Name vielleicht bekannt, einigen von Ihnen wird er bekannt sein als Literat, einigen von Ihnen als Schirennläufer. Der Bruder dieses Literaten ist ein recht passabler Schifahrer. Die Erfahrungen mit seinem Bruder hat Norbert Gstrein in einem Buch – genannt „Das Register“ – verarbeitet. In diesem Buch – meine ich – führt er in exzellenter Weise vor, welche psychischen Folgen Spitzensport beim Menschen verursachen kann. In dem zweiten Buch „Einer“, das ist sein Erstlingswerk, es hat Furore gemacht in der literarischen Welt, stellt Norbert Gstrein dar, welche sozialen Auswirkungen Wintersportmonokultur in einer Ortschaft in Tirol verursachen kann. Wie gesagt, mich haben diese beiden Bücher sehr nachdenklich gemacht. Ich glaube und hoffe, daß Herr Landesrat Hirschmann eine ähnliche Reaktion bei der Lektüre dieser Bücher zeigen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ein Umweltsprecher sollte in erster Linie über Umweltaspekte sprechen. Ich glaube aber, daß das Gesamtprojekt „Olympia 2002“ eine derartige Vielfalt, eine derartige Breite an Diskussionsbedarf verursacht, daß diese Diskussion sicherlich – so gut kenne ich Landesrat Hirschmann – noch längere Zeit wahren wird. Ich allerdings muß doch eingestehen, daß ich von einer ursprünglichen Faszination für dieses Projekt doch zu einer skeptischen, sehr, sehr kritischen Haltung gefunden habe. Nicht nur aus umweltpolitischen Gründen, sondern auch aus den angesprochenen sozialen und psychologischen Gründen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 14.17 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Schützenhöfer (14.17 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zuerst einmal darf ich sagen, daß ich dieses persönliche Engagement des Kollegen Getzinger sehr schätze und glaube, daß wir über all diese Aspekte, die er angeführt hat, miteinander zu reden haben. Aber der eigentliche Grund meiner Wortmeldung ist eine schlichte Frage. Ich habe dem Herrn Abgeordneten Dörflinger – und das ist nicht irgendwer, das ist der verbliebene Parteisekretär in der SPÖ und Sportsprecher – gut zugehört, es ist mir Ihre Position unbekannt geblieben. Es ist mir nicht möglich festzustellen, Herr Abgeordneter, ob die steirische SPÖ nun für oder gegen Olympia ist. Ich erinnere mich nur, daß in der ersten Regierungssitzung, in der dieses Thema behandelt worden ist, ein einstimmiger Beschluß gefaßt worden ist (Abg. Dörflinger: „Wofür?“), daß am Tage darauf in bezug auf die Bewerbung von Ihnen eine gegensätzliche Position im Klub durchgesetzt worden ist. (Abg. Dörflinger: „Was ist in der Regierung beschlossen worden?“) Ich kenne mich eigentlich nicht mehr aus. Ich möchte Sie schon fragen, auf welches Tor spielen Sie eigentlich? Spielen Sie zurück oder spielen Sie nach vor? Sind Sie alle elf in der Verteidigung oder

sind Sie alle elf im Angriff? Ja, aber nach den Argumenten des Dörflinger bin ich mir nicht sicher, ob er unter Olympia nicht Fußball versteht, denn ich habe jedenfalls bis jetzt nicht mitbekommen, was will die SPÖ? Ich glaube, wirklich reden über eine Position können wir erst, wenn die Position bekannt ist. Ich habe den Eindruck, daß Sie orientierungslos agieren, daß ein Teil selbstverständlich sieht, welche Chancen sich daraus ergeben, und daß ein anderer Teil aus ganz bestimmten vordergründigen politischen Motiven sagt, nein, das darf auf keinen Fall der Fall sein. Ich kann Ihnen nicht raten, an einem Orientierungslauf teilzunehmen, denn Sie würden ganz sicher, Herr Abgeordneter Dörflinger, im Bermudadreieck landen. (Abg. Dörflinger: „Wo ist das?“ – Abg. Trampusch: „Das Angebot mit dem Orientierungslauf nehme ich an!“) Unter Wasser! (Abg. Trampusch: „Beides, ober und unter Wasser!“ – Abg. Minder: „Er ist so kompetent wie kein anderer!“) Wen meinen Sie denn? Frau Kollegin, ich habe mir die heutige Sportdebatte angehört, und ich möchte das wirklich ohne Emotionen sagen, ich bin so ziemlich den ganzen Vormittag hier gesessen oder drüben im Klub, wo das übertragen wird, ob das ein Glück ist oder nicht ist, möchte ich dahingestellt lassen, ich möchte sagen, daß ich mir das alles sehr, sehr gut angehört habe. Ich sehe jetzt, daß die Volkspartei sagt, jawohl, wir begeistern uns an dieser Idee „Olympia“, wie im übrigen auch die Bevölkerung, wir versuchen es, daß die Freiheitlichen sagen, im Prinzip sind wir wahrscheinlich dafür, und daß die Sozialisten hier einen Kurs steuern, der nicht sichtbar ist. Da fällt mir ein Zitat von Winston Churchill ein, ich zitiere wörtlich, der einmal gesagt hat: „Die Sozialisten sind wie Christoph Kolumbus. Sie reisen ab, ohne zu wissen, wohin sie fahren, und wenn sie ankommen, wissen sie nicht, wo sie sind, und das alles mit dem Geld der anderen.“ Ende des Zitats. Das war ungefähr das, was Sie gesagt haben, Herr Abgeordneter Dörflinger. (Abg. Trampusch: „Ich nenne ein viel aktuelleres Zitat. Dr. Frizberg sagte, die SPÖ weckt nur das Wunschdenken anderer. Das gilt auch für die Olympiade!“) Kollege Trampusch gibt mir, auch wenn er mir jetzt widerspricht, innerlich recht. Ich weiß es. Ich möchte Ihnen aber sehr dafür danken, Kollege Trampusch, daß Ihnen bei Churchill sofort Frizberg einfällt. Das ist wirklich großartig.

Meine Damen und Herren! Ich befürchte, und das sage ich Ihnen schon auch in aller Deutlichkeit, daß es Ihnen in dieser Frage nicht um die Sache geht (Landesrat Ing. Ressel: „Ich fürchte, daß Sie die Sache gar nicht kennen!“), sondern daß Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß diese Idee von Gerhard Hirschmann stammt, wie Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollten, daß einer, der vor einem halben Jahr gesagt hat – (Landesrat Ing. Ressel: „Ich habe gedacht, die Antike hat die Olympischen Spiele hervorgebracht!“) Sie ertragen es auch schwer, ich weiß, Sie meinen den Schachner, der ist schon nach Hause gegangen. Das ist ja Ihr Problem, das Sie offensichtlich haben. Es geht Ihnen da nicht um Olympia. (Abg. Dörflinger: „Was regen Sie sich auf? Wo ist der Krainer?“) Ich rege mich nicht auf. Sie regen sich innerlich ununterbrochen auf. Sie leiden unter einem Trauma. Ihr Mann im Nadelstreif, der gar nicht mehr da ist, symbolisiert die Vergangenheit, und unser Mann im Steireranzug ist die Zukunft. Sie werden damit nicht fertig. Ich verstehe es

auch. (Abg. Trampusch: „Das ist keine Olympische Idee, das ist ein alter Propagandahut!“) Herr Abgeordneter Trampusch, als vor einem halben Jahr, und daher kann das kein alter Propagandahut sein, Gerhard Hirschmann gesagt hat, „da auf der grünen Wiese machen wir eine Daviscup-Halle, und da machen wir den Länderkampf Österreich – Deutschland“, da haben Sie alle, und auch einige von uns, ziemlich gelacht und haben gesagt nein. (Landesrat Ing. Ressel: „Gelacht aus Freude! Wir haben in der Regierung zugestimmt!“) Das höre ich das erste Mal. Herr Landesrat Ressel, daß Sie vor Freude noch lachen können, das ist etwas, was ich in den letzten Wochen gar nicht mehr geglaubt hätte. (Landesrat Ing. Ressel: „Sie sprechen über die Kosten der Kommissionierung des Hausbaues. Sie unterhalten sich nie darüber, was das Haus kostet. Wir sprechen über die Kosten der Bewerbung, und nicht über die Olympischen Spiele!“) Nein, Herr Landesrat. (Abg. Kowald: „Das hat eh der Schwarzl gezahlt!“) Der Daviscup ist ein verwirklichter Traum. (Landesrat Ing. Ressel: „Der kleine Traum hat 9 Millionen gekostet!“) An den kleinen Traum haben Sie damals nicht geglaubt. Sie haben gelacht über den Traum. (Landesrat Ing. Ressel: „Ich bin dazu gestanden!“) Ja, aber unter der Tuchent, weil Sie nicht mehr anders gekonnt haben (Landesrat Ing. Ressel: „Nicht unter der Tuchent, in der Regierungssitzung!“) und weil Sie dann zur Vereinbarung gestanden sind, aber Ihre Parteistrategen wollten in diesem Zusammenhang schon einen Rückzieher machen. (Abg. Trampusch: „Wer? Das mußt du begründen!“) Du nicht. Die Namen nenne ich nicht, es sind deine Freunde, aber ich meine die Parteifreunde. (Abg. Trampusch: „Bitte sage, wer wollte den Daviscup verhindern? Wer bitte?“) Ihr habt den Daviscup von allem Anfang an schlecht gemacht, so wie das jetzt bei den Olympischen Spielen ist. Seit dieser Daviscup von Millionen von Menschen gesehen worden ist und seit dieser Daviscup von je 12.000 Leuten besucht worden ist, drei Tage lang hintereinander, seitdem, und das ist natürlich auch eine psychologische Frage, wissen die Menschen, daß Olympia nicht irgendein Hirngespinnst irgendeines neuen Landesrates ist, sondern daß das etwas ist, was ein Land insgesamt und vor allem seine jungen Menschen begeistern kann und wo wir miteinander zusammenhalten sollen und sagen sollten, ja, das ist eine Möglichkeit, wenn wir nur gemeinsam wollen, Arbeitsplätze zu schaffen, Wohnungen zu bauen, die Wirtschaft auf Vordermann zu bringen. Sagen Sie mir ein Argument in dieser Entstehungsphase, das dagegen spricht, ernsthaft und positiv über Olympia nachzudenken, nachdem wir gerade ein Sportereignis vor einigen Wochen hinter uns gebracht haben, von dem auch alle gesagt haben, das gibt es nicht. Aber es hat stattgefunden und hat Graz und die Steiermark entsprechend bekannt gemacht. Kommen Sie doch heraus aus dieser Ecke der Isolation, und gehen Sie mit uns wieder diesen gemeinsamen Weg in die Zukunft, meine Damen und Herren. (Abg. Trampusch: „Wer den Daviscup und die Olympiade vergleicht, versucht einen Vergleich zu machen, der nicht möglich ist!“)

Daher, meine Damen und Herren, komme ich schon zum Schluß. Ich habe nur die Frage gestellt, und die hätte ich heute hier noch gerne beantwortet, ob außer dem Herrn Landesrat Ressel noch jemand in der SPÖ

für Olympia ist. (Landesrat Ing. Ressel: „Die Regierungsmitglieder!“ – Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Dann sage ich herzlichen Dank, Herr Landesrat. (Landesrat Ing. Ressel: „Das enthebt uns nicht der Verpflichtung zu sagen, was das kostet – dieses Geheimnis im Nebel der Zukunft!“) Herr Landesrat, ist in Ordnung. (Landesrat Ing. Ressel: „Man wird sehen, ob sich die Nebel lichten und ob es realisierbar ist!“) Ich danke Ihnen für diese Äußerung und tue überhaupt kein Öl ins Feuer gießen, sage aber nur eines, und ich bitte Sie wirklich, es ist heute öfter schon darüber geredet worden, daß wir auch nachdenken sollen, wie wir miteinander umgehen sollten, wenn wir das schon ernst nehmen. (Unverständlicher Zwischenruf vom Abgeordneten Trampusch.) Das war ein Hirschmann-Fan, Trampusch. Das ist ein junger Bursch, der an Olympia teilnehmen wird. Wir zwei werden nur mehr zuschauen. (Abg. Trampusch: „Er wollte etwas zum Kindergarten sagen. Er ist nur zu spät gekommen!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Also doch SPÖ-Organisation!“) Möglicherweise. So geht es sonst aber euch, daß ihr zu spät kommt.

Ich sage daher zum Schluß nur eines: Wenn wir schon, und das ist ernst zu nehmen, miteinander reden, wie man umgeht in diesem Haus miteinander, da gibt es Punkte, wo man anzusetzen hat. Ein Punkt ist auch der, wenn Sie das ernst meinen, daß ich sehr ernsthaft an Sie appelliere, die Frage der Spitäler und des Sports nicht gegeneinander auszuspielen. Denn das ist unstatthaft. (Beifall bei der ÖVP. – 14.29 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Peinhaupt (14.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Diskussion heute zeigt, daß Spitzensport und Breitensport sehr eng beieinander liegen, vor allem hier in diesem Haus. Aber ich darf mich nun jenem Sport zuwenden, dem sich so mancher von uns auch mehr widmen sollte, nämlich nicht nur hier auf der Regierungsbank, sondern auch aktiv. (Abg. Korp: „Mit gutem Beispiel voran!“) Lieber Kollege Korp, ich selbst bin auch Funktionär eines kleinen Vereines und weiß, was es heißt, ehrenamtlich dazustehen, zu organisieren, ehrenamtlich Kameradschaft zu pflegen. Ich weiß aber auch, daß die Vereine draußen an der Basis weit über ihre sportliche Auftragserfüllung hinausgehen. Sie haben gesellschaftspolitische Wertigkeit, sie pflegen draußen die Kameradschaft, sie schweißen die jungen Leute draußen so zusammen, daß es sogar in Regionen, wo keine Arbeitsplätze geboten werden können, wo keine Wirtschaft Platz greift, wo es gelingt, durch dieses aktive Vereinsleben die Leute an die Ortschaft zu binden. Ich gebe dem Günter Dörflinger recht, wenn er sagt, es ist schwer, jenen Vereinen ein gewisses Maß an Unterstützung zu entziehen. Auf der anderen Seite muß ich aber sagen, daß gerade diese kleinen Vereine, die Breitensport betreiben, und zwar wirklich in seiner ganzen Breite, auch einen gewaltigen Beitrag zur Vorsorgegesundheit leisten. Man könnte doch auch soweit sein, daß der Herr Landesrat Hirschmann ja bereits Aufgaben des Herrn Landesrates Strenitz erfüllt. Ich darf aber wieder auf den Günter Dörflinger zurückkommen, der hier in diesem

Hause die Anregung getätigt hat, daß doch der Herr Landesrat Hirschmann hergehen solle und den Erlös aus den Ehreintrittskarten für den Daviscup den kleinen Vereinen zur Verfügung stellen sollte. Ja, die FPÖ und die ÖVP haben in diesem Hause daraufhin so eine spontane Sammelaktion gestartet. Die SPÖ hat sich dieser Aktion leider nicht angeschlossen, und, wie Kollege Korp heute so schön gesagt hat, sie hat die Lanze gebrochen über den Breitensport und hat damit eigentlich bewiesen, wieviel ihr persönlich der Breitensport wert ist. Bei dieser Sammlung sind 2021,50 Schilling zusammengekommen, und dieser Betrag wurde auf Anraten beziehungsweise Empfehlung des Herrn Landesrates Hirschmann meinem kleinen Verein zur Verfügung gestellt. Als Funktionär dieses Vereines erlaube ich mir, an die beiden Meistspender an den Verein eine Ehrenurkunde zu überreichen als Ehrenmitglied unseres Vereines, und das unter dem Motto: „Der Sport für unser Land“. (Allgemeiner Beifall. – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Muß ich auch einen Mitgliedsbeitrag bezahlen?“) Ich glaube, auch damit einen aktiven Beitrag in den kleinen Möglichkeiten geschaffen zu haben, wie man den Sport unterstützen kann. (Abg. Schrittwieser: „Wieviel wurde gespendet?“) Das kann ich Ihnen genau sagen: 1000 Schilling der Herr Landesrat Schmid, 500 Schilling der Herr Landesrat Hirschmann, über die weiteren Beträge kann ich Ihnen – (Abg. Schrittwieser: „1000 Schilling Landesrat Schmid, 500 Schilling Landesrat Hirschmann – 2000 Schilling sind zusammengekommen?“) – 2021,60 Schilling. Ich will mich persönlich nicht in den Vordergrund stellen, doch damit es sich auf den Familienbeitrag der Sektion Tennis ausgeht, habe ich mir erlaubt, den Betrag aufzustocken. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 14.35 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Flecker (14.35 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Darf ich vielleicht zum Kollegen Schützenhöfer, der sich die Debatte offenbar im Klub drüben anhört, eine Antwort geben. Ich glaube, daß es durchaus jedem Mitglied dieses Hohen Hauses, interessanterweise gibt es ja schon solche, die sich nicht ganz glaubwürdig auch als Nichtpolitiker bezeichnen und herinnen sitzen, aber ich glaube, daß es jedem Mitglied dieses Hauses zugebilligt werden sollte, einen sehr persönlichen Zugang zur Frage: „Bin ich für die Bewerbung der Steiermark für Olympische Spiele oder nicht?“ zuzugestehen. Ich glaube, daß wir es an sich nicht notwendig haben, zu so einer Frage einen parteipolitischen Mantel übergestülpt bekommen zu sollen, und ich bin an sich nicht der Meinung, daß es gut ist, daß die ÖVP und die FPÖ sich da in einer Disziplin in der Uniform üben. Ich glaube durchaus, daß es jedem grundsätzlich überlassen sein sollte, und Sie haben selber den Debattenbeitrag des Kollegen Getzinger gehört, daß er seine Meinung dazu äußert und daß er sich hier im Haus durch sein Verhalten zu dieser Frage näherbringen kann. Die eigentliche Entscheidung, und das sollten wir meiner Meinung nach tun, sollte eine Volksentscheidung sein. Sie sind aber leider zur Zeit am besten Wege, weg von dieser Volksentscheidung

und hin zu irgendeiner dubiosen Unterschriftenaktion. Wenn ich mich, so wie das die Regierung auch beschlossen hat, zu einer Volksbefragung bekenne, dann muß mir auch die demokratische Entscheidung etwas wert sein, grundsätzlich. Zu einem Zweiten, was sowohl der Kollege Vesko als auch der Kollege Schützenhöfer gesagt haben. Sie sprechen immer davon, vom Gegeneinander-Ausspielen zwischen Spitälern und Olympiade oder Frauenhaus oder Olympiade oder sonst etwas. Meine Damen und Herren, ich glaube, das kann man doch logisch erfassen. Sie selbst – und da bin ich durchaus Ihrer Meinung – vertreten die Auffassung, daß das Geld und die Summen nicht beliebig vermehrbar sind. Also geht es darum, das vorhandene Geld, das ich ausgeben will, und wir sind halt in manchen Fragen der Meinung, daß man mehr ausgeben kann, beim anderen wieder weniger, daß man dieses Geld ausgibt und unter verschiedenen Aufgaben aufteilt. Und ich glaube, wenn ich von dem Gesamtkuchen für den Kuchen für die Frage Olympia Milliarden wegnehme, dann bleibt für die Spitäler eben ein kleineres Kuchenstück über. Oder dann bleibt für das Frauenhaus noch weniger über. Es hängt das eine mit dem anderen zusammen, wenn wir davon ausgehen, daß wir es mit einer nicht vermehrbaren Menge des Geldes zu tun haben und mit diesem Geld halt unsere Schwerpunkte setzen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das hat im Rationalisierungs-Ausschuß anders geklungen!“) Und insofern ist es korrekt zu sagen, das, was dort ausgegeben wird, wird mir woanders fehlen, noch dazu, wo man doch davon ausgehen kann, daß eine Olympiabewerbung schon zig Millionen kosten wird. Denken wir daran, daß Berlin – glaube ich – 500 Millionen für Sommerolympia 2000 umsonst ausgegeben hat und daß die Durchführung der Olympischen Spiele Milliarden kosten würde. Ich glaube es halt, als legitime Argumentation in der Politik anbringen zu können, wenn ich sage, na, das Geld fehlt mir woanders. Das werden wir doch wohl hier auch noch sagen dürfen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und zu Ihnen, Herr Klubobmann Vesko. Sie argumentieren damit, daß Sie sagen, eine Volksabstimmung würde zuviel kosten. Ja, meine Damen und Herren, erstens haben wir es damit zu tun, daß die Regierung – und das ist auch in der Öffentlichkeit transportiert worden – gesagt hat, wir unterstellen hier die Entscheidung einem Volksentscheid. Ich kann nicht durch Regierungsbeschluß einstimmig heute sagen, „Bevölkerung, ihr werdet letztlich entscheiden, ob wir uns hier bewerben“, und nachher, wenn man sieht, daß wir unter Umständen nicht zum Matchball kommen, weil dieser Entscheid schlecht für die einen ausgehen kann, weil sie glauben, die Olympiade würde nicht die Mehrheit finden, plötzlich von dieser demokratischen Regel abgehen. Und es geht ja um noch etwas, wir alle in diesem Haus haben ein Volksrechtgesetz geschaffen und sind so stolz darauf. Dann wollen Sie abgehen von den Instrumenten des Volksrechtgesetzes, das ganz einfach und eindeutig die Instrumentarien für solche Volksentscheidungen festlegt. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist in meinen Augen nicht glaubwürdig. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Gesetzt den Fall, daß 20 Prozent an dieser Abstimmung teilnehmen, 52 Prozent davon dafür und 48 Prozent dagegen sind, wären das 10 Prozent der gesamten Bevölkerung, die ihre Zustimmung geben! Betrachten Sie das

als ausreichend?“) Nein, Herr Klubobmann Vesko, wir haben – und ich glaube, so recht positivistisch sollten wir eingestellt sein – ein Volksrechtgesetz, das hat Verfassungsrang, hat Verfassungscharakter, dort steht drinnen, wie Volksentscheide herbeizuführen sind und unter welchen Bedingungen der Volksentscheid rechtlich zu akzeptieren ist. Und wenn ich sage, so wie Sie es sagen, wenn nur 20 Prozent hingehen und sich von diesen 20 Prozent 52 Prozent dafür entscheiden, dann muß ich das als einen Entscheid akzeptieren. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Im Rationalisierungsausschuß wurde vieles anders gesagt!“) Ich weiß, der Michel Schmid hat immer so die Art, hinten seine lustigen Witze zu machen, aber sie werden deswegen nicht besser! Ich glaube, wenn man sich die Spielregeln festlegt, dann hat man sich daran zu halten, und soll nicht irgend etwas anderes erfinden.

Ich glaube daher, daß wir es der Glaubwürdigkeit der Politik auch schuldig sind, daß wir sagen, wir haben der Bevölkerung versprochen, einen Volksentscheid hier herbeizuführen, haben auch den Charakter, das tatsächlich durchzuführen, wenn wir gar nicht so sicher sind, ob das auch im Sinne des Herrn Hirschmann ausgeht. (Beifall bei der SPÖ. – 14.44 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Bacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Bacher (14.45 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich halte die Idee Olympia 2002 in der Steiermark für eine großartige und würde mir wünschen, daß Sie vor allem von der Sozialdemokratischen Partei auch alles daransetzen, diese Idee auch umzusetzen. Vor allem auch wir im Bezirk Murau sind sehr begeistert. Das hat jetzt allerdings ein bißchen nachgelassen, nachdem diese Entscheidung des Steirischen Schiverbandes gefallen ist, Murau nicht im Zuge dieser Olympiade zu berücksichtigen. Das ist auch der Grund meiner Wortmeldung, weil ich der Meinung bin, es ist uns schon einmal so gegangen, nämlich bei den Nordischen Weltmeisterschaften, wo sich damals auch die Region Murau beworben hat. 100 Jahre Wintersportverein Murau, wir haben eine Reihe von Spitzensportlern hervorgebracht, ich erinnere an Willi Egger, Willi Pürstl und letztlich auch an Klaus Ofner. Und es hat auch eines gezeigt, und es wurde auch hier schon heute angesprochen, daß im Zusammenhang mit solchen Veranstaltungen viel Jugendarbeit investiert wird. Und es ist natürlich der Höhepunkt eines jeden Spitzensportlers – ich habe lange mit Klaus Ofner darüber gesprochen, der gesagt hat „es ist der größte Erfolg für einen Sportler, bei Olympischen Winterspielen oder Weltmeisterschaften teilzunehmen, aber es ist noch ein viel größerer Erfolg, wenn diese Veranstaltung auch im eigenen Land stattfindet“, und es fordert diese Jugend heraus. Und wenn wir uns anschauen, welche Begeisterung dieser Daviscup verursacht hat – ich habe eine Tochter mit neun Jahren, auch die ist vom Fernseher nicht wegzubringen gewesen, weil es einfach so spannend war. Und wenn ich daran erinnere, nächsten Mittwoch ist das Europacupfinale zwischen Austria Salzburg und Inter Mai-

land, und man muß sämtliche Veranstaltungen ab-sagen, weil alle hinter dem Fernseher sitzen und begeistert mitschauen, dann glaube ich, daß das gerade dieser Herausforderung ist für diese Jugend, die wir anstreben sollten.

Daher ist dieser Gedanke, lieber Gerhard Hirschmann, wirklich nur zu unterstreichen und nach Möglichkeit zu unterstützen. Wir unterstützen diesen Gedanken, und ich glaube, daß es wirklich unfair ist, und das hat sich diese Idee auch nicht verdient, daß man landauf, landab die Spitäler mit den Olympischen Spielen ausspielt und daß man den Sozialbereich oder die Kindergärten mit dieser Idee ausspielt. Das haben sich sowohl die Betroffenen in dem einen Bereich nicht verdient, auch als die Jugend und die Sportler.

Wir wissen auch, daß vor allem dieser Gedanke der Olympischen Spiele auch querfeldein verschiedene Meinungen hat. Das ist vor allem auch die Kollegin Bundesrat Rössler von der Sozialdemokratischen Partei meines Bezirkes, die sich sehr positiv dafür ausgesprochen hat und die sich auch jetzt als erste zu Wort gemeldet hat, daß Landesrat Hirschmann schuld ist, daß der Steirische Schiverband diese Entscheidung getroffen hat. Ich glaube, daß man auch da unterscheiden muß, daß das eine sportliche Entscheidung ist im Verband und daß das andere eine politische Entscheidung ist. Aber eines sage ich auch: Wir werden diese Entscheidung auf sportlicher Ebene nicht zur Kenntnis nehmen in der Region. (Abg. Vollmann: „Haltet ihr eine politische Entscheidung im Sport für gescheiter?“) Nein, ich sage dir nur: Ich kann mir nicht vorstellen, Kollege Vollmann, daß acht Personen eines Vorstandes eines Vereines darüber entscheiden können, über diese letztendliche Entscheidung, wo die Standorte für die Olympischen Spiele sind.

Lieber Landesrat Hirschmann, ich würde dich wirklich bitten, von dieser Stelle aus alles zu unternehmen, daß Murau letztendlich mit dabei ist. Wir werden alles unternehmen, und der Gemeinderat in Murau hat eine mehrheitliche Entscheidung getroffen, diese Idee zu unterstützen. (Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic: „Bei der Fachhochschule gibt es das auch!“) Wir haben wirklich auch viel dafür getan. Und es ist Kollege Dörflinger, der jetzt keine Zeit hat zum Zuschauen – (Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic: „Die Mehrheit?“) Mehrheit, ja! Es waren zwei sozialdemokratische Gemeinderäte dagegen. Aber der Kollege Dörflinger fährt in meinem Bezirk – und ist ein Kollege von mir – ständig herum, was das Land alles nicht tut für diese Region und nicht macht und was alles geschehen sollte. Und wenn er dann einmal sagen sollte oder einfach zu einer Meinung, zu einer Idee Stellung nehmen sollte, dann ist er wieder dagegen. Und ich glaube, daß es entscheidend ist, daß man eine Meinung zu dem Thema hat, das fehlt euch. Ich hoffe, daß ihr euch durchringen könnt und auch zu diesem Olympischen Gedanken steht.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 14.48 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Trampusch. Ich erteile es ihm. Er ist nicht hier, daher hat der Herr Landesrat Dr. Hirschmann das Schlußwort.

Landesrat Dr. Hirschmann (14.49 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine verehrten Damen und Herren!

Ich möchte zunächst, bevor ich zum Thema Olympia komme, auf die Wortmeldung von Herbert Peinhaupt und vom Kollegen Korp – glaube ich – eingehen und auf jene Kollegen, die sich hier zu anderen Fragen gemeldet haben und sagen, daß ich mit Ihnen gemeinsam sehr dankbar bin für das, was in der Steiermark insgesamt im Bereich des Sports geschieht. Dankbar bin ich für das große idealistische Engagement erstens der Sportler selber, zweitens der vielen Trainer und drittens der unzähligen Funktionäre, die in diesem Lande unendlich viel Gutes tun – bedankt, unbedankt, in jedem Fall aber mit Begeisterung tun.

Ich möchte zweitens sagen, die öffentliche Hand kann für diese Vereine immer nur ein bißchen Geld locker machen, sozusagen als Zeichen der Anerkennung ihrer Arbeit und als kleines Signal der Wertschätzung. Es ist wie in vielen, vielen anderen Bereichen, vor allem den ganzen Sozialbereichen, unendlich wichtig, daß es dieses private Engagement gibt, das öffentlich nie und nimmer durch noch so große Millionen, oder von mir aus Milliardenbeträge erreicht werden könnte.

Ich möchte drittens in diesem Zusammenhang anfügen, damit es jedenfalls von meiner Seite her kein Mißverständnis gibt, die Frage Spitzensport oder Breitensport und Gesundheitssport, Freizeitsport, Verkehrtensport oder wie immer man eine Kategorisierung hier vornimmt, meine verehrten Damen und Herren, das eine ist so notwendig wie das andere. Ich teile mit dem Kollegen Getzinger die Ansicht, daß es im Sport wie in vielen anderen Bereichen unserer modernen Gesellschaften enorme Auswüchse gibt, die wir politisch beachten müssen, aber auf weite Strecken hin nicht bändigen können. Das entzieht sich dem Zugriff der Politik, ich glaube aber, was wir machen können, ist, darauf immer wieder hinzuweisen und da oder dort, wo es möglich ist, Rahmenbedingungen zu schaffen, daß diesen Auswüchsen Einhalt geboten wird. Und im übrigen vertraue ich doch auch auf die Vernunft der Menschen, auch dort, wo die Politik nicht direkt ihren Zugriff hat. Ich möchte aber sagen, daß für mich persönlich, meine Damen und Herren, der Breitensport eine unabdingbar notwendige Sache ist, und ich habe schon gesagt, das, was wir an Förderung, an Unterstützung dort geben können, ist immer nur beschränkter Natur. Ich halte es aber für außerordentlich notwendig, daß es auch den Spitzensport gibt und daß man dafür auch einiges investieren soll, denn der Spitzensport hat ja eine enorme Sogwirkung auf den Breitensport, wie wir wissen. Und es ist halt der Sport noch immer eine jener wichtigen Sachen, und für mich ist es mehr als die wichtigste Nebensache der Welt, wo halt auf die Jugend eine ungeheure Faszination und Begeisterung ausgeübt wird. Und sind wir froh darüber, liebe Freunde, wenn junge Leute auch sozusagen ein bißchen Sportdodeln sind. Das ist besser, als sie lungerten irgendwo in Gasthäusern herum, nehmen Drogen oder ähnliches mehr. Ich bin jedenfalls dafür dankbar, und deswegen sage ich auch ist es notwendig, daß wir in der Steiermark, meine verehrten Damen und Herren, dazuschauen. Dieses Land war immer ein Sportland, es ist ein Sportland, und es

soll ein Sportland bleiben in dieser Breite, die ich anzusprechen versuchte. Und der Thomas Muster hat am Tag seines Spiels gegen den Michael Stich in Unterpremstätten wahrscheinlich viel mehr auch für den Breitensport in diesem Land und in der Republik getan, als das weithin durch Millionen an Förderung von uns oft geschehen kann und geschehen könnte. Und im übrigen, weil gerade vorher die Austria Salzburg von irgendjemand angesprochen worden ist, wir sind froh, wir haben im Moment keinen Klub, leider, aber wir werden uns auch bemühen müssen, der in dieser Qualität spielt, aber die wichtigsten Leute im Stamm der Austria Salzburg sind Steirer, wie wir wissen, vom Tormann hinten beginnend bis in den Sturm zum Adi Hütter vorne.

Und lassen Sie mich noch eines abschließend zu dieser Daviscupgeschichte sagen, meine verehrten Damen und Herren, weil der Kollege Ressel einen Zwischenruf vorher gemacht hat und ich den auch kurz beantworten möchte. Schauen Sie, der Daviscup hat der Steiermark doch, meine ich, in vielfacher Hinsicht Enormes gebracht. Es ist schon angesprochen worden. Wir haben, glaube ich, und da bin ich dem Herrn Landesrat Michael Schmid sehr dankbar und auch den übrigen Kollegen in der Regierung selbstverständlich. (Abg. Vollmann: „Kannst du ein bißchen konkretisieren; was der Daviscup gebracht hat? Was hat er wirklich gebracht?“ – Abg. Dr. Lopatka: „Schon wieder diese Geschichte!“ – Präsident Dr. Klausner: „Ich würde vorschlagen, Hohes Haus, daß wir das Wort dem Herrn Landesrat Dr. Hirschmann überlassen!“) Herr Kollege Vollmann, ich bin dir außerordentlich dankbar für diese Frage. Ich wollte euch das heute ersparen und bei einer anderen Gelegenheit bringen, aber, lieber Freund Vollmann, folgendes: Der Daviscup hat erstens der Steiermark und für uns selber einmal ein Erlebnis gebracht, das wir schon lange nicht mehr gehabt haben. Nämlich, daß die Regierung gesagt hat, wir ziehen ein Projekt durch, rasch und sofort. Sie wissen, wir diskutieren in Graz zehn Jahre über das Thema, eine Halle für alle zu bewerkstelligen. Wir sind über das Diskussionsstadium nicht hinausgekommen. Hier haben wir einen tollen privaten Unternehmer gehabt, der gesagt hat, ich stelle euch das in drei Monaten hin. Und wie der Kollege Schützenhöfer gesagt hat, ich kann dir sagen, lieber Heinz Vollmann, ich habe am Tag, nachdem wir den Zuschlag für die Steiermark bekommen haben, mit dem Anwalt des ÖTV gesprochen, und er hat gesagt, sie haben sich zur Absicherung, weil niemand geglaubt hat, daß wir diese Halle in drei Monaten überhaupt hinstellen können, mit dem Architekten des Design-Center in Linz, das über eine Milliarde Schilling gekostet hat und ungefähr die gleiche räumliche Größenordnung hat wie die Halle da unten, gesprochen, ob er das für möglich hält, daß das in drei Monaten geschieht, und der hat ihm gesagt, „Sie, ich sage Ihnen, Herr Doktor, tun Sie das in Wien den ÖTV-Leuten weitersagen, das ist nicht möglich.“ Auf das hin hat der Karl Schwarzl unten persönlich eine Haftung über 16 Millionen Schilling unterschreiben müssen für den Fall, daß die Halle nicht notwendig war. Was will ich damit sagen, lieber Heinz? Daß es uns gelungen ist und einem privaten Unternehmer gelungen ist, eine Sache hinzustellen, an die wir sonst ja überhaupt nicht einmal glauben, daß wir das jemals

zustande bringen. Und das ist, glaube ich, für die Steiermark eine sehr wichtige und positive Erfahrung gewesen. Und das Zweite, zu den monetären Aspekten in diesem Zusammenhang. Es ist richtig, die Steiermärkische Landesregierung und dankenswerterweise der Bürgermeister Stingl und der Grazer Stadtssenat haben insgesamt 9 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, damit wir diese Veranstaltung hier durchführen können. Das darf ich dir, lieber Heinz, sagen, und bitte, ich möchte, daß das auch so genommen wird, und ich komme dann im Hinblick auf die Olympischen Spiele auch darauf zurück. Ich glaube, es ist für alle hier auch ein gewisses Gebot der Redlichkeit, diese Dinge dann auch, wenn man bereit ist, sie anzunehmen, so weiterzutransportieren, wie die Faktenlage ausschaut. Ich habe den Dozent Steiner gebeten, eine Studie mit der Unterstützung der Frau Landeshauptmannstellvertreterin über die monetären Auswirkungen zu erstellen. Ich darf dir die Kurzdaten zur Verfügung stellen und folgendes in aller Eile sagen: Es wurden im Zusammenhang mit dem Davis-Cup hier in der Steiermark rund 109 Millionen Schilling umgesetzt. Der Herr Finanzminister hat bei der Gelegenheit 17,583.000 Schilling an Steuern eingehoben. Das ist einmal zu dem, was der Herr Finanzminister kassiert hat, 17,5 Millionen Schilling. Ich stelle das gegenüber dem Betrag von 9 Millionen Schilling, die wir hier eingesetzt haben. Die Gemeinde Unterpremstätten – ich habe den Bürgermeister nicht erreicht, deswegen hier eine runde Summe – hat mindestens eine Million Schilling zusätzlich zu diesen 17,5 Millionen Schilling, die der Finanzminister eingenommen hat, an Steuermitteln bei dieser Gelegenheit eingenommen. Und ein Drittes, lieber Heinz, jetzt kann man das schwer bewerten, was der Werbeeffekt einer solchen Geschichte ist, aber darf ich dir eines sagen: Wer immer die Fernsehaufnahmen an diesem Tag gesehen hat, ja, oder an diesen drei Tagen, in Österreich, in Deutschland und darüber hinaus, weil es über einige andere Fernsehkanäle weltweit übertragen worden ist, der hat weithin einmal eine erste Bekanntschaft mit der Stadt Graz und mit der Steiermark gemacht, und das ist eine für uns monetär nicht zu bewertende Werbung gewesen, die in einer Millionenhöhe zu veranschlagen wäre, wenn man das als Werbung einsetzen würde. (Abg. Vollmann: „Aber keine positive!“) Schau, du sagst, keine positive. Du, natürlich, bitte entschuldige, sei mir nicht böse. Ich habe mit vielen Deutschen, die unten waren, gesprochen und mittlerweile auch einige andere getroffen, die das zu Hause im Fernsehen gesehen haben, schau. Du, daß die Sportjournalisten sich zum Teil – die Herren werden mir das verzeihen und die Dame, es sind im übrigen keine Sportjournalisten – sich in Kriegsberichterstattung ergehen, das ist auch einer jener Auswüchse, von denen Kollege Getzinger vorhin gesprochen hat. Gott sei Dank müssen wir das ja nicht ganz so ernst nehmen, und die Deutschen haben das gut vertragen – im übrigen haben wir sie ja eh gewinnen lassen, schlußendlich, was auch seine Bedeutung gehabt hat. Ich möchte dir nur sagen, lieber Heinz, es sind 400 Zeitungsartikel vorher allein in der Bundesrepublik Deutschland erschienen, und ich meine, daß die Stadt Graz und die Steiermark in den letzten fünf bis zehn Jahren insgesamt in Deutschland nicht so oft medial vorgekommen sind, wie in diesem

Zusammenhang. Darf ich dir noch etwas sagen, und auf das halte ich dann etwas, und auf das bin ich stolz, im Sinne der Steiermark. Es haben mich eine Menge Wiener angesprochen, die da waren, Tiroler, Niederösterreicher, Kärntner. Wiener, die echt sauer waren und die das auch offen gesagt haben, daß dieses Ereignis in die Steiermark kommt. Und die mir dann gesagt haben, sie waren keine Stunde hier, haben das Ambiente da unten gesehen, haben die Veranstaltung gesehen, haben das begeisterte Publikum gesehen, und sie haben gesagt, sie sind dankbar und froh, daß das in der Steiermark stattgefunden hat, denn sie können uns zu der Geschichte nur gratulieren.

Und das, lieber Heinz, aber du tust gerade mit dem Gennaro etwas Wichtiges besprechen! Schau, lieber Kurti Gennaro, ich habe mich bemüht jetzt, auf eine Frage des Kollegen Heinz Vollmann eine einigermaßen – (Abg. Vollmann: „Was hat es jetzt wirklich gekostet? 10 Millionen Schilling oder?“) Es hat uns 6 Millionen gekostet – ein einstimmiger Beschluß – und weitere 3 Millionen, das sind 9 Millionen. Ich weiß, daß von einigen Kollegen von euch überall erzählt wird, daß 18 Millionen an Steuermitteln hier ausgegeben wurden. Ich bitte, die Fakten einfach in diesem Zusammenhang zur Kenntnis zu nehmen. Daß der ÖTV, Herr Kollege Flecker, gewiß einen großen Gewinn bei der Gelegenheit gemacht hat, der sich unserer Kenntnisnahme entzieht, steht für mich außer Zweifel. Und darf ich Ihnen ganz offen etwas sagen. Sportereignisse dieser Größenordnung und auch dieser Qualität, Herr Kollege Flecker, sind heute einfach ein enormer Wirtschaftsfaktor insgesamt. Und ich möchte sagen, sind wir doch froh, daß wir hin und wieder so eine Sache in die Steiermark bekommen und daß Leute bei uns auch mitleben und sich engagieren, und ich möchte kleine Details nicht verschweigen in diesem Zusammenhang. Es war immerhin möglich, daß einige Wochen, einige Monate ein paar hundert Leute eine Arbeit gefunden haben, die halt sonst stempeln gegangen wären. (Abg. Vollmann: „Überwiegend Ausländer, die rund um die Uhr haben arbeiten dürfen!“) Lieber Heinz, ich war sehr oft unten auf der Baustelle, es waren ausschließlich – so weit ich jedenfalls dort mit Arbeitern sprechen konnte – einheimische Arbeitnehmer dort. Und im übrigen: Es macht überhaupt nichts, wenn ein paar Ausländer bei uns eine Arbeit finden, lieber Heinz, ich möchte es dir nur dazusagen.

So! Aber wenn wir schon dabei sind, meine verehrten Damen und Herren, darf ich doch auf die vielen Fragen des Günter Dörflinger – Günter, es wäre jetzt klass, wenn du dich ein bißchen da hersetzen würdest –, weil in diesem Zusammenhang würde ich jetzt gerne einige Dinge sagen, die, glaube ich, von Bedeutung sind im Hinblick auf deine Fragen.

Meine verehrten Damen und Herren, ich möchte zunächst zu der vorhin sehr differenzierten und auch kontroversiellen Debatte zum Thema Olympia aus meiner Sicht einige Dinge sagen dürfen. Und ich sage gleich eingangs dazu, ich nehme jede kritische Einwendung sehr ernst, weil ein solches Projekt natürlich keine Sache ist, die man so dir nix mir nix betreiben soll.

Darf ich aber zunächst zur Debatte vorher eine grundsätzliche Äußerung machen. Liebe Freunde,

meine verehrten Damen und Herren, ich kann mich nicht ganz des Eindrucks erwehren, daß es bei dieser und ähnlichen Debatten einfach auch darum geht, gewisse Fehlentwicklungen, die wir gemeinsam zu verantworten haben, glaube ich, einmal aufzuzeigen und uns darüber klar zu werden – und ich sage, das gilt für uns alle –, was wir eigentlich wollen. Ich persönlich habe schon mit Kollegen Ressel, der jetzt nicht da ist, ein langes Gespräch gehabt. (Abg. Gennaro: „Ja, stell dir vor!“) Habe ich öfter, Kurt! Und wir haben dabei auch Überlegungen angestellt, wofür wir uns das eigentlich alles miteinander antun. Und wir sind dann zu dem Ergebnis gekommen, und ich glaube, das gilt für alle, vom Peter Schinnerl da angefangen bis zum Kollegen und Freund Ussar da drüben, daß man sich sagt, jeder hat neben möglicherweise anderen Motiven doch die Absicht und den Willen, in der Zeit, wo er hier ist, politische Funktion ausübt oder ausüben darf, einfach gewisse Dinge, einige wenige Dinge zu bewegen. Und ich glaube, auf das sollten wir uns besinnen. Wir werden der Welt nicht den Haxn ausreißen, wir werden die Welt nicht grundsätzlich verändern, aber jeder – egal, ob er für eine Region tätig ist, für eine Interessengruppe, für eine bestimmte Berufsschicht – hat ein Anliegen, und das möchte er eigentlich in der Zeit, die ihm hier gegönnt ist, drüberbringen.

Ich, meine verehrten Damen und Herren, möchte nicht verschweigen, als mir dieses Amt übertragen wurde vor wenigen Monaten, habe ich mir persönlich eigentlich vorgenommen und gemeint, daß man in den Bereichen, die einem übertragen werden, versuchen soll, eben in diesem Sinne ein paar Dinge weiterzubringen.

Und mir persönlich tut es weh, wenn wir auch in der Steiermark, was nicht unser Volkscharakter ist, zunehmend in eine Art des Jammerns und des Lamentierens hineinkommen und sagen: „Oje, die verstaatlichte Industrie ist kaputt, das Grenzland ist kaputt, in Graz geht nichts, und wir sind insgesamt ein Land, in dem nichts weitergeht.“ Und deswegen, liebe Freunde und meine verehrten Damen und Herren, meine ich, das hängt ein bißchen auch mit der persönlichen Verfaßtheit von uns allen zusammen und mit dem, was man eigentlich will. Und ich glaube, dieses Land kann gut eine Aufbruchstimmung und eine neue Dynamik brauchen. Wir müssen gemeinsam alle die Ärmel aufkrepeln in diesem Land, denn die Steiermark ist, wie es so schön in Liedern beschworen und besungen wird, ein großes Land, ein starkes Land, ein schönes Land mit tüchtigen Leuten. Die Leute haben das nicht verdient, weil das Bild, das ich vorhin angesprochen habe, alles tot, es geht nichts mehr, Gott sei Dank ja nicht stimmt. Es geht in dem Land sehr viel. In der Obersteiermark, in Graz, in der Ost- und Weststeiermark. Und, liebe Freunde, es ist unsere Aufgabe, wie die Wirtschaft nur florieren kann, nicht primär durch Subventionen, sondern durch den Geist einfach und die Begeisterung, daß sich die Leute und die Unternehmen mit den Arbeitnehmern sagen, wir bringen etwas zusammen, und wir bringen etwas weiter, so ist es viel mehr noch in der Politik und mit unseren politischen Aufgaben.

Und lassen Sie mich eines noch anmerken: Wie immer die Volksabstimmung am 12. Juni in diesem

Land ausgeht, ob wir zur EU kommen oder nicht, wir müssen verdammt aufpassen, daß wir in Österreich nicht in eine unglückliche Dreiteilung kommen. Hier Donauösterreich mit seinen geographischen Vorteilen, dort die Westschiene mit ihren geographischen Vorteilen und hier unten der Süden, der sich von den Zentren Donauösterreich und der Westschiene wegentwickelt. Ich sage, wir sind Gott sei Dank nicht so weit, aber aufpassen müssen wir schon. Und es verdient unser aller Anstrengung und unser allen Einsatz, daß wir das, was wir können in diesem Lande, und das, wozu wir in diesem Lande imstande sind – und da sage ich, wir können das alles, was die Donauösterreicher können und was die Westösterreicher können –, daß wir das auch für unser Land zustandebringen.

Verehrte Damen und Herren, mir geht es hier nicht um Olympia primär in der Diskussion. Sondern genau um diese Frage, daß wir uns klar machen, wir sind gut, wir sind super, wenn wir uns anstrengen, und das gilt für alle Bereiche, ob für die Wirtschaft, ob für die Landwirtschaft, ob für die Kultur, ob für die Wissenschaft, ob für den Umweltschutz, aber auch als Sportland, meine verehrten Damen und Herren, weil das ein Hebel für mich sein kann und, wie ich meine, auch sein wird. Und das auch ganz offen: Ich persönlich kann gerne ohne Olympia auch leben, überhaupt kein Problem für mich. Viel leichter sogar, habe ich weniger zu tun. Aber, liebe Freunde und verehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist notwendig, daß wir für jede noch so kleine Chance, die uns in diesem Land etwas bringen kann, unabänderlich und rund um die Uhr kämpfen in den nächsten Jahren. Und, lieber Günter Dörflinger, Günter, kannst du nur einen Moment herhören? Ich glaube, wir müssen alles probieren. In jedem der vorhin angesprochenen Bereiche. Und ich würde halt bitten, daß wir unser Hirnschmalz dazu verwenden nachzudenken, rund um die Uhr nachzudenken, wie etwas geht, und nicht rund um die Uhr nachzudenken, wie etwas ganz sicher nicht geht.

Lassen Sie mich zu den vielen angesprochenen Fragen einige Antworten, soweit ich sie heute geben kann, offenen Herzens und nach der derzeitigen Faktenlage, geben. Olympia halte ich deswegen für ein sinnvolles und notwendiges Projekt für die Steiermark, weil ich im Sinne des vorhin Gesagten, meine verehrten Damen und Herren, der absoluten Meinung bin, daß jeder Mensch individuell und persönlich, neben dem Alltag, den er zu bewältigen hat, auch Höhepunkte in seinem Leben braucht. Er braucht einen Sonntag, er braucht einen Feiertag, er braucht einen Urlaub, er braucht aber auch Höhepunkte. Und ich glaube auch, daß ein Kollektiv, ein Volk genauso einfach Herausforderungen braucht, daß man hin und wieder sagt, schauen wir, daß wir unsere Alltagsaufgaben wahrnehmen. Daß wir das, was wir für den Alltag zu tun haben, gut rüberbringen. Aber daß wir auch hin und wieder uns eine Herausforderung setzen. Und, meine verehrten Damen und Herren, wenn wir einmal über die jungen Leute reden, sie brauchen auch Herausforderungen. Und das ist ein Projekt, wo sich die Jugend von morgen und übermorgen abmühen kann. Und das brauchen wir gerade im Hinblick auf das, was auch Kollege Getzinger gesagt hat. Und ich möchte die Geschichte nicht dahin gehend verstanden wissen, jedenfalls von meinem Geschichts-

verständnis, daß, wenn etwas auf die schiefe Ebene geraten ist, das immer bachabwärts gehen muß fürderhin. Sondern ich sage, wenn es wo Fehlentwicklungen gibt, treten wir doch an und sagen, schauen wir, wie wir es besser machen. Denn Olympische Spiele, Herr Kollege Getzinger, die wird es immer geben, die wird es immer geben, und ich sage, wenn wir der Meinung sind, wir können das, wir bringen das zusammen, wir sind tüchtige Leute, wir haben die bessere Idee, dann kämpfen wir doch für diese bessere Idee in diesem Zusammenhang. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Ich glaube, in diesem Fall, wenn es um die negativen Zusammenhänge geht, überschätzen Sie sich ein bißchen!“) Nicht mich, uns alle! Sie, das sind nicht meine Olympischen Winterspiele, und ich komme auf das noch zurück. Ich werde auch auf das zurückkommen, was der Bürgermeister Stingl in dem Zusammenhang in eindrucksvoller Art und Weise immer wieder gesagt hat. Er hat gesagt: „Beleben wir doch“ – genau das, was Sie hier heute gemeint haben – „diese alte Ursprungsidee von Olympia, auch mit der Friedensbotschaft.“ Bitte, das, was sich da unten abspielt, werden wir leider noch lange vor unseren Augen haben. Und das wäre doch eine gute Gelegenheit – meine ich jedenfalls –, sich darum jedenfalls zu bemühen.

Ein Zweites, es ist neben dieser Herausforderung natürlich auch für den Sport ein großes Ereignis. Und ich meine, auch das hat, wie wir wissen aus allen Erfahrungen, da brauchen wir gar nicht nach Lillehammer schauen und wie sich die Norweger auch sportlich dort präsentiert haben, eine große Herausforderung für die steiermärkische Jugend, hier auch Sport zu betreiben, für die gesamte Bevölkerung. Und so etwas kann man ja aufbauen in den Jahren zuvor. Gerade auch, weil heute der Gesundheitsaspekt in diesem Zusammenhang angesprochen wurde. Und da spiele ich nicht mit, daß wir das eine gegen das andere einfach in sinnloser Art und Weise ausspielen. Da kann uns ja vieles einfallen in diesem Zusammenhang. Und ich hätte auch gerne, daß es ein paar steirische Olympiasieger wieder gibt, die am Stockerl ganz oben stehen oder am zweiten oder am dritten Platz, ganz Wurst. Daß wir diese Herausforderung unserer steirischen Jugend auch in einem besonderen Maße ermöglichen sollen. Aber ein Drittes und Wichtiges, weil natürlich die Frage des wirtschaftlichen Nutzens in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle spielt. Und ich möchte da offen das sagen, was jedenfalls mein Kenntnisstand heute ist. Meine verehrten Damen und Herren, die berühmte Kostenfrage und der wirtschaftliche Nutzen. Ich nehme das sehr ernst, weil man hier natürlich Beschwörungen nicht glauben soll. Damit es hier keinen Irrtum gibt. Und deswegen habe ich auch gebeten, daß von der Universität Graz, Universität Innsbruck und Universität Wien eine Studie erstellt wird über die möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen von Olympischen Winterspielen in der Steiermark. Und ich möchte Ihnen auch dazusagen, ich habe mich bemüht, diese Studie außerhalb der Steiermark finanzieren zu lassen, und es ist mir, glaube ich, gelungen! Es wird die Bundeswirtschaftskammer einen großen Brocken dafür zahlen und den Rest, glaube ich, der Herr Vizekanzler Busek. Ich sage das deswegen dazu, weil wir ja mit der Kostenfrage noch sehr sorgsam umgehen müssen und ich schon der Meinung bin, daß die öffentliche Hand, wenn sie dazu

steht, einiges locker machen muß, aber daß wir selbstverständlich um jeden privaten Sponsor und jede private Spende in diesem Zusammenhang auch kämpfen werden. Jetzt aber zu den Kosten. Und, lieber Günter Dörflinger, darf ich um eines bitten. Das ist für mich schon ein Fall und eine Frage intellektueller Redlichkeit. Es wird hier einfach in den Raum gestellt, das kostet 15 bis 20 Milliarden Schilling, und das Defizit in Lillehammer beläuft sich auf 14 Milliarden Schilling. Bitte, der Aufklärung halber darf ich folgendes sagen. Wenn wir Olympische Winterspiele durchführen wollen, sind da natürlich eine Reihe von großen Maßnahmen zu setzen. Der erste und der wichtigste Brocken ist die Frage des Ausbaus von Infrastruktur, primär die Verkehrsgeschichte, die Kollege Getzinger angesprochen hat – ich teile weithin seine Meinung und seine kritische Einschätzung in diesem Zusammenhang. Ich sage aber auch, hier hat die Steiermark unendlich viel bessere Voraussetzungen, als sie Lillehammer oder Albertville gehabt haben, enorm viel bessere Voraussetzungen. Ich möchte aber dazusagen, über den Hebel Olympische Winterspiele – und das war in Lillehammer in einem extremen Ausmaß der Fall, daß die gesagt haben, wir investieren aus diesem Anlaßfall her innerhalb von wenigen Jahren das, was wir sonst in 20 oder 30 Jahren nicht bekommen hätten. Und ich sage noch einmal, wenn es uns gelänge, die Bundesregierung dazu zu bewegen, und ich werde dazu auch noch eine Bemerkung machen, uns zum Beispiel im Bereich des Bahnausbaus einige Projekte vorzuziehen, ich glaube, das kann ja nur ein gemeinsames steirisches Interesse sein. Dagegen können wir doch nichts haben. Und wenn das 5 oder 10 Milliarden Schilling kostet, dann ist das gut und wird aus Anlaß von Olympischen Spielen vielleicht diesen Olympischen Spielen als Kostenfaktor zugerechnet, nur hat es nichts mit Olympischen Spielen zu tun. Wir brauchen diesen doppelgleisigen Ausbau. (Abg. Vollmann: „Wer hält die Steiermark auf, ohne Olympia diese Investitionen zu tätigen?“) Heinz, bin ich ganz bei dir. Nur wissen wir beide, Politik ist und bleibt anlaßbezogen. Und darf ich dir ganz offen etwas sagen. Mir hat ein Minister der Bundesregierung gesagt: „Jawohl, wir stehen voll und ganz hinter der Geschichte“. Und er sagte mir ganz offen: „Das ist die einzige Möglichkeit, wie die Steiermark in den nächsten 15 Jahren vom Bund wirklich etwas bekommen kann, was über das Ausmaß Finanzausgleich oder andere Wohltaten für die Länder hinausgeht.“ Und das meine ich, diese Gelegenheit sollten wir zumindest versuchen, für die Steiermark in Angriff zu nehmen.

Und weiter, meine verehrten Damen und Herren, zum Beispiel in der Rechnung des Günter Dörflinger ist das bei den 14 Milliarden ausgewiesen als Defizit, und das ist bitte, mit Verlaub gesagt, intellektuell nicht redlich. (Abg. Vollmann: „Ohne Folgekosten?“) Daß die Bahn Folgekosten hat, das wissen wir. Warte, ich komme noch zu einigen anderen Punkten. Der nächste Brocken in dem Zusammenhang ist der Wohnbau bekanntlich. Und, meine verehrten Damen und Herren, ich weiß, daß wir heute Wohnungen brauchen, daß wir morgen Wohnungen brauchen, überhaupt keine Frage. Wir werden aber auch im Jahre 2002 oder 2006 im Großraum Graz allzumal viele Wohnungen brauchen, und das ist ja bitte um Gottes willen kein verschwendetes Geld.

Und jetzt komme ich auf den Kernpunkt. Der dritte Faktor für mich ist der Sportstättenbau – (Abg. Vollmann: „Warum ist Innsbruck nicht gekommen, wo alles da ist?“) auf Innsbruck komme ich gleich, lieber Heinz!

Dritter Punkt, der Sportstättenbau, meine Damen und Herren. Da sind wir in der Steiermark Gott sei Dank in einer außerordentlich tollen Ausgangslage. Zum Unterschied von Lillehammer wiederum und zum Unterschied von Albertville haben wir für den gesamten alpinen Bereich nicht die Frage, was bauen wir wohin, wo hauen wir welche Bäume um? Sondern wir können sogar unter homologierten Strecken aussuchen und sagen, machen wir es da oder machen wir es dort. Wir haben also für den gesamten alpinen Bereich alles. Wir haben anlässlich der WM 1982 auch unter Beweis stellen können, daß wir so etwas können. Wir haben im Jahre 1999 oben in der Ramsau die Nordische WM. Was bleibt, ist ein großer Brocken, ich möchte das nicht verheimlichen, das ist der Hallenbau für sämtliche Eislaufbewerbe, und den haben wir im Großraum Graz, das geht hinauf bis Kapfenberg und Zeltweg, uns vorgestellt anzusiedeln. Und darf ich da ganz offen etwas sagen, das ist für uns auch bitte eine Frage der Klugheit, und weil die Nachnutzung angesprochen wurde. Wir werden in diesem Großraum Graz, wenn wir ihn ordentlich entwickeln wollen, ohnedies ein bis zwei größere Hallen brauchen, und es wäre ein guter Anlaßfall, die Hallen für die Nachnutzung zu verwenden. Und wir haben uns auch schon überlegt, wie wir die eine oder andere Halle, die wir zusätzlich brauchen, nachher möglicherweise auch einer optimalen anderweitigen Wiederverwertung zuführen können. Und ich bitte, lieber Günter, weißt du, ich bin sehr einverstanden mit jedem Gegenargument, und wenn einer sagt, ich bin prinzipiell gegen so etwas, weil ich andere Bereiche für wichtiger halte, dann bin ich sehr einverstanden. Lassen Sie mich ganz offen etwas sagen, weil vorhin von einem Kollegen die Frage Spitäler oder Olympia angesprochen wurde. Schauen Sie, wenn die Frage so heißt „Spitäler oder Olympia“, sage ich unmißverständlich, bin ich für Spitäler. Und wenn die Frage heißt „Frauenhaus oder Olympia“, bin ich für Frauenhaus, meine verehrten Damen und Herren! (Abg. Dr. Flecker: „Sie verhalten sich nur anders! Sie reden anders, als Sie handeln!“) Nein, bei den Spitälern, da werden wir morgen darüber reden, und darf ich Ihnen eines sagen, sind wir absolut der Meinung, daß wir bitte die Sache ganz locker werden lösen können. Nur, es bedarf hier halt schon auch der Mitarbeit aller Betroffenen und vor allem derer, die bitte seit 49 Jahren dieses Ressort innehaben. Und, liebe Frau Kollegin Rieder, Sie wissen, wie sehr ich Sie schätze, wenn Sie das Geld für das Frauenhaus aus Ihrem Budget nicht auftreiben, dann melden Sie sich bei uns, wir werden dafür Sorge tragen, daß diese paar hunderttausend Schilling aufgetrieben werden. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Flecker: „Heißt das, daß wir zur ÖVP um Geld kommen müssen? Das ist eine Frechheit!“) Herr Kollege Flecker, darf ich Ihnen einen Vorschlag machen? Wir haben den Vereinen – (Abg. Minder: „Sie können mitgehen mit dem Antrag. Die Stunde der Budgetwahrheit kommt heute noch!“) Nein, Frau Kollegin Minder, mir geht es gar nicht darum, ob es im Ressel-Budget so oder so drinnengestanden ist. Ich mache

Ihnen einen Vorschlag, Herr Kollege Flecker: Weil ich das für eine wichtige Einrichtung halte, wie im übrigen alle da, ohne jede Ausnahme. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: (Abg. Dr. Flecker: „Eine wichtige Einrichtung, darum die Kürzung!“) Ich habe meine Vereine, meine Sportvereine, gebeten und gesagt „paßt's auf, wir haben 40 Millionen, 41 Millionen, 39 oder 38 Millionen, seid mir nicht böse!“ In den fünfziger Jahren haben sich die Kinder und die Buben ihre Fußball-latschen irgendwo erbetteln müssen, und sie haben zum Teil besser gekickt als heute. Es kommt nicht darauf an, ob man zu jeder Stunde gleichviel Geld hat als im Vorjahr, man kann auch Schwerpunkte setzen! Und ich mache Ihnen offen einen Vorschlag, wenn die Frau Kollegin nicht auskommt, ich gebe aus der Sportförderung gerne die paar hundert Schilling für das Frauenhaus weiter. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Minder: „Ist das Ihre Anschauung über Budgetwahrheit? Glauben Sie, daß Sie das Geld in der Tasche haben?“) Nein, überhaupt nicht. Aber es ist die Frage, was man wem zumuten kann. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist eine Frechheit und Anmaßung! Sich so einer Kollegin gegenüber zu verhalten!“) Ich weiß, daß das Ihnen weh tut, weil Sie mir mit Ihren Propagandaschmähs nicht mehr spaziergehen können. (Abg. Dr. Karisch: „Das ist ein hilfreiches Angebot! Wenn wir alle zusammenarbeiten, schaffen wir alles, was notwendig ist!“ – Präsident Dr. Klausner: „Hohes Haus, ich bitte, diese Unterhaltungen einzustellen! Ich verstehe kein Wort dahier. Genauso wird es dem Kollegen Hirschmann gehen. Es hat keinen Sinn, wenn alle gleichzeitig reden. Man versteht kein Wort, außer einem heillosen Tohuwabo!“)

Meine verehrten Damen und Herren, es war ein redliches Angebot, zu dem ich absolut stehe, damit das klar ist, weil sich gewisse Propagandaschmähs auch aufhören sollen und müssen. (Abg. Dörflinger: „Ist das ein Abänderungsantrag für das Budget?“ – Abg. Dr. Maitz: „Das ist ein ernstes Thema, machen Sie Ihre Schmähs woanders!“) Lassen Sie mich ein weiteres sagen. (Präsident Dr. Klausner: „Am Wort ist der Herr Landesrat Dr. Hirschmann! Hohes Haus! Ihr gebt euch alle dem Irrtum hin, daß man da etwas versteht, wenn alle gleichzeitig reden. Das geht alles unter in einem heillosen Kauderwelsch. Laßt bitte den Landesrat Dr. Hirschmann sein Schlußwort halten!“) Nein, mir macht das gar nichts. Ich meine, und das ist meine Auffassung von Politik, daß man so flexibel sein muß, daß man dringende Probleme auch rasch lösen kann, und das war mein Vorschlag, und dazu stehe ich auch hundertprozentig. (Abg. Trampusch: „In der Sportförderung?“) Die Frau Kollegin wird ihn sicher richtig verstanden haben! Und lassen Sie mich zurückkommen auf die Kostenfrage. Was ist, Barbara? (Abg. Gross: „Wenn du den Vorschlag gestern gemacht hättest, hätte ich ihn dir sogar geglaubt!“) Ich bin erst heute zu Wort gekommen, ja. Und ich tue nicht vorher gerne etwas sagen, bevor ich nicht dran bin, du kennst mich, ja? (Abg. Trampusch: „Es hat schon Budgetverhandlungen gegeben, wo die Wünsche der Ressorts vorher bekannt waren!“) Weißt du, lieber Franz Trampusch, ich glaube, die Sache müßt ihr wirklich mit dem Kollegen Ressel ausmachen. Mein lieber Freund Franz, die Geschichte müßt du dir mit dem Ressel ausmachen, was er hineingenommen hat oder nicht. Ich habe nur das Gefühl, es ist ein dringendes Problem da,

und das muß man lösen, aus, Schluß, fertig, Ende! Also, mein Angebot steht, bitte was daraus gemacht wird, wird die Zukunft weisen. (Abg. Trampusch: „Das ist ja unseriös!“)

Zweiter Punkt, lieber Günter Dörflinger. Ich möchte hier nicht verhehlen, und ich möchte dich schon bitten im Sinne dessen, was der Kollege Schützenhöfer gesagt hat, ich wäre dankbar für eine dann doch bald einmal gültige Meinungsäußerung des Franzl, vielleicht soll ich doch dich ansprechen, des Klubs der SPÖ, weil die Regierung steht hinter der Olympiabewerbung, hat der Kollege Ressel vorhin gesagt, und beim Klub kenne ich mich nicht ganz aus. Und ich möchte das durchaus im untertänigsten Sinne einer Bitte sagen, weil ich das für eine wichtige Sache halte, und ich glaube, das Projekt ist nur dann zu bewerkstelligen, wenn es auch eine gemeinsame Geschichte ist. Und darf ich ganz offen sagen, ich bin sehr dankbar, daß der Herr Bundeskanzler Vranitzky gesagt hat, er kann sich das vorstellen, und er steht dem steirischen Ansinnen positiv gegenüber. Der Herr Vizekanzler Busek hat ausdrücklich mehrfach versichert, er wird diese Bewerbung selbstverständlich unterstützen. Ich bin sehr dankbar, daß der Kollege Schmid und der Kollege Vesko ausdrücklich ihre Unterstützung bekundet haben. Ich bin außerordentlich dankbar dem Nachbarn da drüben, dem Herrn Bürgermeister Stingl und dem gesamten Stadtsenat, die ausdrücklich hinter der Bewerbung stehen. Ich bin dankbar dem Präsidenten Erich Schmidt, dem Präsidenten Franz Gady, dem Dr. Pfohl, die ausdrücklich erklärt haben, sie würden sich hundertprozentig für diese Sache engagieren. Und darf ich ganz offen was sagen: Abhängig von der Unterstützung der Sportverbände oder wem immer auch, auch noch einmal in aller Offenheit.

Warum auch das Tempo der Bewerbung eine Rolle spielt, denn ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß uns das Jahr 2006 viel realistischer und anstrengender erscheint als das Jahr 2002. Aber weil wir annehmen müssen, daß Tirol oder Salzburg oder ein anderes Bundesland in jedem Fall wieder antreten wird, um eine künftige Bewerbung einzubringen. Und noch etwas ganz offen zur Frage der Bewerbungen. Es gibt erstmals für das Jahr 2002, ich glaube, ich habe es hier im Hohen Haus schon gesagt, zehn Bewerberstätten. Und ich muß doch annehmen, daß die Länder sich alle etwas dabei denken. Das sind ja doch nicht nur Länder, die ein Geld verschwenden wollen, die ein Geld hinauswerfen wollen, sondern ich nehme an, das hat ja auch einen tiefen Sinn, eine solche Bewerbung, und ich selber, ich verhehle nicht, es gibt ja auch Studien über die Olympischen Winterspiele in Tirol erstmals und zweitmals, wo ja ganz klarerweise nachgewiesen werden kann, welchen enormen, lieber Günter, regionalpolitischen Nutzen das für Tirol insgesamt gebracht hat. Und weil du auch die Veranstaltung selbst angesprochen hast, bitte, ich kann mich da nur beziehen auf ein Zitat des Dr. Jungwirth, den Generalsekretär des ÖIC, der mir persönlich versichert hat, daß seit Calgary alle Olympischen Winterspiele – die Veranstaltung, wenn ich jetzt die Investitionskosten für die Infrastruktur abrechne, was ich redlicherweise tun muß mit Gewinn abgeschlossen haben. Ich bin aber gerne bereit, mit dem Generalsekretär des Olym-

pischen Komitees von Lillehammer, lieber Günter, und mit unserem Generalsekretär ein Gespräch zu führen, und es läge mir daran, weil man dann glaube ich mit denen, die so etwas schon gemacht haben, in aller Offenheit eine solche Sache auch besprechen kann.

Meine verehrten Damen und Herren, ein zweiter wichtiger Punkt, weil das auch von German Vesko angesprochen wurde und von Günter Dörflinger, die Frage der Bewerbungskosten. Selbstverständlich sind 50 Millionen Schilling sehr viel, gar keine Frage, aber darf ich nur, in Klammer sozusagen, anmerken, auch hier ist die Frage, was man mit dem Geld macht und was sonst so alles geschieht. Ich glaube, daß eine Bewerbung selbstverständlich, und da bin ich unterschiedlicher Meinung zum Kollegen Dörflinger, der Steiermark und Graz einfach schon in der Bewerbungsphase, wenn man es gut macht, etwas bringen kann. Mit welchen Journalisten er geredet hat, die nicht gewußt haben, wer sich gleichzeitig mit Lillehammer beworben hat, das weiß ich nicht. Mir wären jedenfalls auf Anhieb einige Bewerberstädte eingefallen, macht nichts, ist kein Problem. Aber ich meine, daß man auch aus so einer Bewerbungsphase heraus für sein Land schon sehr viel lukrieren kann. Ganz unterschiedlicher Meinung bin ich zum Kollegen Getzinger, was, wenn ich Sie richtig verstanden habe, die Auswirkungen auf den Fremdenverkehr anbelangt. Ich glaube, daß Olympische Winterspiele selbstverständlich als Motor auch einer enormen Fremdenverkehrswerbung da zu sein hätten. Ich glaube, daß die Steiermark sowohl quantitativ als auch qualitativ unendlich viel noch an Entwicklungsressourcen hat. Wo denn sonst, bitte, wenn nicht im Fremdenverkehr? Und irgendetwas brauchen wir, wovon wir in Hinkunft auch leben können. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Auch die Dachstein-Tauern-Region?“) Selbstverständlich, gerade dort ist ein Qualitätssprung, nicht ein Quantitätssprung, aber ein enormer Qualitätssprung notwendig, unabdingbar notwendig. Da sind sich im übrigen alle Fachleute sehr einig in diesem Zusammenhang.

Und, lieber Heinz Vollmann, bitte darf ich dich kurz noch einmal ansprechen, weil du gesagt hast, 20 Milliarden Schilling hinausschmeißen. Ich glaube, ich habe zumindest in einigen Brocken aufzeigen können, wofür 10, 15 oder 7 Milliarden Schilling notwendig wären. Und ich darf gleich hinzufügen, wir werden auch eine Grobkostenabschätzung, selbstverständlich bis die Bewerbungsunterlagen eingereicht werden müssen, und das ist der 18. August, vorlegen und vor allem der Bundesregierung ja auch vorlegen müssen, mit der wir verhandeln werden. Aber wenn du vom Geldhinausschmeißen redest, ich möchte hier wirklich keinen polemischen Ton hineinbringen. Nur, wenn ich denke, was in die verstaatlichte Industrie hineingeflossen ist, wenn ich denke, was in die AMAG hingeschmissen wurde et cetera, et cetera. Weißt, dann würde ich nicht so leichtfertig sagen, für so ein Projekt werden Milliardenbeträge hinausgeschmissen. Schwamm darüber, traurig genug alles miteinander. Ich würde nur meinen, daß man hier auch ein bißchen redlich miteinander umgehen sollte. Eine weitere kurze Anmerkung, Kollege Dörflinger, zu dir. Es gibt von niemandem irgendwelche Versprechungen über die Austragungsorte. Wir waren nur der Meinung, und

wir haben an diesem Projekt seit einigen Jahren mit einigen Sportlern der Steiermark und mit einigen anderen Freunden, die der Idee was abgewinnen konnten, überlegt, und wir haben gesagt, wir legen es an auf ein möglichst dezentrales Projekt. Aus guten Gründen. Weil das IOC heute ja fordert, daß erstens auf die Frage der Ökologie Rücksicht genommen wird, zweitens die Frage der Nachnutzung eine ganz entscheidende Frage auch ist. Und da meinen wir halt, daß eine möglichst weite Streuung der Austragungs-orte im Hinblick auf die Nachnutzung das beste wäre. Ob wir damit schlußendlich dann durchkommen oder nicht durchkommen bei den internationalen Fachverbänden oder beim IOC, das ist eine andere Frage, ist aber auch ein Entwicklungsprozeß, der in Diskussion ist. Und der Herr IOC-Präsident hat mir selber vor einem dreiviertel Jahr gesagt, er hält ein solches Modell für ein durchaus taugliches Mittel einer Bewerbung. Und wegen der Bob- und Rodelbahn, bitte schön, Günter, das wird sich auch deiner Kenntnis entziehen, es wurde seinerzeit auch, weil das natürlich eine umstrittene Sportart ist in diesem Zusammenhang, in Lillehammer lange diskutiert, ob man in Innsbruck-Igls fahren soll. Und du weist wahrscheinlich, daß Salt Lake City, einer der Mitbewerber für 2002, überlegt, in Calgary die Bobbahn zu machen. Auf jeden Fall, in der Bewerbung müssen wir einen Standort nennen, und der Bürgermeister von Liezen, dir nicht unbekannt, Freund Kaltenböck, hat sich ausdrücklich mit einem Brief bei mir gemeldet und Liezen als einen der Standorte angeboten. Also versprochen ist bei Gott niemandem etwas geworden, aber wir haben versucht, ein möglichst breites Konzept zu erstellen.

Zu zwei Punkten noch kurz einige Anmerkungen. Die Frage der Volksbefragung. Ich sage da ganz offen und bitte im Sinne der alten Griechen „panta rhei“, alles fließt und alles ist in der Entwicklung. Ich bin der Meinung, daß solche Projekte ja auch von unten wachsen sollen.

Frage der Volksbefragung: Jawohl! Es war ja zunächst durchaus auch meine – wie im übrigen die von euch geforderte – Idee, daß man eine Volksbefragung oder Volksabstimmung durchführen sollte. Wir haben damals, als wir den Regierungsbeschluß gefaßt haben, allerdings noch das Faktum gehabt, daß der 1. November Einreichdatum war, und es ist jetzt vorgezogen worden auf den 18. August. Und das hat sich dann in Diskussionen mit dem Herrn Bürgermeister Stingl, der Gott sei Dank wirklich mit Feuereifer hinter dieser Sache steht, folgende Idee entwickelt, daß wir gesagt haben, bitte schön, im Juni können wir nicht noch eine Abstimmung machen. Das tun die Leute nicht gerne, daß sie zweimal zu einer Volksbefragung hingehen. Und wir wollten die EU-Volksabstimmung nicht koppeln mit der Olympiageschichte. Dann haben wir gesagt, im Herbst sind Nationalratswahlen, das wollen wir auch nicht koppeln. Und jetzt waren wir der Meinung, und das war eine Anregung von ihm, die ich sehr gerne aufgegriffen habe, daß man möglicherweise durch diese Vorverlegung dieser Einreichungsfrist und den auf zwei Etappen verlegten Prozeß der Entscheidung beim IOC, wer es dann schlußendlich wird, durchaus der Meinung sein könnte, daß man diese Volksbefragung erst im Jahre

1995 durchführt. Das war bitte die Entwicklung dieser Sache, und da kann man natürlich leichtfertig sagen, einmal wird dies gesagt, einmal wird das gesagt. Ich bin hier der Meinung, daß der Vorschlag des Bürgermeisters Stingl ein sehr brauchbarer ist. Dann kam die Diskussion, von der German Vesko heute gesprochen hat, das war vor einigen Wochen, Anfang März, wenn ich mich recht erinnere, in Schladming oben, wo unter dem donnernden Applaus aller anwesenden Bürgermeister und Regionsvertreter der German Vesko seinen Vorschlag gemacht hat, daß man auf die Volksbefragung, auch aus finanziellen Gründen, verzichten solle. Und im übrigen, das möchte ich nur in Klammer noch hinzufügen, bei einem Projekt, wenn wir sagen, und da wird ja nicht die Verfassung geändert oder Grundpfeiler des Staates, wie bei der EU-Volksabstimmung, die Bundesregierung ist dafür, die Landesregierung ist dafür, Graz ist dafür – als Bewerberstadt –, die Regionen sind dafür, die Bürgermeister dort mit ihren Städten sind dafür, dann soll das ja auch ein gewisses Gewicht haben, denn so etwas wird man ja nicht leichtfertig machen. Wäre also auch eine zusätzliche Überlegung gewesen. Ich sage ganz offen, daß ich den Vorschlag des Kollegen Vesko für einen außerordentlich brauchbaren halte, weil wir leben in einer freien Republik, und natürlich tut man leichter Unterschriften sammeln als man macht eine Volksbefragung oder eine Volksabstimmung mit dem üblichen Instrumentarium, nur, es ist viel billiger, es ist allerdings für uns auch auf einer privaten Ebene mehr Arbeit. Ich würde aber davor warnen zu glauben, daß die Leute nicht mündig genug wären, hier in ganz freier Art und Weise auch zu unterschreiben. Ich darf nur an das Beispiel erinnern seinerzeit Stadtautobahn Graz-Eggenberg, wie das dann ausgegangen ist, als das Mißtrauen von oberster Stelle kundgetan wurde und gesagt worden ist, „na, Moment, ob die Unterschriften etwas wert sind, das werden wir uns erst anschauen“. (Abg. Vollmann: „Zur Volksbefragung: Denk daran, im Ennstal hat man zu spät gefragt; wir wollen nicht, daß man bei der Olympiade auch zu spät fragt!“) Heinz, bin ich ganz bei dir! Ich bekenne das offen, daß im Ennstal sehr viel Zeit verstrichen ist, daß das ein allzu langes Projekt für uns alle ist. Du kennst auch die Entstehungsgeschichte. Es war nur damals eben die Meinung, daß wir gesagt haben, in dieser Situation wäre das möglicherweise ein Ausweg, um die Sache noch zu einem guten Ende zu bringen. Also bitte, ich bin da für jede Geschichte offen. Ich würde nur vorschlagen, lieber Franz Trampusch, wenn ich dich bitten darf. Daß man die Sache insofern offenhält und sagt, bitte, daß man im Kreise der Regierung und der Klubs die Frage noch einmal diskutiert und dann einer endgültigen Entscheidung zuführt. Das sage ich auch – wenn ich das darf – im Interesse des Grazer Bürgermeisters und anderer betroffener Bürgermeister.

Und zu einer letzten Geschichte. Der Dörflinger hat aus verständlichen Gründen, glaube ich, den Raum verlassen. Die Frage der Vorbereitung. Damit es da keinen Irrtum gibt. Weil gesagt worden ist, für die Spitäler ist alles vorbereitet, und da ist nichts vorbereitet. Ich möchte nicht polemisch sein, aber die Spitäler, da hat der Kollege Strenitz fast zehn Jahre Zeit gehabt, seine Planungen zu bewerkstelligen, sie liegen am Tisch. Bei uns haben die Herren Josel und Marchner an der Spitze mit einer großen Crew von Arbeitskreis-

leitern und Mitarbeitern in zwei Monaten eine derartig phantastische Arbeit gemacht, wie sie sonst in Jahren passiert, und dafür bin ich außerordentlich dankbar, meine verehrten Damen und Herren.

Und ich bin stolz – das sage ich auch ganz offen –, daß so etwas in der Landesverwaltung überhaupt möglich ist. Es ist allerdings eine außergewöhnliche Leistung, und lassen Sie mich noch etwas dazu sagen. In Lillehammer hat man schlußendlich auch 13 Jahre lang gebraucht. 1981 wurde dort mit den Vorbereitungen begonnen, und es hat auch in einem kleinen Kreis angefangen, hat sich dann entwickelt nach dem Schneeballsystem und ist dann schlußendlich zu dieser prachtvollen und faszinierenden Veranstaltung geworden. Ich meine, man muß eine Idee einfach wachsen lassen, man soll die Leute mitreden lassen, und da bin ich noch einmal beim Kollegen Getzinger. Ich habe selbstverständlich in den letzten Wochen auch Kontakte zu Umweltschutzgruppen geknüpft, und da gibt es natürlich zum Teil sehr fundamentalistische Gegner – ist in Ordnung. Es gibt aber überall dort, Gott sei Dank, ansprechbare Partner, und ich habe gebeten und gesagt, sollten wir in eine ernsthafte Phase der Realisierung kommen, wird die Stimme des Umweltschutzes bei uns besonderes Gewicht haben und auch echt eingebunden werden.

Lassen Sie mich, meine verehrten Damen und Herren, zum Ende kommen, und ich würde nur um eines bitten in diesem Zusammenhang: Ich habe ausführlich, glaube ich, darauf hinweisen können, daß ein solches Projekt natürlich immer die Geister scheiden wird und daß es einiges an Proargumenten gibt und durchaus einiges an Kontraargumenten. Ich würde nur bitten, daß man im Interesse der Steiermark und sozusagen im Gedanken olympischer Fairness gegenüber einem solchen Projekt sich bemüht, die Progeschichte zu beleuchten, die Kontrageschichte zu beleuchten und dann zu einer Entscheidung zu kommen. Ich glaube, dann kann die Entscheidung nicht schwerfallen und wird schlußendlich eine Entscheidung für Olympische Winterspiele in der Steiermark sein. Danke! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 15.44 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (15.45 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem sowohl Landesrat Dr. Hirschmann wie auch andere Kollegen mich angesprochen haben, Kollege Schützenhöfer, und aufklären wollten, welche Haltung der SPÖ-Klub hat, darf ich in aller Kürze etwas dazu sagen, möchte vorweg aber einmal die Frage anschnitten, die jetzt der Herr Landesrat Dr. Hirschmann im Zusammenhang mit sozialökonomischen oder überhaupt sozialen Projekten, deren Finanzierung sehr schwierig ist, gesagt hat.

Wir sind immer der Auffassung, wenn es für notwendige Projekte von irgendwoher eine Finanzierungsmöglichkeit gibt, dann soll man das in Anspruch nehmen, und daher werden wir schon einen Weg finden, durch einen Abänderungsantrag und budgetgetreu und der Budgetwahrheit gemäß dann auch jene Beträge dort zu verankern; der Landtag hat die Möglichkeit in diesen Tagen der Gestaltung und der Ver-

änderung. Und wenn Kollege Dr. Hirschmann sagt, er hat genug Geld im Sportbudget, um etwas abzugeben, dann wird die Frau Landesrätin Dr. Rieder natürlich sofort diese Möglichkeit wahrnehmen. Es gibt ja übrigens einen einstimmigen Regierungsbeschluß, daß diese sozialökonomischen Projekte zu finanzieren sind. Im Sinne dieses Beschlusses ist es kein Problem. Aber dann machen wir es gleich so, wie das immer gehandhabt wird, daß man diese Mittel von vornherein zur Verfügung stellt. Ich war nur ein bißchen überrascht, woher der Kollege Dr. Hirschmann plötzlich mehr Beträge nimmt. Ich darf das jetzt aber auch dem Gerhard sagen. Ich bin auf folgendes draufgekommen, worüber wir uns freuen: Er spart ja beim Sportbudget, wie er im Rationalisierungs-Ausschuß angekündigt hat. Da hat er nämlich – und das stimmt, ich habe das schriftlich vor mir – gesagt, in der Untergruppe 269 werden bei Sport 2,380.000 Schilling eingespart. Wenn man die Ziffern vergleicht, die jetzt im Budgetentwurf enthalten sind, den wir heute in der Gruppe beschließen, ist also der Unterschied 811.000 Schilling. Da ist schon eine kleine Reserve drinnen. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist falsch!“) Nachrechnen bitte! Nachrechnen! Aber ich sage nur, es ist mir nur aufgefallen, vielleicht ist da eine Möglichkeit gewesen, etwas abzugeben, ohne die Sportvereine dadurch zu schädigen. Aber das kann man ohne weiteres in der vorgeschlagenen Form durch einen Abänderungsantrag machen, und es ist ja einem guten sozialen Zweck damit gedient. Das ist in Ordnung.

Ein Zweites: Herr Landesrat, wie du gesagt hast Lillehammer, und die Beträge genannt hast. Es ist noch einmal festzuhalten, daß die zuständige Kulturministerin Cleveland gesagt hat, diese 12 Milliarden sind ohne Infrastrukturkosten, da sind die Infrastrukturkosten nicht dabei. Bitte, in der „Presse“ vom 10. April 1994 wird hier diese Aufstellung gemacht. Ich kann mich nur darauf berufen. Und es ist auch bekannt, daß die Einnahmen 5 Milliarden betragen haben, also es ergibt sich daher von selbst, daß hier die Kosten, sprich das Nettodefizit, in der Höhe vorhanden war, die genannt worden ist von den Mitgliedern meines Klubs.

Und nun abschließend zu unserer Haltung selbst, sie wurde ja betont, und wir haben einen Beschlußantrag eingebracht, damit auch der Kollege Schützenhöfer weiß, woran er ist. Sport ist ein Wettbewerb, auch in der Politik gibt es einen Wettbewerb der Leistungen, der Ideen, der Grundsätze, der Prioritäten, wie man das will – in Ordnung. Aber dieser Wettbewerb muß mit fairen Regeln ausgetragen werden, und man muß sich dann der Entscheidung des Schiedsrichters beugen. Und der Schiedsrichter – und das haben wir von der ersten Minute an gesagt – muß bei der Größenordnung und bei der Dimension das Volk sein, und sonst niemand, und daher bestehen wir darauf, daß das Volk der Schiedsrichter bleibt. Und es ist klar, daß jede Schiedsrichterentscheidung anzuerkennen ist. Wenn die Mehrheit bei einer Volksbefragung sagt „jawohl, wir wollen die Olympiade in der Steiermark“, werden wir die ersten sein, die da mittun, nur, das muß man zur Kenntnis nehmen. Und um das auch tatsächlich entsprechend anzubieten; mit richtigen Zahlen und Größenordnungen brauchen wir diese Unterlagen, die wir in unserem Beschlußantrag gefordert haben.

Nun sind wir aber sicherlich nicht der Auffassung, daß man zwischen Tür und Angel den beiden anderen Klubs das hingibt und sagt, da müßt's jetzt mitstimmen oder nicht. Wir sind daher gemeinsam zur Auffassung gelangt, daß nicht heute über diesen Beschlußantrag der SPÖ bezüglich einer Volksabstimmung oder Volksbefragung abgestimmt werden soll, sondern daß alle drei Klubs bis morgen bis zur Gruppe 9 die Möglichkeit haben sollen, weil es hier ja in erster Linie auch ein finanzielles Problem ist, doch zu einer gemeinsamen Formulierung zu kommen, aber immer unter der Voraussetzung, daß am Ende eine Volksbefragung die Entscheidung in der Steiermark herbeiführen wird, ob wir uns endgültig um eine Olympiade bewerben, ja oder nein. Und in dem Sinne ist unsere Haltung zu verstehen, Kollege Schützenhöfer und alle, die es bisher nicht so registriert haben. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.51 Uhr.)

Präsident: Ich danke. Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 2 nicht vor. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Kindergartenförderung.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden.

Das ist geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Minderheitsantrag der Abgeordneten Ussar, Dr. Flecker, Dörflinger und Gross, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 2, zweitens über den Antrag des Herrn Berichtstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 und drittens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend mehr Kindergartenförderung.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der Abgeordneten Ussar, Dr. Flecker, Dörflinger und Gross, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichtstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Kindergartenförderung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezial-

debatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die Soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Ich erteile nun dem Berichtstatter, Herrn Abgeordneten Günther Prutsch, zum ersten Teil der Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt – (Ansätze 41 bis 46) das Wort.

Bericht über die Posten und Ansätze des ersten Teiles der Gruppe 4 Soziale Wohlfahrt – (Ansätze 41 bis 46) und über den Minderheitsantrag von Abgeordneten der SPÖ.

Abg. Günther Prutsch (15.56 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das so wichtige Kapitel Soziale Wohlfahrt umfaßt folgende Ansätze: Allgemeine öffentliche Wohlfahrt, Einrichtungen der allgemeinen Sozialhilfe, Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe, Einrichtungen der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Blindenhilfe, Hilfe für Kriegsoffer und Geschädigte nach dem Opferfürsorgegesetz, Pflegesicherung, Freie Wohlfahrt, Entwicklungshilfe im Ausland, Flüchtlingshilfe, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Jugendwohlfahrt, Erziehungsheime, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Behebung von Notständen, Maßnahmen, sozialpolitische Maßnahmen, Altersvorsorge, sonstige Maßnahmen, familienpolitische Maßnahmen, Familienlastenausgleich sowie sonstige Maßnahmen.

Ausgaben sind vorgesehen in der Größenordnung von 69.989.000 Schilling. Namens des Finanz-Ausschusses beantrage ich die Annahme der Ansätze 41 bis 46.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichtstatter und erteile der Frau Abgeordneten Minder das Wort.

Abg. Minder (15.57 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Steiermärkische Landesregierung hat am 17. Jänner 1994 folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt. Die Steiermärkische Landesregierung wird sich für eine ausreichende Dotierung, vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages zum Landesvoranschlag 1994, für folgende Projekte besonders einsetzen: sozialökonomische Projekte zirka 15,7 Millionen Schilling, Verein Grazer Fraueninitiative (Grazer Frauenhaus) 1,5 Millionen Schilling, Tagesmutterprojekt 9 Millionen Schilling, weiters für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für soziale Berufe 3,5 Millionen Schilling.

Entgegen diesem Beschluß hat die Mehrheit in der Regierung folgende Ansätze beim Sozialressort beschlossen. Nur 10 Millionen Schilling für sozialökonomische Projekte, nur 900.000 Schilling für das Frauenhaus und nur 4 Millionen Schilling für das Tagesmutterprojekt und keine Mittel für die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für soziale Berufe. Es findet sich nur eine Formulierung, daß zusätzliche Mittel aus dem Ansatz Allgemeine Verfügungsmittel zu entnehmen sind. Da es dazu jedoch noch keinen Freigabebeschluß gibt, kann nicht abgeschätzt werden, ob

beziehungsweise in welcher Höhe zusätzliche Mittel tatsächlich gewährt werden können.

Am 20. Dezember 1993 hat die Landesregierung einstimmig den Beschluß gefaßt, der Caritas für die Errichtung einer Fachschule für Altendienste für Berufstätige in Rottenmann einen Förderungsbeitrag von 677.960 Schilling und für die Errichtung einer Lehranstalt für heilpädagogische Berufe in Graz einen Förderungsbeitrag von 632.300 Schilling zu gewähren. Für die Weiterführung dieser Schulungseinrichtungen stehen im Landesbudget jedoch keine Mittel zur Verfügung. Somit erfüllt das Land seine Verpflichtungen im Aus- und Fortbildungsbereich nicht.

Für die steirischen Behindertenorganisationen, wie Lebenshilfe, Jugend am Werk oder Steirische Vereinigung, waren in den vergangenen Jahren jeweils 5 Millionen Schilling an Förderungsmitteln vorgesehen, obwohl der Bedarf viel höher lag. Über den Erlös des Zuschlages zur Lustbarkeitsabgabe war es dennoch möglich, über die veranschlagten 5 Millionen Schilling hinausgehende Subventionsanträge von Behindertenorganisationen positiv zu erledigen. Da aber für heuer kein Erlös mehr gegeben ist, war vom Finanzreferenten eine Erhöhung der Förderungsbeiträge an die Behindertenorganisationen von 5 auf 10 Millionen Schilling vorgesehen, was jedoch von der Regierungsmehrheit ÖVP-FPÖ abgelehnt worden ist.

Im Sozialressort ist bereits bisher sehr sparsam und mit Augenmaß gewirtschaftet worden. Fest steht aber, und es wurde bereits von der Frau Landesrätin gesagt, daß im Sozialbereich jeder Stillstand bereits einen Abbau des Leistungsangebotes darstellt.

Die Sozialpolitik in der Steiermark ist geprägt durch die traditionell gute Zusammenarbeit zwischen den Trägern der öffentlichen und privaten Wohlfahrt. Durch das Budgetprovisorium konnten jedoch keine verbindlichen Finanzierungszusagen des Sozialressorts an diese Vereine und Initiativen gemacht werden. Dadurch sind viele dieser Vereine und Initiativen, die ohne Subventionierung durch die öffentliche Hand nicht existieren können, in ihrer Existenz gefährdet. Dies trifft besonders auf jene Projekte zu, die auch Förderungsmittel der Arbeitsmarktverwaltung in Anspruch nehmen, denn häufig macht die AMV eine Förderungszusage von einer entsprechenden Förderungsbeteiligung durch das Land abhängig. Sie alle, von ÖVP und FPÖ, allen voran der Herr Landeshauptmann in seiner Sonntagsrede, verbürgen sich verbal, daß es zu keinen Kürzungen im Sozialbereich kommt. Dann frage ich Sie, warum die entsprechenden Stücke in der Landesregierung immer wieder zurückgestellt werden. Warum werden solche Ansätze, wie zum Beispiel für die sozialökonomischen Projekte, nicht im ordentlichen Budget verankert? Das wäre das klare Bekenntnis zu einer klaren Sozialpolitik. (Beifall bei der SPÖ.) Die Vereine und Projekte würden nicht ständig zu Bittstellern degradiert, sie könnten ihre ganze Kraft für ihre tatsächliche Arbeit verwenden, und nicht für Rennereien, Zittern und Bangen, ob endlich eine Zusage kommt und sie tatsächlich weiterbestehen können. Ihnen ist wie mir der Brief des Grazer Frauenhauses zugegangen. Ich begrüße sehr herzlich auf der Zuschauerгалerie die Vertreterinnen dieser Institution. (Beifall bei der SPÖ.) Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihren jahrelangen immensen Ein-

satz und für Ihre ausgezeichnete Arbeit! (Beifall bei der SPÖ.) Sie könnten sich einmal erkundigen, wie es geht, ja?

Das Frauenhaus ist eine Zufluchtsstätte für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder. Und seit der Gründung des Grazer Frauenhauses Ende 1981 haben 956 Frauen und 1123 Kinder hier Aufnahme gefunden, das sind im Schnitt 80 Frauen und 94 Kinder im Jahr. Ungefähr die Hälfte der Klientinnen kommt aus Graz, die andere Hälfte aus den steirischen Bezirken. Den Frauen und Kindern, die im Frauenhaus Schutz suchen, steht ein umfangreiches Betreuungsangebot zur Verfügung. Das Haus bietet Schutz und Sicherheit, eine individuell zeitlich begrenzte Unterkunftsmöglichkeit, Hilfestellung bei Behördenwegen, bei der Arbeits- und Wohnungssuche, psychologische Beratungsgespräche, Beratung bei Rechtsfragen, psychosoziale Betreuung der Kinder, Erziehungsberatung und Nachberatung.

Das Grazer Frauenhaus – und ich möchte das wirklich hier in aller Deutlichkeit sagen, weil sehr vieles, was in den letzten Tagen gesagt worden ist, nicht der Wahrheit entspricht – hat in den letzten Monaten wiederholt auf die schwierige finanzielle Situation hingewiesen und alle politischen Verantwortlichen im steirischen Landtag ersucht, die notwendigen finanziellen Mittel für das Frauenhaus nicht zu kürzen. Ich zitiere daher aus dem Brief: „Wir sind daher sehr bestürzt, daß der Subventionsbetrag von 1.500.000 Schilling, wie von der zuständigen Landesrätin Dr. Rieder beantragt, mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ gekürzt und auf 900.000 Schilling herabgesetzt werden soll.“ Tatsache ist, daß Zusatzvereinbarungen bezüglich des Frauenhauses in der Regierung vorgesehen waren (Abg. Köhldorfer: „Wo?“), die aber dann mit dem Budgetbeschluß wieder gefallen sind. Ich zitiere daher weiter: „Wir richten daher an Sie die Bitte, sich bei der Beschlußfassung des Budgets 1994 für die beantragte Subvention in der Höhe von 1.500.000 Schilling einzusetzen und dafür zu stimmen.“ Tun wir es!

Ich bringe am Ende meiner Rede einen Beschlußantrag, und dann schlägt für Sie, meine Herren und Damen von der ÖVP und FPÖ, die Stunde der Wahrheit. (Abg. Schinnerl: „Verfügungsmittel!“) Wir haben soeben ein Angebot von Landesrat Hirschmann bekommen, auch darüber können Sie heute schon abstimmen! Noch was zu Ihnen Herr Landesrat Dr. Hirschmann, ich weiß nicht, ob Sie jetzt noch hier sind. Ihr gönnerhaftes Gebaren ist einer seriösen Budgetpolitik nicht zuträglich. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun zu den Flüchtlingen in der Steiermark. Es gibt derzeit mit Stand vom April 1994 3800 registrierte De-facto-Flüchtlinge. 1137 sind in Familien untergebracht, 409 in integrativen Wohnungen, 824 in Gasthäusern und Pensionen, 794 in Heimen und Herbergen. Im Vorjahr wurden die Ausgaben aus dem außerordentlichen Haushalt bedeckt, Nachbedeckungen waren notwendig. Jetzt gibt es die Budgetpost endlich im ordentlichen Haushalt, ob mit diesen Mitteln das Auslangen gefunden werden kann, wird sich erst im Laufe des Jahres zeigen.

Positiv darf ich anmerken – im Unterschied zu den vergangenen Jahren –, daß die Refundierungen des Bundes nun zeitgerecht erfolgen. So sind 1992 und 1993 bereits abgerechnet, so daß auch die Abrechnun-

gen für die Betreuung von Flüchtlingen nun auch in angemessener Zeit erfolgen können. Da 80 Prozent der Flüchtlinge nach derzeitigen Informationen nicht mehr nach Hause wollen oder können, ist folgendes besonders wichtig: Weg von der schnellen Unterbringung in Herbergen oder Heimen, hin zu familiären Unterbringungen und zur Integration. Das Landesflüchtlingsbüro arbeitet – trotz krasser Unterbesetzung im Vergleich zu anderen Bundesländern; und hier wäre auch Herr Landesrat Hirschmann gefragt, daß er in der Personalpolitik einen anderen Weg einschlägt – effizient und gut. Begrüßenswert ist jedoch auch die Gründung eines Landesflüchtlingsvereines, der in Partnerschaft mit privaten Flüchtlingsorganisationen (die sicherlich noch zu verstärken ist) aktive Betreuung vor Ort durchführen soll. Vielleicht gelingt es uns allen gemeinsam, diesen Heimatlosen ein Stückchen Geborgenheit zu geben und ihnen eine Existenzgründung zu ermöglichen.

Bereits eingeleitet wurden oder werden demnächst Parteienverhandlungen zum Sozialhilfegesetz und den integrierten Sozial- und Gesundheitssprengeln, zum Heimgesetz, zum Kinder- und Jugendanwaltschaftsgesetz und zum Pflegegeldgesetz. Schon bei der Beschlußfassung über das Pflegegeldgesetz war uns klar, daß es bei der Umsetzung zu Problemen kommen könnte. Der Vorschlag für ein einheitliches Vorgehen bezüglich der Einstufung wurde leider verworfen, die Pensionsversicherungsträger stufen nach eigenen Formblättern ein. Die Zahl der Beschwerden über zu geringe Einstufungen ist nach wie vor groß. Es ist zu hoffen, daß nach dem ersten Ansturm, der ja nun vorbei ist, es zu den unbedingt notwendigen Korrekturen kommt. Auch war vorhersehbar, und ich erinnere mich noch sehr gut an die Worte von Exlandesrat Erich Tschernitz, daß die Barauszahlung des Pflegegeldes da und dort zu mißbräulicher Verwendung führen wird. Wenn dies der Fall ist, sind im Gesetz Sachleistungen vorgesehen. Jetzt gilt es, rasch, und zwar bundeseinheitlich – und ich habe gehört, ein Treffen der Sozialreferenten aus ganz Österreich ist für Ende April geplant –, dies in die Praxis umzusetzen. Der Pflegenden soll zu dem ihm zustehenden Geld kommen und der Pflegebedürftige zu der ihm zustehenden Leistung und Betreuung. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun zum Heimgesetz. Die derzeitige Situation im Bereich der Heime ist zumindest in rechtlicher und damit verbunden auch in organisatorischer Hinsicht nicht in wünschenswerter Weise überblickbar. Mit dem Inkrafttreten eines Heimgesetzes, entkoppelt vom Sozialhilfegesetz, bietet es eine breite Möglichkeit, Betriebsstandards festzulegen, während das Sozialhilfegesetz die Frage der finanziellen Hilfsbedürftigkeit im Falle der stationären Pflege regelt. Ein Heimgesetz hat wichtige Zwecke zu erfüllen: Die Interessen der Heimbewohner und der Heimbetreiber durch gesetzliche Regelungen aufeinander abzustimmen, um dieser Art der Lebensführung eine bedarfsgerechte und lebenswürdige Form zu garantieren. Das Heimgesetz soll sich auf alle Einrichtungen beziehen, unabhängig davon, ob ihr Träger die öffentliche Hand, die freie Wohlfahrtspflege oder ein privater Betreiber ist. Zum Schutz der Rechte der Heimbewohner soll eine Heimbewohneranwaltschaft eingerichtet werden. Zur Unterstützung der Interessen der Heimbewohner,

zur Hilfestellung bei Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen über die Pflege und Betreuung. In dieser Bewohneraanwaltschaft sollen Personen vertreten sein, die von Verbänden, Vereinen, Organisationen entsandt werden, die sich mit diesen Problemen im weitesten Sinn des Wortes beschäftigen und das Bindeglied zwischen dem Bewohner und der Heimaufsicht darstellen. Wenn bei den Parteienverhandlungen keine weitere Verzögerungstaktik angewendet wird, könnte dieses Gesetz bald beschlußreif sein. Ebenso rasch sollten wir auch steiermarkweit zu den integrierten Sozial- und Gesundheitssprengeln kommen. Diese ISGS sollen eine gemeindenahe Einrichtung für die organisatorische Vernetzung der Dienstleistungserbringer und der regionalen Entscheidungsträger im Sozial- und Gesundheitsbereich darstellen. Sie sollen eine koordinierte, dauerhafte, flächendeckende und qualitativ hochwertige Versorgung mit ambulanten, sozialen, pflegerischen und medizinischen Diensten darstellen, aber auch dem Ausbau von Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung dienen. Unsere Aufgabe wird es sein, die Kosten in einer ISGS-Finanzierungsstruktur festzulegen, die für alle Kostenträger ein zumutbares Ausmaß aufweist. Ein Finanzierungshack wie beim Pflegegeldschlüssel sollten wir uns nicht ein zweites Mal leisten.

Ich darf nun namens der SPÖ-Fraktion zwei Beschlußanträge zur Budgetgruppe 4 bringen. Beschlußantrag bezüglich des Beitrags an die Grazer Fraueninitiative, Soforthilfe für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder, Erhöhung um 600.000 Schilling auf 1,5 Millionen Schilling. Der Verein Grazer Fraueninitiative, Soforthilfe für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder, führt seit Oktober 1980 nach dem Muster der bereits in vielen europäischen Städten mit viel Erfolg durchgeführten Einrichtungen ein Frauenhaus als vorübergehende Zufluchtstätte und Beratungsstelle für mißhandelte Frauen und deren Kinder. Um den Weiterbestand des Frauenhauses absichern zu können, hat der Verein einen voraussichtlichen Mindestfinanzbedarf von 1,5 Millionen Schilling für das Jahr 1994. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Ansatz 1/429025 des Landesbudgets Beitrag an die Grazer Fraueninitiative, Soforthilfe für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder wird um 600.000 Schilling auf 1,5 Millionen Schilling erhöht. (Abg. Dr. Ebner: „Frau Kollegin Minder, die Bedeckung haben Sie vergessen!“) Beschlußantrag zur Budgetgruppe 4: Beiträge an Selbsthilfeorganisationen der Behindertenhilfe, Erhöhung um 5 Millionen Schilling auf 10 Millionen Schilling. (Abg. Dr. Ebner: „Die Bedeckung!“) Was heute über die Bedeckung gesagt wurde, spottet jeder Beschreibung! Begründung: Die Zahl und die Höhe der Subventionsansuchen der steirischen Behindertenorganisationen, wie Jugend am Werk, Lebenshilfe oder die Steirische Vereinigung, steigt von Jahr zu Jahr. Um den gestiegenen finanziellen Anforderungen der zahlreichen Behindertenorganisationen nachkommen zu können, müssen die Budgetmittel entsprechend aufgestockt werden. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Ansatz 1/413215 Beiträge an Selbsthilfeorganisationen der Behindertenhilfe wird um 5 Millionen Schilling auf 10 Millionen Schilling erhöht.

Herr Präsident, ich darf dir diese beiden Beschlußanträge übergeben. (Abg. Tasch: „Haben Sie sich schon einmal Gedanken darüber gemacht, wo das Geld herkommt?“) Sie haben es notwendig, das zu sagen, nach dem, was wir vor einer Stunde gehört haben! Sie haben es notwendig! Ein Hohn, was Sie sagen! (Beifall bei der SPÖ. – 16.15 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die beiden Beschlußanträge, Frau Abgeordnete.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Lopatka (16.16 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist schon eigenartig, wenn im Sozialressort, wo es um rund 2,8 Millionen Schilling geht – Zweitausendachthundert Millionen Schilling sind das –, daß es sich jetzt auf diese 600.000 Schilling zuspitzt. Und daher möchte ich gleich zu Beginn, weil ich mich dann dem Grundsätzlichen zuwenden möchte, eines sehr deutlich sagen, weil auch Vertreterinnen des Frauenhauses hier sind. Ich halte es grundsätzlich für äußerst bedenklich, wenn, egal wer, jemand politisches Kleingeld auf Kosten der Schwächsten unserer Gesellschaft machen will. (Abg. Minder: „Die Show des Herrn Landesrates war übel! Auf Kosten der Schwächsten!“) Nein, Frau Kollegin Minder! Auf Kosten der Schwächsten unserer Gesellschaft politisches Kleingeld machen zu wollen, das ist übel. Da stimme ich mit Ihnen überein. Nur, die Falschinformationen, die in diesem Zusammenhang – was diese 600.000 Schilling betrifft – nicht von uns, sondern von Ihrer Seite weitergegeben worden sind, die sind das Üble daran. Und ich kann hier von dieser Stelle aus sagen, daß die Frauen, die mit Recht besorgt sind, weil sie können es ja nicht wissen, wie es in der Regierung zugeht, wie es hier zugeht, daß sie keine Sorge haben müssen, daß diese 600.000 Schilling nicht aufgebracht werden. Sie werden diese 600.000 Schilling kriegen. Ich habe es heute vormittag vor dieser Debatte auch schon Frau Dr. Grete Schurtz, der Frauenbeauftragten der Stadt Graz, sagen können, und gestern am Abend habe ich ein Gespräch diesbezüglich mit Bürgermeister Stingl geführt, gestern schon. Ich möchte das sehr deutlich hier sagen. Weil ich es grundsätzlich für verkehrt halte, so Politik zu machen!

Aber jetzt zum Grundsätzlichen. (Abg. Minder: „Ihr könnt ja mitstimmen!“) Kollege Schrittwieser, entweder nehmen wir Sozialpolitik ernst – (Abg. Schrittwieser: „Ihr probiert halt immer!“) schauen Sie, Kollege Schrittwieser, ich werde versuchen, in meinem Beitrag zur Sozialdebatte einen anderen Ton anzuschlagen als den, den wir bisher angeschlagen haben. Weil ich glaube, daß in der Sozialpolitik, und die Frau Landesrätin Dr. Rieder ist hier – (Unverständliche Zwischenrufe.) Die Frau Landesrätin Dr. Rieder ist hier. Vielleicht laßt ihr mich einmal einen Satz ausreden. Die Frau Landesrätin Dr. Rieder ist hier. Und wir haben schon eine Reihe von Parteienverhandlungen geführt. Und ich hoffe, daß sie mir zustimmen kann, wenn ich von hier aus die Behauptung aufstelle, daß sie alle in einer sachlichen Atmosphäre und korrekt geführt worden sind. Und daher möchte ich hier auch nicht den Weg billiger Parteipolemik einschlagen.

Helmut Schüller, der Chef der Caritas, hat in der Caritas-Zeitung, sie nennt sich Zeitschrift, vor wenigen Monaten geschrieben: „Unsere Gesellschaft und unsere Politik stehen am Scheideweg: Fortsetzung des bisherigen Weges ohne wirklich lebenswerte Zukunftsaussichten oder lebenswerte Zukunftsaussichten mit unumgänglichen Kursänderungen? Wenn Letzteres: Wer wagt den Anfang?“

Die steirische Volkspartei ist in der Steiermark gerade dabei, diesen Anfang zu wagen. Die bisherige Sozialpolitik der zweiten Republik steht am Scheideweg. Die Bundesregierung und die Landesregierungen haben nach 1945 mit sozialpartnerschaftlicher Unterstützung Jahr für Jahr unser Sozialsystem ausweiten können. Mit unserem Sozialsystem sind aber natürlich auch die Bürokratien gewachsen und die Kosten enorm gestiegen. Die erste Grundmaxime, die wir hier haben in der Steiermark, ist die, daß wir keine zusätzlichen Bürokratien mehr wollen. Und daher hat es hier auch Auseinandersetzungen gegeben, zum Beispiel beim Aufbau mit den integrierten sozialen Gesundheitssprengeln. Wenn uns ein Entwurf vorgelegt wird, wo klar drinnensteht, Sozialsprengel einzurichten, 65 Sozialmanager anzustellen, und unter diesem neuen Deckmantel – ist natürlich auch eine Bürokratie – als Kosten 55 Millionen Schilling angeführt sind, und das zu einem Zeitpunkt, wo wir weder genügend Hauskrankenschwestern, noch genügen Altenhelfer und schon gar nicht genügend Nachbarschaftshelfer im Einsatz haben, dann frage ich mich, ob das der richtige Ansatz ist oder ob nicht zuerst einmal der Dienst am Menschen optimal gestaltet werden soll und man dann an optimale Verwaltungsstrukturen denken sollte.

Und hier ist für uns schon eine Grundsatzfrage immer zu klären, wo setzen wir in der Sozialpolitik an. Und im letzten Jahr waren Fortschritte möglich: Das zweite Karenzjahr, die Einführung des Pflegegeldes haben nochmals für jung und für alt zweifellos sozialpolitische Fortschritte gebracht. Nun scheint es aber eine Zäsur zu geben. Bundeskanzler Vranitzky war es, der Ende des Jahres gesagt hat: „Wir haben so hohe Sozialstandards erreicht, daß eine Ausweitung weder sinnvoll noch angesichts der Finanzierbarkeit möglich ist.“ Das waren nicht wir, sondern es waren vor allem auch Sozialdemokraten auf Bundesebene, die diese Diskussionen begonnen haben, und das hat seine Gründe, warum diese Diskussion begonnen wurde: Weil wir an den Grenzen der Finanzierbarkeit angelangt sind. Denn trotz des ungeheuren sozialen Fortschrittes oder vielleicht sogar wegen dieses Fortschrittes ist unsere Gesellschaft nicht menschlicher geworden. Immer weniger fühlt sich der einzelne für seine Angehörigen zuständig, oft fühlen sich die Menschen nicht einmal für sich selbst verantwortlich. „Wir leben ja in einem Sozialstaat, an den man auch einmal Ansprüche stellen dürfen. Schließlich zahlt man ja auch Jahr für Jahr höhere Beiträge ein“, lautet das Credo so mancher.

Dieses Credo ist aber natürlich der Tod des Sozialstaates – das möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen. Denn wir müssen uns überlegen, was soll das Ziel eines Sozialstaates sein? Die Finanzierung all jener, die nur darauf warten, einfach auch einen Teil zu bekommen, ohne darüber nachzudenken, ob sie tatsächlich diesen Teil benötigen, den wir ja alle

irgendwann einmal erarbeiten müssen, denn wir sind ja in einer momentanen Situation, daß wir das Geld in Wirklichkeit noch nicht erwirtschaftet haben, sondern zusätzliche Ausgaben ohnehin nur mehr im Kreditwege finanzieren können.

Meine Damen und Herren, wir dürfen unser Sozialsystem nicht überstrapazieren. Wir müssen dort, wo es Leute in Anspruch nehmen oder wo wir Höhen gewährt haben, die wir uns nicht leisten können, auch bereit sein, darüber zu diskutieren, wo es notwendig ist, auch Dinge zurückzunehmen, die wir geglaubt haben, uns leisten zu können. Ich werde Ihnen auch Beispiele nennen. Und dabei sollten wir nicht übersehen, daß nach wie vor ein großer Teil der sozialen Leistungen in diesem Land noch immer unentgeltlich erbracht wird. Weil das beste Netz für mich sind noch immer unsere Familien. Dort, wo unsere Familien funktionieren, haben wir Sozialleistungen in humaner Form und zum Nulltarif. Und dort, wo uns die Familien diese Leistungen nicht mehr erbringen können, ist die öffentliche Hand gefordert und immer mehr überfordert.

Es beginnt bei der Kinderbetreuung, wir haben es lange genug hier diskutiert, und endet bei den Pflegebedürftigen und Alten. Kinder und alte Menschen sind die Hauptleidtragenden dieser Entwicklung. Der Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder wie auch für Pflegebedürftige ist viel schneller gewachsen, als das von der öffentlichen Hand bereitgestellte Angebot an Einrichtungen. Ein Vollausbau scheint kaum finanzierbar, die laufenden Kosten können kaum von der öffentlichen Hand getragen werden, und neue gesetzliche Lösungen werden auch nicht das Problem zur Zufriedenheit aller lösen können. Ich möchte hier schon darauf aufmerksam machen, daß wir nie vergessen dürfen, daß wir heute, wenn wir dieses Budget im Gesamten beschließen, immer darüber nachdenken müssen, ob wir das, was wir heute beschließen uns auch im nächsten Jahr, in den nächsten fünf Jahren, in den nächsten zehn Jahren werden leisten können, immer angesichts der Bevölkerungsentwicklung, die wir kennen. Wir brauchen hier einen neuen sozialpolitischen Ansatz, der auch eine Neufestlegung der Aufgaben der Politik bedeutet. Nicht allen alles zu versprechen, sondern den tatsächlich Bedürftigen das Notwendige an Unterstützung zu geben, das kann als Leitlinie und muß als Leitlinie genommen werden. Wir müssen auch klar sagen, daß es eine Eigenverantwortung des einzelnen gibt. Diese Eigenverantwortung des einzelnen darf durch die Politik nicht geschwächt und schon gar nicht behindert werden. Es muß Aufgabe der Politik sein, diese Eigenverantwortung zu stärken und wieder zu erwecken, wo sie verlorengegangen ist. Die Politik hat in den letzten Jahren, in den letzten Jahrzehnten sehr die konsumorientierte, individualistische Leistungsgesellschaft propagiert, in der der Staat dem einzelnen jede Verantwortung für seinen Mitmenschen abnimmt. Das ist derart in den Gehirnen vieler Menschen verankert, daß vielen auch eigentlich der ursprüngliche Sinn des menschlichen Daseins abhanden gekommen ist. Denn die persönliche soziale Verantwortung wird sehr oft negiert. Diese Entwicklung hat zu einer heillosen Überforderung der Politik im allgemeinen und der Sozialpolitik im besonderen geführt. Eine Trendwende

werden wir als Politiker aber nur dann erreichen, wenn wir auch selbst glaubwürdig sind. Solidarität wird nur dann von den Wählern und Wählerinnen eingefordert werden können, wenn es auch von uns ernstzunehmende Selbstbeschränkungen gibt. Und wir dürfen nicht nur, wenn wir über Sozialschmarotzer und Sozialmißbrauch diskutieren, darüber nachdenken, was aus Sozialgeldern bezahlt wird, sondern auch, was wir uns selbst an Sozialleistungen zubilligen. Wenn im Heeresgebührengesetz die Möglichkeit besteht, daß verheiratete Präsenzdienner, die vor ihrem Präsenzdienst besonders gut verdient haben – und Sie hören richtig –, aus Sozialtöpfen im Monat 48.000 Schilling kassieren können, wenn mittlerweile mehr als 40 Prozent Anspruch auf erhöhtes Karenzgeld haben, dann muß man über Korrekturen diskutieren dürfen. Aber sind auch Abfertigungs- und Pensionsregelungen zum Beispiel unserer Bundesregierungsmitglieder genauso ungerechtfertigte Sozialleistungen, über die man diskutieren muß? Hier, glaube ich, müßten zuerst die Politiker in ihrem eigenen Bereich schauen, bevor sie bei denen ansetzen, die vielleicht auch ungerechtfertigt Sozialleistungen erhalten.

Wir müssen hier in der Sozialdebatte den Mut aufbringen, weg von Schuldzuweisungen zu kommen und ganz sachlich Fehlentwicklungen aufzeigen und gemeinsam versuchen, Strukturen zu legen, die langfristig Bestand haben. Und langfristig Bestand haben nur jene Strukturen, die wir auch finanzieren können, das ist das Entscheidende. Wir wollen in der Steiermark verhindern, daß es tatsächlich zu radikalen Kürzungen im Sozialbereich kommen muß. Wir wollen den Weg vermeiden, der in Schweden gegangen worden ist, wo man dann letzten Sommer still und klammheimlich Sozialleistungen zurücknehmen mußte. Und das möchte ich hier sehr deutlich sagen: Kürzungen, die von der SPÖ-Seite her leider wider besseres Wissen immer wieder der ÖVP vorgehalten werden, Kürzungen haben wir hier nicht vorgenommen im Sozialbereich. Ich bitte jeden, sich das Budget anzuschauen, das Finanzlandesrat Ressel im Herbst vorgelegt hat, und den jetzigen Entwurf anzusehen, und Sie werden sehen, daß wir keinen Groschen aus dem Sozialbudget gestrichen haben. Keinen Groschen!

Ich habe Spitalslandesrat Ressel sicherlich sehr scharf formulierend vorgeworfen – (Abg. Trampusch: „Er ist schon noch Finanzreferent!“) Entschuldigung, Spitalslandesrat Dr. Strenitz, danke für die Korrektur, sicherlich sehr scharf formulierend vorgeworfen, daß er mit der Spitalslüge hausieren geht, weil er behauptet hat, daß Spitäler zugesperrt werden müssen. Und ich ersuche Soziallandesrätin Dr. Rieder, daß sie sich von niemandem mißbrauchen läßt, daß der Spitalslüge jetzt die Soziallüge folgt, denn erste Beispiele dazu könnte man schon sehen.

Wenn Landesrat Tschernitz seinerzeit im Rationalisierungs-Ausschuß behauptet hat, daß es kaum Steigerungen im Sozialbereich – und ich zitiere hier wortwörtlich – in den letzten Jahren gegeben hat, dann irte er wirklich gewaltig. Von 1988 auf 1994 hat sich das Sozialbudget des Landes – und wir haben diesem Budget immer zugestimmt – von 1,4 Milliarden Schilling auf 2,8 Milliarden Schilling verdoppelt, von 1,4 Milliarden auf 2,8 Milliarden verdoppelt. Sie hören richtig! Und hier von keiner Steigerung zu sprechen –

dann verstehe ich die Welt nicht mehr! Ob in Zukunft solche Steigerungen möglich sind, wage ich zu bezweifeln. Und daher trauen wir uns nicht, so wie die sozialdemokratische Fraktion, weil wir unsere Verantwortung längerfristig sehen, einfach ins Blaue hinein zu versprechen, daß die Entwicklung, die wir in den letzten Jahren hatten, auch in Zukunft so weitergehen kann. Wir verschließen uns nicht der Wirklichkeit. Wenn Sie allen alles versprechen, werden die Menschen aber auch bald merken, daß diese Politik nur eine Ankündigungspolitik sein kann. Bei 1000 Millionen Steigerung innerhalb von vier Jahren nicht die Bereitschaft aufzubringen, sachlich, auch gerne unter Ausschluß der Öffentlichkeit, damit man sich das Theater und den Theaterton ersparen kann, zusammensetzen, um diese Kostenexplosion in den Griff zu bekommen, das ist unser Angebot. (Abg. Minder: „Das ist Ihre Art der Politik! Sie sind schon immer vorher in die Presse gegangen!“) Frau Kollegin Minder, Frau Kollegin Minder, bin ich irgendwann jetzt in die Presse gegangen, was das Pflegeheimgesetz betrifft, was den Jugendanwalt betrifft? Irgendwann, seit die Soziallandesrätin Dr. Rieder hier ist? Nennen Sie mir hier ein Beispiel. Nur, wenn Sie glauben, daß Sie Behauptungen aufstellen können, mit Sie meine ich jetzt Ihre Fraktion, und daß wir uns einfach alles gefallen lassen, dann werden Sie sich gewaltig irren! - Dann werden wir uns zu wehren wissen, der Wahrheit wegen und der Sache wegen. (Abg. Trampusch: „Für das Protokoll: Ich stelle fest, daß Sie vor einiger Zeit den Begriff ‚Spitalslügen‘ kreierten und heute sagen ‚Soziallügen!‘“) Ja, ja! Wenn bewußt die Unwahrheit gesagt wird, dann bleibt mir nichts anderes übrig, als das so kraß darzustellen. Das möchte ich sehr deutlich sagen. Ich tue es nicht gerne, aber wenn uns das nicht erspart wird, dann müssen wir eben das sehr deutlich aufzeigen! (Abg. Trampusch: „Weil Sie gesagt haben, den anderen Begriff haben Sie nicht kreiert!“) Nein, kreiert habe ich ihn nicht. Der Begriff stammt aus Deutschland. Von der „Spitalslüge“ ist im Bundestag lang diskutiert worden. Da war ich noch zu jung, als dieser Begriff im Bundestag für Turbulenzen gesorgt hat, Kollege Trampusch. Nur damit Sie es wissen. (Abg. Trampusch: „Das Bezugsland stimmt, und darum weiß man, wie gefährlich es ist, wenn man solche Begriffe erfindet!“) Darf ich Ihnen, schauen Sie, ich kann immer – (Abg. Minder: „Ich möchte nicht sagen müssen, wie die Parteienverhandlungen gelaufen sind, wie Sie uns gehäkelt haben! Sie wollten bei den Parteienverhandlungen keinen Schritt weitergehen!“) Darf ich Ihnen etwas sagen? Ich sage Ihnen, warum ich von Verschleppung gesprochen habe. Es war ein enormer Druck von der SPÖ-Seite, rasch die Novelle zum Jugendwohlfahrtsgesetz zu beschließen. Dann haben wir diese Novelle beschlossen, und jetzt hat man monatelang gebraucht, um das Anforderungsprofil zu erstellen, obwohl in den anderen Bundesländern diese Ausschreibungen schon erfolgt sind. Wenn Ihnen selbst nichts eingefallen wäre, dann hätten Sie es ja abschreiben können von einem anderen Bundesland. Das war mein Vorwurf. Zuerst der enorme Druck zum Gesetzesbeschluß, und dann monatelang, dann monatelang kein Echo. Es war ein Wechsel auf der Regierungsbank, das ist für mich ein entschuldigbarer Grund, sonst wäre es nicht zu entschuldigen. Ich bleibe bei meinem Vorwurf, daß es

hier zu ungerechtfertigten Verzögerungen gekommen ist. Sie wissen es, wann der Kinder- und Jugendanwalt beschlossen worden ist, Frau Kollegin Minder, Sie wissen es, daß inzwischen Monate vergangen sind und wir erst einige Tage vor der Budgetdebatte zusammengesessen sind.

Da hat es keine Verzögerungen gegeben. (Abg. Minder: „Sie kommen zu spät zu den Verhandlungen und gehen zu früh weg – das ist Ihre Art der Anwesenheit!“) Kollegin Minder, ich bin bei der letzten Parteienverhandlung zum Kinder- und Jugendanwalt weder zu spät gekommen noch zu früh gegangen! (Abg. Dr. Flecker: „Gar nicht dagewesen!“) Das paßt genau zu Ihnen, Kollege Flecker! Das paßt genau zu Ihnen! Nicht wissen, wovon Sie reden, aber es ist wieder was sicherlich Negatives. Na, selbstverständlich war ich dort! (Abg. Dr. Maitz: „Wem die Sachargumente ausgehen, der kommt mit solchen Behauptungen!“) Selbstverständlich war ich dort. (Abg. Trampusch: „Das war eine Frage, und keine Behauptung!“) Schauen Sie, ich sage es noch einmal. Ich nehme den sozialen Bereich zu ernst, um einfach hier billig polemisch zu agieren, nur, wenn von Ihnen Behauptungen aufgestellt werden, die nachweislich nicht stimmen, dann werden wir uns entsprechend – ich sage es noch einmal – zur Wehr setzen mit einer klaren und deutlichen Sprache.

Ja, das ist sehr deutlich. Denn im Gegensatz zu den von der ÖVP und vom FPÖ-Regierungsmitglied verwalteten Ressorts haben Sie, Frau Landesrätin Dr. Rieder, keine Kürzungen zu verzeichnen. Landeshauptmann Dr. Krainer hat es von vornherein sehr klar außer Streit gestellt, daß im Sozialressort gekürzt werden soll. Und es wäre schön, könnten Sie entgegen der Propaganda, die in den letzten Tagen gemacht worden ist, nur dieses Faktum, das im Prinzip ein jeder nachlesen kann, wenn er sich den Ressel-Voranschlag vom Herbst hernimmt und den jetzigen Voranschlag, dann wird er es sehen, daß wir in diesem Bereich nicht gekürzt haben. Und wenn Sie das zugeben könnten, nicht mehr und nicht weniger. Denn was wir versuchen in den Parteienverhandlungen, das ist sachliche Zusammenarbeit im Interesse der sozial Schwachen, denn auf uns kommen unzählige Aufgaben zu. Aber gegen eines werden wir konsequenter auftreten als bisher. Wenn es darum geht, vor der Beschlußfassung zu wissen, welche Kosten mit dem jeweiligen Gesetz verbunden sind. Und ich nenne Ihnen hier nur drei Beispiele, damit Sie sehen, wie es in der Vergangenheit hier in diesem Bereich zugegangen ist. Denn Zusammenarbeit hat für uns dort ihre Grenzen, wo wir einem Gesetz zustimmen sollen, ohne zu wissen, welche Kosten dieses Gesetz verursacht. Als wir 1991 das Jugendwohlfahrtsgesetz beschlossen haben, hat das Land zu diesem Zeitpunkt 35 Millionen Schilling für Jugendwohlfahrt ausgegeben. Bei den Parteienverhandlungen zum Jugendwohlfahrtsgesetz auf die Frage, ob es zu Kostensteigerungen kommen wird, ist uns gesagt worden – ich zitiere wortwörtlich: „Unmerkliche Kostensteigerungen wird es geben.“ Die unmerklichen Kostensteigerungen machen im Jahr 1994 mehr als 200 Millionen Schilling aus. Von 35 Millionen Schilling eine Steigerung auf 240 Millionen Schilling. Jetzt verhandeln wir das Pflegeheimgesetz. In den Erläuterungen zum Pflegeheimgesetz

steht, daß durch dieses Gesetz mit keinen Kostensteigerungen zu rechnen ist. Im Gesetz selbst wollen wir aber erreichen, daß es kleinere Zimmer gibt, daß es mehr Personal gibt, und gleichzeitig behaupten, es gibt keine Kostensteigerungen. Natürlich wollen wir auch sozialen Fortschritt! Natürlich wollen wir menschenwürdige Bedingungen für die ältere Generation! Es soll niemand in diesem Land eine Angst davor haben, alt und pflegebedürftig zu werden. Nur, wir müssen ehrlich genug sein, vor der Beschlußfassung deutlich zu sagen, was das kostet. Und nicht vor der Beschlußfassung zu sagen, keine Kostensteigerungen. So steht es in den Erläuterungen, Frau Kollegin Minder (Abg. Minder: „Wie heute bei Olympia!“) zum Pflegeheimgesetz. Und dann, nach der Beschlußfassung, plötzlich in zwei-, in dreistelliger Millionenhöhe Kostensteigerungen!

Der dritte Punkt, wo ich sage, das können wir uns nicht leisten, das Sozialhilfegesetz. Eine Novelle ist längst, längst überfällig. Mehr als 100 Millionen Schilling, steht hier im Gesetz, wird es an Kostensteigerungen geben. Hier steht drinnen, im Entwurf, die Rückersatzpflicht soll wegfallen. Wissen Sie, was das heißt? Wenn man daraufkommt, daß jemand zum Beispiel aus dem Bereich der Landwirtschaft kommt, oder es kann auch jemand sein, der Wohnhäuser besitzt, der zuerst von der Sozialhilfe her in Pflegeheimen untergebracht ist, auf Sozialkosten, auf Sozialkosten untergebracht ist – ich kenne solche Fälle –, wenn der dann verstirbt, hätten wir keine Möglichkeit, das, was die öffentliche Hand gezahlt hat, an Rückersatz zurückzuholen. Es kann doch nicht Aufgabe der Sozialpolitik sein, Erbschaften in Millionenhöhe zu sichern. Das wäre die Folge davon. Auch hier werden wir dagegen auftreten. Und ich sage das sehr, sehr deutlich. Wir können nicht allen alles geben, denn dann kommen wir zu dem Punkt, wo wir den Bedürftigen nicht einmal das Notwendige geben können. Hier werden wir nicht mitmachen.

Frau Landesrätin, Sie werden dort unsere Unterstützung haben, dort unsere Zusammenarbeit finden, wo Sie gemeinsam mit uns bereit sind, sorgsam und mit Augenmaß vorzugehen. Denn wir müssen den Menschen soziale Sicherheit geben, und wir dürfen sie nicht verunsichern. Soziale Sicherheit verlangt aber eine sichere finanzielle Basis. Und würden wir Ihrem zügellosen Drang, dem Drang der Sozialdemokraten folgen, das Land weiterhin ungebremst in Schulden zu stürzen, würden wir diese finanzielle Basis gefährden und somit die soziale Sicherheit massiv gefährden. Dann hätten wir den Zeitpunkt, wo wir Kürzungen vornehmen müssen. Vor diesem Zeitpunkt wollen wir die Steiermark bewahren und vor diesem Zustand, und daher bitte ich Sie, jetzt wirklich damit aufzuhören, zu sagen, daß wir jetzt Kürzungen vorgenommen hätten im Sozialbereich. Das Frauenhaus wird die 600.000 Schilling bekommen, und in allen anderen Belangen im Sozialbereich ist kein Groschen von uns gekürzt worden, das möchte ich sehr deutlich sagen! (Abg. Dr. Flecker: „Das Frauenhaus nur deswegen, weil sie da sind!“) Nicht, weil sie da sind! (Abg. Dr. Flecker: „Wenn jemand da ist, bekommt er etwas, wenn er nicht da ist, bekommt er nichts!“) Nein, also, Kollege Flecker, ich bitte Sie! Ich möchte eines noch einmal sehr deutlich sagen. Uns geht es um eine Sozialpolitik, die wir uns langfristig leisten können,

und daher sage ich Ihnen noch einmal zum Schluß, zum Nachdenken für Sie, das, was Bundeskanzler Vranitzky gesagt hat: „Wir haben so hohe Sozialstandards erreicht, daß eine Ausweitung weder sinnvoll noch angesichts der Finanzierbarkeit möglich ist!“ Vielleicht glauben Sie Vranitzky mehr als mir! (Beifall bei der ÖVP. – 16.42 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schinnerl (16.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Wir haben hier ganz am Anfang über die Frauenhäuser, oder über das Frauenhaus Graz, gehört, daß sich einige über die Finanzierung beschwerten. Aber ich glaube, es ist jetzt hinreichend gesagt worden, daß das Frauenhaus zu seinem Geld kommt. Sie kommen zu Ihren geforderten 11,5 Millionen Schilling, und ich glaube, somit ist diese Sache auch erledigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, infolge der immer größer werdenden Verschuldung bei Bund, Land und Gemeinden sind unbedingt Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen notwendig. Auch im Sozialbereich werden in Hinkunft gewisse Änderungen erfolgen müssen. Es wurden keine Einsparungen vorgenommen. Sie sehen daher, wie wichtig uns der Bereich „Soziales“ eigentlich ist und allen ist. Ein Verwaltungsgrundsatz heißt, daß bei der Planung entsprechender Vorhaben im besonderen die Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und die Sparsamkeit zu prüfen ist. Die Budgetposten sind immer wieder auf ihre Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit in allen Punkten und sozialen Bereichen zu überprüfen und zu überdenken. Bei allen neuen Gesetzen, welche Geld kosten, sind genaue Kostenrechnungen und der entsprechende Finanzierungsplan vorzulegen, um die Finanzierung auch tatsächlich sicherzustellen, mit allen Fixkosten, Folgekosten und entsprechenden Leistungsfixierungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Sozialbereich werden wir uns nicht alles, was wir uns wünschen, auch tatsächlich leisten können. Wir werden hier in diesem Bereich immer zu wenig Geld haben. Wir wollen hier in der Steiermark ein gutes soziales Netz sicherstellen, es muß aber auch finanzierbar sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es der Wirtschaft gut, dann geht es auch dem Sozialbereich gut. Hier meine ich finanziell. Dieser Bereich ist eigentlich ein sehr interessantes Aufgabengebiet für alle Abgeordneten und für alle Verantwortlichen, und es handelt sich in diesem Bereich „Soziales“ um unsere Bürger von der Geburt bis zum Tod.

Ein Fünftel der europäischen Bevölkerung hat das 60. Lebensjahr bereits überschritten. Im Jahr 2050 wird jeder dritte Europäer über 60 Jahre alt sein. In der Steiermark haben wir 175.000 Menschen, die über 70 Jahre alt sind, und 85.000, die über 80 Jahre alt sind. Die Senioren sind ein wichtiger Markt für die Zukunft. Daher bildet die Kaufkraft durch die Senioren einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor.

Hier stehen Einnahmen den Ausgaben gegenüber. Veränderte Lebenssituationen der alten Menschen erfordern neue Wege zur Bewältigung der Probleme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt ist es Gott sei Dank schon so, daß die Senioren nicht nur schauen, daß sie vermögender werden, sondern sie leben auch gesünder und aktiver, und sie geben das Geld, was sie hier an Pension erhalten, auch wieder aus, und es kommt auch der Wirtschaft wieder zugute. Viele wollen ihr Leben in vollen Zügen noch genießen, machen Reisen, verbringen einen Urlaub, und das kommt auch wieder der Wirtschaft zugute. (Abg. Dr. Flecker: „Wann fängst du an?“) Kommt alles zu seiner Zeit! Nach deinem Ausschauen nach, könntest du vielleicht nächste Woche drankommen. Alle wollen ihr Leben in vollen Zügen genießen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ältere Menschen sind auf Grund des Erfolges im Beruf kritischer als junge Menschen. Wir haben daher die Entwicklung im Seniorenbereich genau zu beobachten, um den alten Menschen ein Altern in Würde sicherzustellen. Altern ist keine Krankheit, doch haben bei älteren Menschen Krankheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit eine große Bedeutung. Daher ist im besonderen auf die Betreuung der Alten in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen Bedacht zu nehmen. Neue Gesetze beziehungsweise Änderungen müssen erfolgen. Das Sozialhilfegesetz – haben wir schon gehört – ist zu novellieren. Das Pflegegeldgesetz, welches 1993 beschlossen wurde, wird ebenfalls zu novellieren sein. Das Steiermärkische Pflegeheimgesetz – hier gibt es bereits Parteienverhandlungen – wird auch bis zu Jahresanfang 1995 in Kraft treten können. Das Altenbetreuungsgesetz ist derzeit beim Verfassungsdienst in Begutachtung, und wir werden uns auch mit diesem Gesetz auseinanderzusetzen haben. Wir wollen eine soziale Gerechtigkeit, nicht nur im Sinne von Umverteilungen, sondern als Pflicht an der Gemeinschaft, den wirklich Bedürftigen zu helfen. Wir sind für jede Unterstützung von sozialen und einkommensschwachen Familien und für die Gleichwertigkeit von Familienarbeit und Beruf. Der einzelne Mensch muß sich vom fremd bestimmten Untertan zum eigenverantwortlichen, selbstbestimmten, leistungsorientierten Bürger entwickeln. Eigenverantwortung ist der beste Schutz vor Fremdbestimmung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sozialleistungen sollen nur sozial bedürftige Mitmenschen erhalten. Wir wollen ein soziales Netz statt eine Hängematte für diejenigen, welche das Sozialsystem für sich ungerechtfertigt in Anspruch nehmen. Wir sind für eine Sozialpolitik, die Hilfe zur Selbsthilfe und Sicherheit in der Not gibt, aber keine Abhängigkeit schafft oder dem Mißbrauch sozialer Einrichtung Vorschub leistet. Für uns Freiheitliche hat auch die Familie Vorrang vor dem Staat. Die Familie gilt als Kern der Gesellschaft, in der die Jugend alle Chancen haben soll, die ältere Generation nicht ausgegrenzt werden soll, die Entscheidung für ein oder mehr Kinder nicht mit einem Einkommensverlust bestraft werden soll und darf. Wir sind daher für eine bessere Unterstützung der Familie. Je mehr Kinder, desto besser, hier soll die beste Unterstützung gegeben werden. Für eine freie Wahl zwischen Kindergarten,

Tagesmüttern oder Betreuung in der Familie. Die Familien werden immer kleiner, und die Aufgaben und die Verantwortung der Familien werden aber immer größer. Deshalb müssen wir die Familien mit Kindern besser absichern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kinder braucht das Land, wird immer wieder berichtet. Der Kinderwunsch darf aber nicht zum Luxus werden. Die kinderreichen Familien sind eigentlich die Verlierer der derzeitigen Sozial- und Seniorenpolitik. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nur noch sagen, im Jahr 1972 kamen auf 1000 arbeitende Menschen 400 Senioren. 20 Jahre später, im Jahre 1992, kamen auf 100 arbeitende Menschen 600 Senioren. Und im Jahr 2020 bis 2025 werden auf 1000 arbeitende Menschen 1000 Senioren kommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Gott sei Dank steigt die Lebenserwartung, die derzeit zwischen 77 und 78 Jahren ist, noch immer. Die Steigerung bringt alle zwei Jahre ein Jahr an Lebenserwartung. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir bedenken, daß die Lebenserwartung vor 125 Jahren, und ich erwähne noch einmal, die Lebenserwartung vor 125 Jahren, damals bei 37 Jahren lag. Meine sehr verehrten Damen und Herren, freiheitliche Sozial- und Seniorenpolitik zielt auf soziale Mitspracherechte und Mitgestaltungsmöglichkeit der älteren und pflegebedürftigen Menschen ab. Hinhören auf die stummen Hilferufe!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann komme ich zum Pflegegeldgesetz. Es wurde immer wieder präsentiert, das war ein Gesetz des Jahrhunderts. Ich bin auch froh, daß es dieses Gesetz gibt. Aber die Frau Abgeordnete Minder hat auch in ihrer Rede schon angedeutet, daß auch alle Kritiken, die wir vorher schon gehabt haben, traurigerweise alle fast eingetroffen sind. Erstens einmal, wenn jemand ein Pflegegeld beantragt, dann dauert es schon einmal so lange. Und sehr, sehr oft kommt es vor, daß der Pfegling stirbt, bevor er überhaupt das erstmal zu einem Pflegegeld kommt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was machen die Sozialversicherungen? Die schreiben einfach zurück, daß das Verfahren eingestellt wurde. Niemand kümmert sich mehr, niemand bekommt ein Geld, wenn man nicht wüßte, daß der, der die Pflege durchgeführt hat, ein Ansuchen um Fortführung des Verfahrens stellen kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da wäre seitens des Sozialressorts unbedingt Aufklärung notwendig. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Bitte, da belehrt der Richter, wenn berechnigte Angehörige da sind!“)

Liebe Frau Abgeordnete, der Richter kann ohne weiters belehren. Es gibt hier eine Frist von drei Monaten. Und wenn das Nachlaßverfahren innerhalb von drei Monaten nicht abgewickelt ist, ist die Frist vorbei. Und da nutzt der ganze Richter nichts, tut mir leid.

Des weiteren kommt es auch immer wieder vor, wie auch schon gesagt worden ist, die ungleichmäßige Einstufung bei den verschiedenen Stufen. Wir haben uns von vornherein schon gesagt, es sollen genauere Richtlinien erarbeitet werden, es sollen einheitliche Formulare und Richtlinien verwendet werden. Und was ist passiert? Sämtliche Sozialversicherungen

setzen sich darüber hinweg. Es kümmert sich überhaupt niemand, ob das, was wir hier beschlossen haben, auch durchgeführt wird. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es sehr, sehr wichtig, daß man auch hier nachstößt. Warum das auch so wichtig ist? Ich habe hier eine Aufstellung vom Pflegegeld – von den Pflegegeldbeziehern. Die meisten Pflegegeldbezieher gibt es natürlich in der Stufe 2. Wir wissen, daß es eine Berufungsmöglichkeit nur in der Stufe 1 und 2 gibt. Für die Stufen 3 bis 7 ist eine Berufungsmöglichkeit leider nicht gegeben. Und auch nur deswegen, weil es zu wenig Richter gibt. Es ist auch sehr bedauerlich, daß die Leute sich bei einer schlechten Einstufung nicht wehren können. Lange Wartezeiten habe ich schon erwähnt, viele sterben früher. Ungleiche Einstellungen. Ich glaube, man müßte beim Pflegegeld auch sehr, sehr vieles noch ändern, und wie ich gehört habe, daß da auf Bundesebene einiges passiert, ich kann das nur begrüßen. Des weiteren wäre es vielleicht noch wichtig, daß unsere Soziallandesrätin so eine Anlaufstelle ist, eine kleine Beschwerdestelle, wo man sich wirklich dort bei der Frau Landesrat beschweren kann, wenn irgendetwas nicht so läuft, wie man es sich vorstellt oder wie man eigentlich das Recht dazu hätte. Denn diese Personen beziehungsweise Pfleglinge sind auf sich allein gestellt, und sie brauchen unbedingt einen Schutz. Bei den Pflegebedürftigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und was wird immer wieder gesagt, es wird hier sehr oft Mißbrauch getrieben. Ja, es wird in vereinzelt Fällen hier tatsächlich Mißbrauch getrieben. Aber das Pflegegeld, und auch das wollten wir Freiheitlichen in das Gesetz hineinnehmen, wenn der zu Pflegende das Geld nicht dem Pflegenden gibt, daß hier die Möglichkeit besteht, das Geld direkt von der auszuzahlenden Stelle zu beziehen. Ist derzeit im Gesetz nicht vorgesehen, und ich hoffe auch hier, daß dies bei dieser Änderung vom Bund her aufgenommen wird und daß dann auch der Pflegende das Pflegegeld in Anspruch nehmen kann. Des weiteren wurde schon diskutiert über die Erhöhung des Aufteilungsschlüssels beim Pflegegeld. Und ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, daß beim ersten Grundkonzept ein Aufteilungsschlüssel bei der Pflegefinanzierung mit 70 Prozent Land, 30 Prozent die Gemeinden aufgeschienen sind. Beim zweiten Entwurf, welcher vom Landesrat Tschernitz vorgelegt wurde, war dann eine Änderung von 75 Prozent für das Land und 25 Prozent für die Gemeinden. Vorher war dieser Aufteilungsschlüssel 85 Prozent für das Land und 15 Prozent für die Gemeinden. Dann hat es in den Parteienverhandlungen, lange, lange Verhandlungen gegeben, und wir haben uns dann auf einen Finanzierungsschlüssel in der Mitte geeinigt, 80 Prozent das Land und 20 Prozent die Gemeinden. Wir haben aber jetzt gesehen, daß eine Änderung auf 70 Prozent Land und 30 Prozent Gemeinden unbedingt erforderlich ist und daß es sich die Gemeinden auch leisten können, diese Beträge zu bezahlen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, und wenn hier immer wieder der Vorwurf von den Gemeinden kommt, daß die Gemeinden sich das nicht leisten können, dann frage ich nur die Bürgermeister, ob sie sich damals auch aufgeregt haben. (Abg. Schleich: „Welche Bürgermeister hast du das gefragt?“) Hast du dich damals auch aufgeregt, wie wir

die Bürgermeisterentschädigung erhöht haben, und zwar beachtlich erhöht haben? Da habe ich von deinen Wortmeldungen nichts gehört! (Abg. Dr. Lopatka: „Das war jetzt schlagfertig!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nun jetzt zum Steiermärkischen Pflegeheimgesetz kommen.

Wir sind gerade dabei, Parteienverhandlungen zu führen. Wir von der Freiheitlichen Partei haben auch Änderungsvorschläge eingebracht. Wir sind in den Parteienverhandlungen einmal bis zum Paragraphen 4 gekommen, und ich habe auch das Gefühl von der neuen Landesrätin, daß sie auch bestrebt ist, im Bereich, in ihrem Aufgabenbereich mit allen Fraktionen zusammenzuarbeiten. Dieses Gefühl habe ich dort gehabt, und von meiner Seite und von meiner Fraktion kann ich auch das Bekenntnis abgeben, daß auch wir gerne bereit sind mitzuarbeiten, und wenn die Frau Abgeordnete Minder gesagt hat, wir sollen hier die Verhandlungen nicht boykottieren oder verzögern – (Abg. Minder: „Sie brauchen sich nicht betroffen zu fühlen!“) Gott sei Dank, daß es sich hier nicht um uns gehandelt hat!

Wir wollten nichts verzögern, aber wir haben auch immer wieder gebeten, daß wir gewisse Unterlagen rechtzeitig bekommen, daß wir sie durchstudieren können, und wenn wir dann eigentlich auch hier mitverhandeln sollen, sozusagen die Verantwortung mittragen, dann möchten wir auch alle Unterlagen zur Verfügung haben. Ich darf auch recht herzlich danken, daß wir die Unterlagen, die wir dann gefordert haben, auch bekommen haben. Aber wir haben trotzdem in diesem Bereich, bei diesem Heimgesetz, noch weitere Vorstellungen, und wir möchten es halt unbedingt so haben, daß die Pfleglinge nicht unbedingt in die öffentlichen Heime getrieben werden. Es muß auch möglich sein, auf Grund des neu zu entstehenden Heimgesetzes, daß die 300 Pflegeheime, öffentlich und privat, in einem gesunden Konkurrenzkampf Platz haben.

Ich glaube, es ist auch wichtig, daß wir schauen, daß ein gewisser Standard in allen Heimen gegeben sein muß, und da werden ja bereits Parteienverhandlungen geführt. Wir haben auch gesagt, wir vermissen eine Kostenaufstellung, was uns dieses Pflegeheimgesetz dann kosten wird. Die Frau Landesrat hat uns dort gesagt, wir müssen einmal schauen, welchen Standard wir uns vorstellen, welchen Standard wir in dieses Heimgesetz aufnehmen. Und dann, meine sehr verehrten Damen und Herren und liebe Frau Landesrätin, ist es wirklich selbstverständlich, daß dann auch die tatsächlichen Kosten ermittelt werden auf Grund unserer Vorgaben und auf Grund unserer Vorstellung.

Ich habe ja schon gesagt, wir sind bis zum Paragraphen 4 gekommen, wir haben in der nächsten Woche dann wieder weitere Parteienverhandlungen, und ich hoffe, daß auf Grund unserer Vorstellung und auf Grund unserer Vorlage wir doch noch mit unseren Vorstellungen durchkommen, wo wir fordern, daß das nicht in so einem engen Rahmen abgesteckt wird, sondern daß man hier bei der Handhabung etwas großzügiger ist. Des weiteren ist das Altenbetreuungsgesetz in Bearbeitung. Ich habe schon gesagt, das ist derzeit in Begutachtung. Wir hoffen, daß wir das Altenbetreuungsgesetz, das uns ja eigentlich schon

von Landesrat Tschernitz mit 1. Jänner 1994 versprochen worden ist, demnächst auch zur Durcharbeitung bekommen werden. Es ist ein wichtiges Gesetz, und ich glaube, es ist auch deshalb so wichtig, weil es doch sehr sehr oft im Einklang zum Steiermärkischen Heimgesetz steht, denn es regelt dort die Berufsgruppe der Pflegepersonen, es regelt des weiteren die Ausbildung, und ich glaube, daß es sehr, sehr wichtig ist, daß man hier auch noch gewisse Vorstellungen einbringen kann. Eine zweite Berufseinstiegsmöglichkeit für verheiratete Frauen, die bis zum 30. oder 40. Lebensjahr selbst Kinder gehabt haben, Kinder versorgt haben und dann sich in dieser Berufssparte bewerben möchten.

Das Sozialhilfegesetz, die Novellierung, steht an, der Herr Abgeordnete Dr. Lopátka hat ja schon gesagt, daß es hier auch um sehr, sehr viel Geld geht, um 100 Millionen, und wir werden sehen, wenn wir dann zu Parteienverhandlungen kommen, inwieweit wir uns darüber auch einigen.

Ich komme schön langsam zum Schluß. Es wurde schon angeregt von mir, eine gewisse Beschwerdestelle oder eine Anlaufstelle einzurichten. Es ist hier nicht gedacht, daß ein Instrumentarium errichtet wird, das sehr viel Geld kostet. Wie der Abgeordnete Dr. Lopátka schon gesagt hat, mit 55 Millionen. Nein, das soll die Abteilung dort mitmachen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in zirka acht Monaten werden wir hier wieder beisammen sein und über das Budget 1995 beraten. (Abg. Dr. Lopátka: „Das ist aber bereits viel zu spät!“) Da machen wir schon die Endrunde. Ich hoffe, daß wir bis zu diesem Zeitpunkt schon sehr, sehr viel weiter sein werden mit dem Heimgesetz, mit dem Altenbetreuungsgesetz, mit der Novellierung des Sozialhilfegesetzes und daß wir dort diesen wichtigen Bereich soweit abschließen können, natürlich mit den richtigen Ziffern. Denn ich glaube, wir alle hier im Haus Anwesenden wollen ja doch das Beste für unsere Senioren, für unsere pflege- und hilfsbedürftigen Menschen. Wenn man den Menschen, die bei uns Hilfe suchen, wirklich helfen will, muß man auch den Mut zur Wahrheit haben. Wir Freiheitlichen, wir haben den Mut.

Meine verehrten Damen und Herren, wir müssen uns überlegen, wollen wir im Sozialbereich das Ende wie im sozialdemokratischen Schweden oder die Wende. Wir Freiheitlichen wollen die notwendige Wende zum Wohle aller hilfsbedürftigen Menschen in der Steiermark. Und wir stimmen daher der Budgetgruppe 4 zu. Ich danke sehr! (Beifall bei der FPÖ. – 17.06 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten und erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz (17.06 Uhr): Werter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Seit ich die Ehre habe, diesem Landtag anzugehören, und das sind fast 20 Jahre, war es für mich immer eine Selbstverständlichkeit, für soziale Belange ein klares Engagement an den Tag zu legen. Es gibt viele, die das in diesem Land tun, und ich sage es auch nur heute ausdrücklich, und es wird in den wenigsten Fällen davon gesprochen, weil es eigentlich selbstverständlich ist, daß jeder Abgeordnete sich gerade für

die Schwächsten und Betroffenen in dieser Gemeinde einsetzt. Ich bin daher auch besonders stolz, daß in den vergangenen sieben Jahren, von 1987 bis zu diesem Budget 1994 – und wir haben alle den Grund dazu, uns darüber zu freuen –, die Landesausgaben sich verdoppelt haben. 1987 eine Milliarde 339 Millionen und nunmehr 2 Milliarden 798 Millionen, das ist die Ausgangsbasis.

Es wurde vom Kollegen Lopátka, der eine hohe Glaubwürdigkeit in seinem persönlichen sozialen Engagement in diesem Land immer hatte, auch ruhig, klar und deutlich gesagt. Bitte, treiben wir nicht erstmals bei diesem heurigen Budget ein politisches Spiel mit den Sozialausgaben. Es ist nicht der Sache und auch nicht den Betroffenen geholfen damit. Der Entwurf, so wie er von Herrn Finanzlandesrat Ressel am 5. November 1993 eingebracht wurde, ist heute ohne jede Kürzung auf dem Tisch des Hauses. Ich möchte das an zwei Beispielen – weil sie immer wieder angezogen werden und ich einige Briefe bekommen habe, Kopien auch von anderen Briefen, wo behauptet wird, die ÖVP und FPÖ hat mehrheitlich, wie es wörtlich heißt, gekürzt oder herabgesetzt – herausheben. Die Beiträge für sozialökonomische Projekte: Entwurf 5. November Landesrat Ressel: 10 Millionen, sonstige Förderungsmaßnahmen (es sind auch teilweise solche Projekte dazu gefördert worden) ebenfalls 10 Millionen. Heute vorliegendes Budget, mehrheitlich beschlossen in der Landesregierung von Volkspartei und Freiheitlichen: Sozialökonomische Projekte 10 Millionen, Sonstige Förderungsmaßnahmen 10 Millionen. Derselbe Betrag, dieselbe Position, dasselbe gilt für den heute schon so oft angesprochenen Beitrag für die Grazer Fraueninitiative. Soforthilfe für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder. Wir kennen diese Einrichtung, wir wissen, wie wertvoll sie ist. Ressel-Entwurf 5. November 900.000 Schilling, heute vorliegender Vorschlag, beschlossen von ÖVP und FPÖ mit Mehrheit in der Landesregierung: 900.000 Schilling. Dazu ist gekommen, ebenso von dieser Mehrheit in der Landesregierung beschlossen, der Punkt 8 der uns allen vorliegenden Budgetvorlage für die Abwicklung des Landesbudgets. Punkt 8, in dem ausdrücklich von – ich sage es – unzähligen, zusätzlichen, wichtigen, interessanten, notwendigen und durchaus wünschenswerten Ausgaben aller Regierungsmitglieder einige wenige wörtlich angeführt werden, die aus den sogenannten allgemeinen Verstärkungsmitteln zu entnehmen sind. Das ist keine Möglichkeit, sondern das ist ein klarer Auftrag, den der Landtag mit Mehrheit oder mit Einheit, das wird sich noch zeigen, auch hier heute beschließen wird. Die im ursprünglichen Voranschlagsentwurf unberücksichtigt gebliebenen und seither von Regierungsmitgliedern vorgelegten Vorschläge und so weiter oder durch Landtagsbeschlüsse inzwischen zusätzlich genehmigten sind nicht alle zu erfüllen, das ist ausgeschlossen, aber eine Reihe von Dingen sind hier eigens angeführt: Sondergesellschaftszuschuß, Seilbahnen, Europäische Integration bitte, auch ein wichtiges Anliegen, das wir alle sehr befürworten, dann ausdrücklich „sowie zusätzliche Mittel für sozialökonomische Projekte“.

Genau die Projekte, die jetzt ständig Briefe bekommen, daß wir etwas gekürzt hätten. Im Gegenteil, wir haben zum Ressel-Budget Mittel zusätzlich vor-

gesehen, die, und das ist auch richtig, in der Zwischenzeit von der Frau Landesrätin beziehungsweise ihrem Vorgänger, in der Zwischenzeit in den Verhandlungen mehrfach auch beantragt wurden. Natürlich! (Abg. Minder: „Und von der Regierung zurückgestellt wurden!“) Ja, Entschuldigung! Wie viele, wie viele andere Anträge von allen Landesregierungsmitgliedern auch, weil sie nicht möglich sind. Nur, diese sozialökonomischen Projekte, Frau Minder, da können Sie so oft Sie wollen dagegenreden, sind ausdrücklich aufgenommen worden. Als Auftrag des Landtages an die Regierung, das aus den Verstärkungsmitteln zu nehmen. Ja bitte, was wollen Sie denn noch, als eine klare Entscheidung für diese Projekte? Lassen Sie doch diese Spielereien mit den Briefen, die da hinausgehen, daß die Volkspartei oder die Freiheitliche Partei Sozialabbau betreibe. (Abg. Minder: „Bitte, ich habe keinen Brief geschrieben!“) Sie haben keinen geschrieben, es ist auch alles korrekt was hinausgeht an Mitteilungen. Nur der Unterton bitte, der Unterton und die Formulierung „mit den Stimmen ÖVP und FPÖ werden gekürzt von 1,5 Millionen Schilling auf 900.000 Schilling“ ist sachlich falsch. Wir haben die Möglichkeit geschaffen, daß das Frauenhaus 900.000 Schilling im Budget und 600.000 Schilling darüber hinaus in der Regierung bekommt. (Beifall bei der ÖVP.)

Was beantragt wurde, ist akzeptiert worden und bitte nicht zurückgestutzt, nicht abgelehnt, nicht gekürzt worden. Und nur um das geht es. Machen wir hier kein Spiel auf dem Rücken derer, die es am notwendigsten brauchen.

Es wird heute noch einen Antrag von Freiheitlicher und Volkspartei gemeinsam geben, die dieses Faktum noch verdeutlichen werden. Und wir werden ihn wieder mit Mehrheit oder mit Ihnen gemeinsam beschließen. Wie Sie das halten wollen, ist selbstverständlich Ihre Sache. Das wird auch heute stattfinden. Ich sage Ihnen, nehmen wir diese Art von Politik zurück, die im Sozialbereich in diesem Haus und in diesem Land nie üblich war, des versteckten Zuschiebens von Sozialabbaurüchten, die nicht den Tatsachen entsprechen. Ich möchte auch sagen, weil auch in anderen Bereichen das so gehandhabt wurde. Der Landesrat Hirschmann hat mit der Frau Landesrätin Dr. Rieder vor wenigen Tagen, glaube ich – er hat es mir vorher gesagt – gesagt, „Frau Landesrat, es steht in der Vereinbarung, die wir heute im Landtag beschließen werden, die Regierung hat sie schon beschlossen, stellen Sie den Antrag für die sozialökonomischen Projekte in der Regierung, wir werden dem zustimmen.“ Nehmen wir bitte zur Kenntnis, daß soziales Engagement keine Sache der parteitaktischen Spiele sein darf! Wir wollen es weiter so halten! Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 17.15 Uhr.)

Präsident: Ich danke und erteile der Frau Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (17.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

In Österreich sind die Hälfte aller verheirateten Mütter und drei Viertel aller alleinlebenden Mütter berufstätig. Von den 154.476 in der Steiermark beruf-

tätigen Frauen haben 53.776, das sind mehr als ein Drittel, betreuungspflichtige Kinder. 40.333 Frauen sind vollbeschäftigt, und nur 13.441 sind teilzeitbeschäftigt. Allein auf Grund dieser Tatsache müßte die Schaffung von ausreichenden Kinderbetreuungseinrichtungen vorrangiges Ziel aller im Hohen Haus vertretenen Parteien sein! Daß dem leider nicht so ist, zeigte der jüngst mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ gefaßte Beschluß der Landesregierung, für die Tagesmütterprojekte lediglich 4 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sie haben ein falsches Konzept mit falschen Zahlen!“) 4 Millionen Schilling, oder entspricht das nicht den Tatsachen? (Abg. Dr. Maitz: „Sie hat schon vorher die Rede aufgesetzt, deshalb ist es jetzt falsch!“) Ungeachtet der Tatsache, daß am 17. Jänner in der Landesregierung einstimmig beschlossen worden war, für die zwei Tagesmütterprojekte in der Steiermark 9 Millionen Schilling für 1994 zu veranschlagen.

Entgegen Ihren Beteuerungen, im Sozialressort nicht zu kürzen, haben Sie wider besseren Wissens meine Damen und Herren der ÖVP und FPÖ (Abg. Dr. Lopatka: „Aber gehen Sie! Wer hat Ihnen das aufgesetzt?“), 5 Millionen Schilling gestrichen und damit die Tagesmütterprojekte als solche in Frage gestellt!

Noch ein paar Zahlen: (Abg. Dr. Lopatka: „Wer hat Ihnen das Konzept aufgesetzt?“) Was denken Sie wohl, Herr Kollege? (Abg. Dr. Lopatka: „Ich nehme an, es war Kollege Dörflinger, oder war es Dr. Flecker?“) Schöne Annahme! Dreimal dürfen Sie raten! (Abg. Dr. Lopatka: „Der Dr. Kois war es!“)

Noch ein paar Zahlen: Derzeit betreuen in der Steiermark 338 Tagesmütter 740 Tagespflegekinder. Insgesamt stehen – auch wiederum in der Steiermark – 207.829 Kindern im betreuungspflichtigen Alter nur 27.098 Kinderbetreuungsplätze gegenüber – das sind 13 Prozent. 20 Prozent der Kinder im betreuungspflichtigen Alter sind zwischen null und drei Jahren und 19 Prozent zwischen vier und sechs Jahren. Und noch immer betreuen zirka 40 Prozent der Kinder Verwandte. Tatsache ist aber auch, daß die Großfamilien abnehmen, es stehen immer weniger Familienangehörige zur Betreuung zur Verfügung. Die Zahl der berufstätigen Frauen steigt aber, und nicht zuletzt deshalb, weil das Einkommen des Mannes in der Regel oft nicht ausreicht, um eine Familie mit Kindern zu erhalten. Tagesmütterprojekte sind als Alternative zu den anderen Kinderbetreuungseinrichtungen – (Abg. Tasch: „Das stimmt überhaupt nicht!“) Haben Sie etwas dagegen, Herr Kollege?

Tagesmütterprojekte sind als Alternative zu den anderen Kinderbetreuungseinrichtungen eine flexible, den Arbeitszeiten der Mütter angepaßte und auch kostengünstigere Einrichtung. Sie ermöglichen den zu betreuenden Kindern Familienanschluß und Geborgenheit in häuslicher Atmosphäre und tragen somit wesentlich zur positiven Entfaltung der Kinder bei.

Die Tagesmutter steht in den überwiegenden Fällen, Herr Kollege Lopatka, in einem Arbeitsverhältnis, in welchem sie voll versichert ist und somit wertvolle Jahre für eine spätere Pension erwirbt.

Tagesmütterprojekte helfen daher nicht nur, Arbeitsplätze zu erhalten, sondern Arbeitsplätze auch zu schaffen. Und daher kommen für mich Tages-

mütter, die auf Werkvertragsbasis arbeiten, so wie dies von Ihnen, Herr Kollege Dr. Lopatka, gefordert wurde, absolut nicht in Frage. (Abg. Dr. Lopatka: „Warum nicht?“) Weil diese Tagesmütter überhaupt nicht abgesichert sind. Sie erhalten nie eine Pension. Und Sie wissen ganz genau, was das heißt, auf Werkvertragsbasis wo zu arbeiten. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir haben in der Steiermark, was die Tagesmütter betrifft, leider nicht den Deckungsgrad wie in Niederösterreich in Form eines Mischvertrages auf Werkvertragsbasis!“) Wollen Sie da jetzt die Kinder gegen die Tagesmütter ausspielen, Herr Kollege? (Abg. Dr. Lopatka: „Nein, ich sage, daß es andere Modelle in anderen Bundesländern gibt!“) Davon abgesehen, das müßten Sie eigentlich wissen, Herr Kollege Dr. Lopatka, sind bei den Tagesmüttern an und für sich wesentliche Merkmale von Dienstverhältnissen, und nicht von Werkverträgen, so daß ich meine, daß das auch aus rechtlicher Sicht äußerst problematisch ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Niederösterreichische Landesregierung sieht das anders!“) Sie kennen ja die Merkmale eines Dienstverhältnisses! (Abg. Dr. Lopatka: „Ich hoffe es!“)

Abschließend noch eines: Die hitzige Kindergarten-debatte des letzten Landtages und auch der Budget-debatte, aber vor allem des letzten Landtages, in welcher die ÖVP und die FPÖ in unverantwortlicher Weise gegen unsere Stimmen beschlossen haben, daß es in den bestehenden Kindergärten derzeit keine Obergrenzen hinsichtlich der Kindergruppenhöchstzahl geben soll, hat mir folgendes gezeigt: (Abg. Tasch: „Sie sind bei der falschen Gruppe!“) Es gibt bei bestehenden Kindergärten keine Höchstzahl. (Abg. Tasch: „Die falsche Gruppe!“) Diese Debatte jedenfalls, meine Damen und Herren, hat mir folgendes gezeigt: (Abg. Trampusch: „Der Unterschied ist, wir sind bei der falschen Haushaltsgruppe, ihr bei der falschen Kindergruppe!“) Was hat ein Richtwert für eine rechtliche Bedeutung, frage ich Sie. (Abg. Dr. Maitz: „Es gibt den Richtwert von 25! 1998 ist er zu erreichen!“) Ich spreche von denen, die bestehen, und da gibt es derzeit keine Obergrenze. Gut?

Diese Debatte jedenfalls hat mir folgendes gezeigt, meine Damen und Herren Abgeordneten: War es vor ein paar Monaten die von der Bundes-ÖVP geforderte Herabsetzung des Karenzurlaubsgeldes oder nun die von der Landes-ÖVP und FPÖ vorgenommene leichtfertige Änderung des Kindergartengesetzes, ist es die Verhinderung des Ausbaues der Tagesmütterprojekte oder die Kürzung der Mittel für sozialökonomische Projekte, die Liste ließe sich unendlich fortsetzen. Eines steht jedenfalls fest: Sozialabbau auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft zu betreiben, ist meiner Meinung nach eine äußerst zweifelhafte Methode der Budgetkürzung. (Beifall bei der SPÖ.) Und für diese zweifelhafte Methode der Budgetkürzung geben wir Sozialdemokraten uns jedenfalls nicht her.

Und abschließend, meine Damen und Herren, erlaube ich mir auch einen Antrag der Abgeordneten unserer Fraktion einzubringen, folgenden Inhalts:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Ansatz 1/439535 des Landesbudgets, Beiträge an private Jugendwohlfahrtsträger, für ambulante Unterbringungsmöglichkeit wird um 5 Millionen auf 9 Millionen Schilling erhöht.

Ich erlaube mir nun, diesen Beschlußantrag dem Herrn Präsidenten zu überreichen und danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. - 17.24 Uhr.)

Präsident: Danke, Frau Abgeordnete! Als nächstem erteile ich dem Herrn Präsidenten Mag. Rader das Wort.

Abg. Mag. Rader (17.24 Uhr): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Das Kindergartenthema scheint von Ihnen, meine Damen und Herren, anscheinend durch alle Budgetgruppen gezogen zu werden. Vermutlich werden Sie auch beim Straßenbudget über die Kindergärten reden oder was auch immer. Aber wenn Sie es schon anschneiden - (Abg. Trampusch: „Damit die Kinder nicht auf der Straße stehen, lieber Herr Kollege!“) Selbstverständlich, lieber Franz!

Aber wenn ihr es schon anschneidet, dann sage ich noch ein zusätzliches Wort dazu. Bei dieser Debatte und auch insbesondere jetzt beim Beitrag der Frau Kollegin Dr. Bachmaier-Geltewa, ist eigentlich herausgekommen, wo wir uns unterscheiden. Nicht bei den Ziffern und bei den Gruppen und was weiß ich. Wir unterscheiden uns in Wahrheit in der Grundauffassung, ob man alles, was man gerne erreichen möchte, mit Gesetz erzwingen muß oder ob es in diesem Land Menschen gibt, die selber wissen, was gut und richtig ist. Und wenn Sie mich fragen, dann ist es in Wahrheit eine völlige Überschätzung und Präpotenz einer gesetzgebenden Körperschaft zu glauben, besser zu wissen, wie man Kindergärten betreibt, als der Kindergartenerhalter selbst. (Beifall bei der SPÖ.) Denn zu glauben, daß, wenn wir keine Höchstgrenze vorschreiben von Kindergartengruppen, daß jeder Kindergartenerhalter in maßloser Ausnutzung und Verfolgung und Kinderverfolgung Gruppen von 100 Kindern macht, und wir müssen berufen sein, da irgend etwas zu beschließen, damit die endlich wissen, wo es lang geht, ist eine Überheblichkeit, die ich auch dem Landtag nicht zubilligen möchte. Weil wenn das so wäre, liebe Frau Kollegin, dann hätten wir überall mindestens 30 Kinder in allen Kindergartengruppen der Steiermark. Das ist ja überhaupt nicht der Fall. Es gibt einige Gruppen, 300 oder so etwas, die es ganz einfach nicht schaffen können, rechtzeitig die ganzen Dinge zu machen, außer wir zahlen es. Das haben wir ja damals bei der Beratung des Kindergartengesetzes gesagt, wir werden das nicht schaffen können, außer es treten jene Geburtenziffersenkungen ein, die uns damals prognostiziert worden sind. Die geringeren Geburtenziffern sind Gott sei Dank nicht eingetreten, Gott sei Dank, und daher schaffen wir das nicht, außer wir zahlen es, und wir können es nicht zahlen. Und da muß man halt wirklich, so wie der Kollege Ebner gestern gesagt hat, die Wahrheit sagen, auch wenn es weh tut, wir schaffen es nicht, und daher müssen wir das machen. Aber ich bin überzeugt, daß jeder Kindergartenerhalter selbstverständlich auf Grund seiner Verantwortlichkeit und in Zusammenarbeit mit seiner Kindergärtnerin auf ein Minimum der Kindergartengruppengrenze gehen wird, die er nur irgendwie finanziell schaffen kann. Und da braucht's keinen Landtag, da braucht's keine Verordnung und da braucht's keine Politiker, die hier großkotzig denen draußen erklären, wie es eigentlich hier langgehen soll.

Ich habe mich aber eigentlich zu einem anderen Thema melden wollen. Zu dem ich schon zweimal gesprochen habe und wo ich glaube, daß man endlich auch mit einem Beschlüßantrag den Schlußpunkt unter diese Debatte setzen soll, nämlich zu dieser unseligen Debatte über das Grazer Frauenhaus, die an sich lächerlich ist, das sage ich ganz offen, aber als Pars pro toto durchaus auch klarstellen soll, wie jetzt Politik gemacht wird.

Und ich habe ja volles Verständnis, daß der Herr Finanzreferent, wann immer dieses Thema zur Sprache kommt, blitzartig verschwindet und sich im Hause nicht blicken läßt, verstehe ich. Aber ich schneide das deshalb an – und ich habe das gestern schon gesagt –, wenn wir so Politik zu machen beginnen, daß man irgendwelche Popanze aufbaut, dann die armen Betroffenen aufhetzt und sagt „die Bösen tun euch alles wegstreichen, und wir sind die Guten“, dann werden wir das Klima in diesem Land nicht mehr verbessern können. Das sage ich zu Beginn dieser Debatte. Und als genaues Beispiel, es gibt viele – und ich habe das gestern schon erläutert, aber wir werden es nicht anschneiden –, dieser Vorgangsweise eignet sich genau diese Debatte Frauenhaus besonders. Und ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, um im Angesicht dieser Betroffenen ihnen das alles in aller Deutlichkeit noch einmal zu wiederholen, was Sie hier in Wahrheit getan haben. Und das ist ein ganz, ganz übles politisches Spiel, das in Wahrheit das Verhältnis zwischen alten Parteien, wenn es so weitergehen wird, in einer Form belasten wird, daß es wirklich zu unangenehmen Situationen kommt.

Meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, daß in jenem Budgetentwurf, den der Finanzreferent im Oktober der Landesregierung vorgelegt hat, ein Subventionsbetrag in der Größenordnung von 900.000 Schilling, das hat auch der Kollege Dr. Maitz schon erklärt. Und in keiner Beratung irgendwo ist vom Finanzreferenten in Frage gestellt worden, daß das eine korrekte Ziffer ist. Nie, überhaupt nie! Auch im Rationalisierungs-Ausschuß ist nie in Frage gestellt worden vom Finanzreferenten, daß das die konkrete Ziffer ist, die in Ordnung ist und die man geben sollte. Und auch von uns hat niemand dieses Thema auch nur angeschnitten, geschweige denn irgendwo hinterfragt, ob das nicht zuviel Geld sei, obwohl wir – und das sage ich auch ganz offen, auch angesichts der Betroffenen – im großen und ganzen bei jedem Posten gefragt haben „bitte brauchen wir das wirklich in dieser Größenordnung oder können wir da noch etwas sparen?“. Ja natürlich, das war ja unser Auftrag vom Landtag, jeden einzelnen Posten. Das Frauenhaus ist interessant, ich habe extra nachgelesen im Protokoll, von keinem einzigen Abgeordneten jemals angeschnitten worden und daher natürlich auch kein Schilling verändert worden. Dann haben wir im Landtag am 1. März diesen Beschluß des Rationalisierungs-Ausschusses zu einem Beschluß des Landtages erhoben und die Regierung aufgefordert, das Budget so umzuschreiben, daß es diesen Beschlüssen entspricht. Und jetzt hat der Herr Finanzreferent, abweichend von diesem Auftrag des Landtages – das sage ich jetzt zum ersten Mal, aber ich sage es jetzt – eine Änderungsliste vorgelegt, die nicht den Aufträgen des Rationalisierungs-Ausschusses entsprochen hat, sondern er hat

gesagt „bitte, ich habe die Regierungsmitglieder aufgefordert, auf Grund des Beschlusses des Landtages, ihre Anträge zu stellen“.

Also nicht er schreibt uns, sondern die Regierungsmitglieder haben das melden müssen, und er hat die Anträge der Regierungsmitglieder berücksichtigt. Schön, das war auf ÖVP- und FPÖ-Seite das Ergebnis des Rationalisierungs-Ausschusses, weil die haben sich ja daran gehalten, und bei den sozialistischen Referaten hat man die gute Gelegenheit benutzt, gleich ein bißchen aufzudoppeln. Insbesondere die Frau Kollegin Dr. Rieder hat geschwind noch einmal ein paar Millionen, einige Millionen, draufgelegt und hat sie beantragt, und der Herr Landesrat Ressel hat sie selbstverständlich in das Budget hineingeschrieben. Die berühmte Änderungsliste A. Und wenn Sie sich freundlicherweise die Mühe machen, diese Änderungsliste A zu lesen, in der der Herr Landesrat Ing. Ressel alle Anträge der Regierungsmitglieder, auch wenn sie nach oben und nicht nach unten gegangen sind, zu berücksichtigen, dann werden Sie mit Ihrem großen Interesse feststellen, daß die Subvention des Frauenhauses Graz noch immer unverändert blieb. Das heißt, daß selbst nach dem Beschluß des 1. März im Landtag die Frau Kollegin Dr. Rieder nicht beantragt hat, bei der Finanzabteilung die Subvention des Grazer Frauenhauses zu erhöhen, nicht beantragt hat zu erhöhen. Und daher haben wir selbstverständlich das zur Kenntnis genommen, und diese Summe steht im Budget. Vom ersten bis zum letzten Tag völlig unverändert im Budget, und nie hat es einen anderen Vorschlag im Bereich Landesregierung und Budgetentwurf gegeben.

Das ist die Wahrheit, das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren, und wenn Sie jetzt sagen und den Betroffenen einreden, wir hätten mit Mehrheit per Beschluß das Budget gekürzt, dann ist das etwas, was ich mit einem bestimmten Ausdruck bezeichnen müßte, es aber nicht tue, weil ich als Präsident hier oben sehr scharf darauf schaue, daß hier kein Verbalunfug stattfindet, aber ich sage in aller Freundlichkeit, das entspricht nicht der Wahrheit! (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist Schwindel! Etikettenschwindel!“) Man müßte an sich etwas anderes sagen!

Es entspricht nicht der Wahrheit! Und das sind nicht die einzigen Betroffenen, denen Sie solche Geschichten erzählen, und die natürlich zu Recht glauben, bitte, wir sind die Bösen, die ihnen alles herunterstreichen, wir haben keinen Groschen geändert, keinen Groschen geändert. Das behaupten Sie. Und wenn Sie so weitertun, dann sage ich noch einmal, dann werden wir größte Probleme miteinander kriegen, und zwar viel größere, als Sie jemals bis jetzt gehabt haben mit uns, das sage ich Ihnen auch.

Und wie lächerlich diese Auseinandersetzung ist, wie lächerlich, geht aus der Wortmeldung des Herrn Klubobmanns Dr. Maitz hervor. Wissen Sie, wie hoch das Sozialbudget ist? 2,7 Milliarden Schilling, 2,7 Milliarden Schilling, und da machen Sie ein Theater, weil Sie glauben, daß die Frau Landesrätin nicht in der Lage ist, diese 600.000 Schilling irgendwo umzuschichten. Da kann ich nur lachen, und ich sage Ihnen jetzt genau, warum ich lache. Und ich sage auch, warum ich das jetzt genau vor ihr anschneide.

Die Frau Landesrätin Dr. Rieder ist neu. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist ein Kompliment!“) Nicht mehr sehr neu, in der Zwischenzeit schon einige Zeit hier. Na bitte, dieses Lachen war ungerechtfertigt. Das hat sich bitte auf die Amtszeit bezogen, auf nichts anderes. Um das auch klar zu sagen. Und wir haben im Rationalisierungs-Ausschuß gesagt, bitte schön, da kommt eine neue Landesrätin, und wir können von ihr nicht verlangen, daß quasi zwei, drei Tage nach ihrem Amtsantritt wir uns schon mit ihr unterhalten, wo sie irgend etwas herunternehmen kann, weil bitte, das kann man von niemandem verlangen, daß er das blitzartig macht, und wir haben gesagt, es ist auch eine Frage – ich habe es bei unserem Parteitag wörtlich so formuliert – es ist auch eine Frage der Höflichkeit einer neuen Landesrätin gegenüber, daß man in ihren Bereich nicht eingreift, weil sie einer bestimmten Schonzeit selbstverständlich bedarf. Das ist in allen demokratischen Parlamenten so. Wir haben daher in diese Bereiche nicht eingegriffen. Und ich ärgere mich deshalb so, weil diese Rücksichtnahme, die wir genommen haben, mit derartigen üblen Methoden beantwortet wird. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wenn wir so miteinander umgehen, dann werden wir halt nie mehr Rücksicht aufeinander nehmen. Soll sein. Aber bitte, daß sie so beantwortet wird, diese Rücksichtnahme, das halte ich persönlich für eine Beleidigung und für unsere Vorgangsweise, meine Damen und Herren. Und ich sage Ihnen auch, warum wir das hätten tun können. Wir haben uns natürlich, weil Sie haben uns ja die Unterlagen im großen und ganzen verweigert, schön, das ist zwar nicht korrekt, aber Sie haben es halt getan. Wir haben uns natürlich informiert, und wir haben natürlich auch das Sozialbudget langfristig sehr genau angeschaut, bitte, was ist budgetiert worden, und was ist dann tatsächlich verbraucht worden. Und der Kollege Dr. Ebner hat es im Hause schon einmal erläutert – vor ein oder zwei Sitzungen –, er hat es sogar grafisch aufbereitet, er hat nur drei Positionen herausgenommen aus dem Sozialbudget von vielen, nämlich die sozialen Dienste, die unterstützende Erziehung und die volle Erziehung, hat die letzten Rechnungsabschlüsse hergenommen, hat das hochgerechnet auf das neue Budget und ist draufgekommen, und wir werden das ja beim nächsten Rechnungsabschluß sehen, daß mit höchster Wahrscheinlichkeit nur bei diesen drei Positionen, bei diesen drei Positionen, eine Überbudgetierung von 47,7 Millionen Schilling vorgenommen wurde. Ich schaue jetzt die anderen Positionen gar nicht an, so wird es wahrscheinlich das ganze Budget drübergehen. Das heißt, 47,7 Millionen Schilling werden Ihnen wahrscheinlich nur bei diesen drei Positionen übrigbleiben. Also, es wäre für Sie ein Klacks gewesen, verzeihen Sie, diese 600.000 Schilling, die für die Damen viel sind, aber in dem Zusammenhang bitte ein Trinkgeld, ein Klacks gewesen, die Geschichten umzuschichten, und es wäre überhaupt keine Diskussion gewesen, aber nein, Sie haben es nicht getan, um bitte üble Politik betreiben zu können, das sage ich in aller Deutlichkeit. Und jetzt, meine Damen und Herren, möchte ich das, die ganze Geschichte, gleich einmal klarstellen, damit da überhaupt, und ja, weil Sie so schauen und nicht glauben, daß der Finanzreferent irgendetwas kürzt, sondern der gute Onkel ist, ich rufe Ihnen nur in Erinnerung, der Herr Finanz-

referent hat uns in einer Regierungsvorlage mitgeteilt, für den Landesvoranschlag 1993 konnten wiederum nur durch rigorose Kürzungen des Finanzreferates der von den zuständigen Abteilungen beantragten Ausgaben ein vertretbares hohes Ausmaß der Zunahme an Nettoneuverschuldung erreicht werden. Natürlich hat er heruntergestrichen, und der Mann weiß, was er tut.

Wir haben uns auseinandergesetzt mit ihm, auch manchmal hart in den letzten Wochen, weil er natürlich nicht nur Finanzreferent des Landes ist, sondern von einer Partei nominiert und auf sie Rücksicht nimmt. Ich habe dafür Verständnis – bis zu einem gewissen Grad! Aber der Mann weiß wirklich, was er tut. Und ich weiß, daß er insgeheim nicht unfroh ist über das, was wir jetzt tun, nämlich in Wahrheit das zu tun, was seine Aufgabe ist, die Verschuldungsbereiche einzustoppen. Und daher vertrauen wir ihm auch. Und ich meine, um das einmal endgültig klarzustellen, damit das auch der Landtag in aller Deutlichkeit gut tut, und ich bin ja da neugierig, wie Sie sich da verhalten werden, sage ich ganz offen. Ich hätte diesen Antrag nicht gestellt, wenn nicht die Frau Kollegin Minder, die ich persönlich wirklich sehr schätze, trotz anderen Wissens hier da einen wirklich opportunistischen Antrag gestellt hätte, obwohl vorher angekündigt worden ist, das wird schon geregelt werden, aber trotzdem, nur um zu zeigen, wie gut sie ist, stelle ich namens auch des Kollegen Dr. Maitz, des Kollegen Dipl.-Ing. Vesko, also der beiden Klubobmänner, um gleich einmal klarzustellen, wie wichtig wir das nehmen, und des Kollegen Dr. Lopatka folgenden Beschlußantrag:

Durch verschiedene Informationen ist es in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit und unter den Betroffenen zu Unklarheiten über die Vorgangsweise bei der Erarbeitung der finanziellen Absicherung des Grazer Frauenhauses gekommen. Die unterzeichneten Abgeordneten sehen sich daher veranlaßt, Klarheit darüber zu schaffen, daß es in keiner Phase der Beratungen in Landesregierung, im Rationalisierungs-Ausschuß und im Landtag zu einer Veränderung der vom Finanzreferenten vorgeschlagenen Subventionssumme gekommen ist und gleichzeitig eine weitere Dotierung – darüber hinaus, sage ich dazu – zu ermöglichen.

Der Hohe Landtag wolle daher beschließen: Die vom Finanzreferenten Landesrat Ing. Hans-Joachim Ressel – SPÖ, sage ich dazu, wissen Sie sowieso, aber nur, damit Sie es wissen – vorgeschlagene und in keiner Phase der Budgetverhandlungen von ihm in Frage gestellten Dotierungen des Grazer Frauenhauses in der Höhe von 900.000 Schilling wird vom Landtag im Vertrauen auf seine Sachkompetenz akzeptiert. Punkt eins.

Punkt zwei: Und das steht auch in den Gesetzen. Die Landesregierung ist jedoch ermächtigt, im Falle eines dringlichen Mehrbedarfes Umschichtungen im Rahmen des beschlossenen Budgetvolumens vorzunehmen.

Und ich gehe davon aus, daß das passiert in dem Augenblick, wo die Frau Landesrätin Dr. Rieder das beantragt. Wir haben schlußendlich dafür 200 Millionen Schilling für Unvorhergesehenes vorgesehen. Ein Teil davon ist bereits vorgesehen, für die sozial-ökonomischen Projekte daraus zu entnehmen, aber

seien Sie mir versichert, wenn Sie rechnen können, es bleibt weitaus genug übrig, um jene 600.000 Schilling zu dotieren. Das wird geschehen, und ich meine, daß wir jetzt die Debatte über dieses unglückliche Kapitel steirischer Politik schließen sollten. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 17.41 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar (17.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Unsere sehr verehrte Landesrat Dr. Rieder hat bei ihrem Amtsantritt der Presse gegenüber gesagt, als sie gefragt wurde, wie ihr Amtsverständnis ist, „ich möchte allen helfen, die Hilfe brauchen“. Ich glaube, das ist ein klares Wort, wie man es von ihr gewohnt ist, wie wir es erwartet haben, wie es aber auch ausgesprochen wurde. Eine Gesellschaft wird danach beurteilt, wie sie mit denen umgeht, die auf Hilfe anderer angewiesen sind. Und gerade wir in den Bezirken, die wir ja ständig mit unseren Mitbürgern im engsten Kontakt sind, wissen, daß gerade die Menschen, die der Hilfe bedürfen, sehr sensibel sind, und denken wir daran, wenn wir von ihnen sprechen und mit ihnen sprechen, daß wir ihnen mit Respekt, mit Anstand, mit Achtung entgegenreten, weil sie in einer besonders schwierigen Situation sind. Und daß wir vor allem nicht vergessen, vor allem nicht ihre Würde verletzen.

Der Kollege Dr. Lopatka hat in seinen Ausführungen auf die verdienstvolle Tätigkeit der Caritas hingewiesen. Ich kann das nur aus meiner Sicht auch unterstreichen. Wir Abgeordnete in den Bezirken sind aber auch immer wieder konfrontiert, wenn Mitbürger zu uns kommen, die in einer besonders schwierigen Situation sind, in einer schwierigen Situation dann, wenn in ihrem Umfeld, in ihrer Familie, plötzlich eine Erkrankung so akut wird, daß Menschen im eigenen Bereich nicht mehr gepflegt werden können und an die Unterbringung in einem Pflegeheim gedacht wird. Wir alle wissen aus diesen Begegnungen, wie schwer es Menschen fällt, diese Entscheidung zu treffen, aber manchmal ist es eben nicht mehr anders möglich.

Ich möchte Frau Landesrat Dr. Rieder dafür herzlich danken, daß sie einen wichtigen Gedanken sofort aufgegriffen hat, daß auch oft Kurzpflege notwendig ist, vor allem gibt es ja auch viele Menschen, die ihre Familienmitglieder pflegen im heimischen Bereich unter schwierigsten Bedingungen und auch einmal ein Anrecht darauf haben, einen Urlaub zu verbringen. Und das war bis jetzt in unseren Landespflegeheimen ja nicht möglich, und ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Vorschlag durchgeführt wird, weil er vielen Menschen eine echte Entlastung bringen würde.

Und nun möchte ich auch das unterstreichen, was der Kollege Schinnerl gesagt hat. Entscheidend ist, wenn Menschen gepflegt werden, daß diejenigen, die die Pflege durchführen, auch die entsprechende Ausbildung haben. Ich habe schon gesagt: Respekt, Anstand, Achtung brauchen diese Mitbürgerinnen und Mitbürger, und es ist ganz, ganz wichtig, daß vor allem Menschen, die pflegen, als Pfleger und Pflegerinnen tätig sind, auch entsprechend ausgebildet sind.

Nun hat, sehr verehrte Damen und Herren, die Caritas der Diözese Graz-Seckau für die Errichtung einer Fachschule für Altendienste und Pflegehilfe für Berufstätige in Rottenmann einen Förderungsbetrag von 677.960 Schilling durch einen Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung zur Verfügung gestellt bekommen. Leider ist im heurigen Budget kein Ansatz für diese Position.

Aus den von mir genannten Gründen ersuche ich Sie, unserem Beschlußantrag der Abgeordneten Ussar, Minder, Vollmann und Gross, betreffend die Schaffung eines Ansatzes im Landesbudget „Schule für Altenpflegedienste Rottenmann“ in der Höhe von 930.000 Schilling zuzustimmen. Die Begründung: Mit einstigem Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 20. Dezember 1993 wurde der Caritas der Diözese Graz-Seckau für die Errichtung einer Fachschule für Altendienste und Pflegehilfe für Berufstätige in Rottenmann ein Förderungsbetrag von 677.960 Schilling zur Verfügung gestellt. Da im Landesbudget keine entsprechenden Fördermittel vorgesehen sind, ist die Weiterführung dieser Fachschule nicht gesichert.

Sehr geehrte Damen und Herren, es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Im Landesbudget ist ein Ansatz „Schule für Altenpflegedienste Rottenmann“ in der Höhe von 930.000 Schilling zu schaffen. Gerade die letzte Ausführung unseres Landtagspräsidenten Mag. Rader hat ja gezeigt, daß Mittel vorhanden sind. Er hat von 200 Millionen gesprochen. Ich glaube, hier würde man einer guten Sache dienen, und ich darf den Beschlußantrag überreichen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 17.46 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross.

Abg. Gross (17.46 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Trotz der flammenden Rede vom Herrn Klubobmann Dr. Maitz und der Belehrungsrede unseres sehr geschätzten Präsidenten Mag. Rader erlaube ich mir, noch zwei zusätzliche Forderungen zu stellen. Ich habe Sie sehr wohl verstanden, nur bin ich trotz Ihrer Appelle und auch des Rationalisierungs-Ausschusses noch immer der Meinung, daß diese Beträge korrekt – weil wir wissen, daß wir sie fortlaufend brauchen werden – im Budget verankert werden müßten und nicht aus Verstärkungsmitteln gezahlt werden. Doch zum Thema:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Bundesland Steiermark gibt es derzeit insgesamt zehn sozialökonomische Betriebe, die zirka 230 Arbeitsplätze für am Arbeitsmarkt benachteiligte Personen zur Verfügung stellen. Es sind dies die Vereine „BAN“, „Bycycle“ und „Modello“ in Graz, der Verein „Bunte Fabrik“ in Bruck, der Verein „Buglkraxn“ in Leoben, der Verein „Blasio“ in St. Radegund, der Verein „Chance B“ in Gleisdorf, die Vereine „Leonhardwerkstätte“ und „Regionalprojekt Frauen“ in Feldbach und der Verein „Lebenshilfe Radkersburg“ in Mureck.

Diese sozialökonomischen Projekte werden seit Jahren in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktverwaltung finanziert. Der wesentliche Kostenanteil (zwei Drittel der Gesamtkosten) wird von der Arbeitsmarktverwaltung getragen. Der Rest der Kosten wird zum überwiegenden Teil vom Land Steiermark und zu einem kleinen Teil von den Sozialhilfeverbänden beziehungsweise dem Magistrat Graz übernommen. Auf Grund der Verhandlungen mit der Arbeitsmarktverwaltung wurde der Finanzbedarf der sozialökonomischen Projekte für 1994 mit insgesamt 56,096 Millionen festgestellt. Auf das Land Steiermark würden entsprechende Förderungsaufteilungsvereinbarungen, insgesamt 15,7 Millionen Schilling, entfallen.

Im Zuge der Verhandlungen zum Budget 1994 wurde vom Sozialreferat immer wieder auf die Wichtigkeit dieser Förderung hingewiesen und eine Aufstockung der vorgesehenen, 10 Millionen auf 15,7 Millionen vehement gefordert.

Im von der Regierungsmehrheit nunmehr beschlossenen Budget sind jedoch nur 10 Millionen Schilling für die Förderung der sozialökonomischen Projekte vorgesehen, und es findet sich im diesbezüglichen Regierungssitzungsantrag der Präsidialabteilung lediglich die vage Anmerkung, daß seit dem ursprünglichen Voranschlagsentwurf durch Regierungssitzungsbeschluß zusätzlich genehmigte Vorhaben aus dem Ansatz „Allgemeine Verstärkungsmittel“ zu entnehmen sind. Wie ich dazu denke, habe ich ja bereits in meiner Einleitung gesagt.

In einem Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 17. Jänner dieses Jahres ist jedoch lediglich festgehalten, daß sich die Landesregierung für eine ausreichende Dotierung vorbehaltlich der Zustimmung des Steiermärkischen Landtages zum Landesvoranschlag 1994 für die sozialökonomischen Projekte besonders einsetzen wird. Eine Freigabe von Mitteln oder betragsmäßige Festlegung erfolgte im angeführten Regierungssitzungsbeschluß nicht.

Nachdem der Weiterbestand der sozialökonomischen Betriebe ganz wesentlich von der Landesförderung abhängt und sowohl die AMV als größter Förderungsgeber als auch die sozialökonomischen Projekte eine definitive Zusage durch das Land Steiermark benötigen, müssen die entsprechenden Budgetposten des Sozialressorts um 5,7 auf 15,7 Millionen Schilling aufgestockt werden. Daher darf ich namens der sozialdemokratischen Fraktion folgenden Beschlußantrag einbringen:

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zur Budgetgruppe 4 der Abgeordneten Gross, Minder, Dr. Bachmaier-Geltewä und Korp, betreffend den Ansatz 1/429045 des Landesbudgets „Beiträge für sozialökonomische Projekte“, Erhöhung um 5,7 Millionen Schilling auf 15,7 Millionen Schilling. Die Begründung habe ich einleitend gegeben. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Ansatz 1/429045 des Landesbudgets „Beiträge für sozialökonomische Projekte“ wird um 5,7 Millionen Schilling auf 15,7 Millionen Schilling erhöht. Ich darf den Antrag anschließend überreichen und möchte von meiner Möglichkeit einer zweiten Wortmeldung gleich Gebrauch machen. Genehmigt, Herr Präsident?

Präsident Mag. Rader: Die Geschäftsordnung sieht es vor, bitte schön!

Abg. Gross: Meine Damen und Herren!

Eine der großen Herausforderungen dieser Zeit ist die humane, das heißt menschenwürdige Bewältigung des Hilfe-, Betreuungs- und Pflegebedarfs. Diese kann nur gewährleistet werden, wenn – wie im Entwurf des Steiermärkischen Altenbetreuungsgesetzes vorgesehen – es im Sinne einer Professionalisierung und Qualitätsabsicherung im Bereich der Altenbetreuung und auch der Behindertenbetreuung unerlässlich ist, eine intensive und tätigkeitsgerechte Aus- und Weiterbildung anzubieten. Wozu wir ja auch laut Paragraph 15 a-Vertrag zum Pflegegesetz verpflichtet sind. Daher darf ich namens der sozialdemokratischen Fraktion folgenden Beschlußantrag einbringen:

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zur Budgetgruppe 4 der Abgeordneten Gross, Minder, Gennaro, Korp, betreffend die Schaffung eines Ansatzes im Landesbudget „Lehranstalt für heilpädagogische Berufe“ in Höhe von 970.000 Schilling.

Begründung: Durch die Einführung der Pflegevorsorge ist bereits jetzt eine verstärkte Nachfrage nach qualifizierten Behinderten- und Altenbetreuern vorhanden. Am 20. Dezember 1993 hat die Steiermärkische Landesregierung einstimmig den Beschluß gefaßt, der Caritas der Diözese Graz-Seckau für die Errichtung einer Lehranstalt für heilpädagogische Berufe in Graz einen Förderungsbeitrag von 632.300 Schilling zu gewähren. Um diese Lehranstalt weiterzuführen, sind im Sozialressort finanzielle Mittel bereitzustellen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Im Landesbudget ist ein Ansatz „Lehranstalt für heilpädagogische Berufe Graz“ in Höhe von 970.000 Schilling zu schaffen.

Ich darf diese Beschlußanträge dem Herrn Präsidenten überreichen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 17.54 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Zach.

Abg. Zach (17.54 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In einem Fortbildungsbuch für meine berufliche Arbeit bin ich über ein Gedicht gestolpert, das in einfachen Worten viel sagt. Es lautet:

„Wir werden von allen abgeschoben, wir lassen das mit uns machen, die Herren von der Verwaltung da oben, die können über uns lachen. Als zahlende Gäste sind wir gut, ansonsten unnütze Esser, wir ballen die Fäuste in heimlicher Wut und machen es leider nie besser. Damit ist jetzt Schluß, damit ist's jetzt aus, wir kommen aus unseren Löchern heraus, mit uns kann man's nicht mehr machen. Euch Herren vergeht noch das Lachen!“

Das, meine Damen und Herren, ist kein politisches Protestlied. Es ist ein Beschwerdegedicht, das Bewohner eines Altenheimes im Rahmen einer Selbsthilfegruppe an ihre Verwaltung richteten. Sein Inhalt ist aber leider für alle Randgruppen gültig. Viele von Ihnen wissen vielleicht, daß die Bezirksschülerver-

tretung Fürstenfeld erst vor kurzem ein Jugendparlament veranstaltet hat mit dem Thema „Sozialpolitik und Randgruppenproblematik“.

Die Titel der Arbeitskreise sprechen für sich. Sie lauteten: Asylpolitik – Flüchtlingsproblematik, Sozialpolitik in Österreich, Randgruppenintegration, Behindertenintegration, Rechtsradikalismus, Jugendkriminalität und Arbeitsmarktproblematik. Sie sehen also, alle unsere Gesellschaftsprobleme wurden hier angesprochen. „Wir werden von allen abgeschoben“ können Behinderte sagen, alte Menschen, ja Kranke, Jugendliche, ungeborene Embryos, Gehörlose, Blinde und so weiter. Ich bilde mir nicht ein, daß die große Welt durch ein Gedicht verändert werden kann. Die kleine Welt in jenem Altenheim wurde aber tatsächlich durch das Protestgedicht verändert, weil die Betroffenen in einer Gruppentherapie gelernt hatten, ihre Stimmung, ihre Gefühle, ja ihre Wünsche auszudrücken. Ich sehe meine Aufgabe darin, mitzuhelfen, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Randgruppen ermöglichen, selbst zu sagen, wo geht es uns schlecht, und was brauchen wir. Das Bemühen ist aber da, den Gesundheits- und Sozialbereich nicht nur neu zu ordnen, sondern Gesundheits- und Sozialpolitik so zu vernetzen, daß die bestmögliche Versorgung für unsere Bevölkerung gegeben ist. Vielleicht können die Betroffenen der Sozialpolitik vorwerfen, manches etwas zu spät in Angriff genommen zu haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Spargedanke zwingt uns dazu, das muß die Politik zugeben, es ist aber ein neues Bemühen erkennbar: Niemand darf durch das soziale Netz fallen. Soziale Sicherheit ist ein Grundrecht, das durch Schulden schon gefährdet werden kann. Die Veränderungen der Gesellschaft verlangen von der Politik, aktiv zu werden. Wir sind zur Zeit nur imstande zu reagieren, wir hinken der Entwicklung etwas nach, das wissen wir, weil wir einerseits fast keinen finanziellen Spielraum mehr haben, wir aber andererseits die künftigen Entwicklungen schon kennen: Die Überalterung der steirischen Bevölkerung, die Zunahme der Zweipersonenhaushalte, Zunahme der Singles – auch im Alter –, die Zunahme der alleinerziehenden Frauen, Zunahme der Behinderungen, die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Wenn ich an meinen Bezirk denke, derzeit halten wir bei 13 Prozent Arbeitslosen. Wie geht es diesen Menschen da draußen mit den vielen wirtschaftlichen Problemen? Mit der wachsenden und ansteigenden Zahl der Senioren muß auch ihr Mitspracherecht wachsen. Die politischen Parteien wären sicher gut beraten, die Senioren in Zukunft in ihre Arbeit und in alle Entscheidungen miteinzubinden. Die Schaffung von flächendeckenden Strukturen für Sozialeinrichtungen ist ein Anliegen aller Parteien.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in zehn Jahren sind wir der Tatsache nähergerückt, daß den jungen Menschen – dann gehören vielleicht nur mehr einige von Ihnen dazu – eine Großgruppe von Senioren gegenübersteht. Und die Politik muß sich darauf einstellen. Jeder Kranke, jeder alte Mensch kennt aus seinem Leben die Notwendigkeit, mit dem vorhandenen Geld auszukommen. Sparen war immer eine Tugend, das wird gerade von alten Menschen anerkannt, was aber die Sozialbürokratie nicht will.

Ich möchte einen Vergleich mit einer Familie anstellen. In einer Familie müssen Extraausgaben, wie Zahnregulierungen, Schulschikurs, Waschmaschinenreparatur, bei anderen Dingen eingespart werden. Die Frau wird weniger zum Friseur gehen, für die Reparatur werden Preisvergleiche angestellt. Befolgt die Familie diese Spargrundsätze nicht, gerät sie ins Trudeln, das wissen wir. Die Zahlen über Privatverschuldungen sprechen eine deutliche Sprache. Wir wollen den sozial Schwachen Hilfe und Unterstützung garantieren, deshalb hat auch die Bevölkerung nicht nur das größte Interesse, sie hat das Recht zu verlangen, daß die Steuergelder bestmöglich eingesetzt werden. Unsere Bürgermeister draußen in den Bezirken kennen die Problematik, sie kennen aber auch die Probleme mit den fehlenden Kontrollen, und sie werden uns immer daran erinnern, daß Kontrollen wichtig sind. Das Sozialbudget des Landes Steiermark ist von Jahr zu Jahr angestiegen. Statt aller Zahlen nenne ich nur zwei: 1990 1,6 Milliarden Schilling, 1994 2,8 Milliarden Schilling, da ist das Personal integriert. Die Sozialpolitik hat in der Familie ihren ersten, nicht einmal kleinsten Wirkungskreis, wenn man nur an Geburtenbeiträge, Kinderbeihilfe, Mutter-Kind-Paß, Pendlerbeihilfe, Karenzgeld und Familienförderung durch das Land Steiermark denkt. Familien sind in der Gemeinde zu Hause. Die Gemeinden sind es, die dem Kind neben der Familienerfahrung das erste Heimatgefühl vermitteln. Sie sind die Wurzeln für unsere alten Menschen, für Kranke und Behinderte die letzte unmittelbare Heimat. Auch deshalb möchten wir den Gemeinden die Hauptverantwortung und die nötigen Kompetenzen für alle Einrichtungen übertragen, die das Land Steiermark versprochen hat, flächendeckend einzurichten. Die in vielen Bezirken vorhandenen Sozialstrukturen werden eingebaut in die landesweiten.

Auch die Weltgesundheitsorganisation hat in ihrer Studie „Gesundheit für alle im Jahr 2000“ angeregt, basis- und gemeindenaher Gesundheitsprengel einzurichten und innerhalb der Sprengel zu koordinieren. Unsere Krankenschwestern draußen machen dies schon längst. Was haben wir erreicht? Wir haben das Bundespflegegeld! Damit haben die pflegebedürftigen Menschen erstmals die Möglichkeit bekommen, ein bedürfnisorientiertes und sozial gesichertes Leben zu führen. Sie können selbst entscheiden, wo sie gepflegt werden wollen, zu Hause in ihrer gewohnten Umgebung oder in einem Heim.

Wir haben erreicht, daß alle fünf Trägerorganisationen der Hauskrankenpflege in der Steiermark fast flächendeckend arbeiten. Sozialmedizinische Dienste, das Rote Kreuz, Volkshilfe, Steiermärkisches Hilfswerk, aber auch das Steirische Altenhilfswerk. Sie leisten großartige Arbeit. Einige Bezirke sind gut versorgt, das wissen wir, einige Bezirke weniger gut. Es ist noch viel Arbeit zu leisten.

In meinem Bezirk Voitsberg gibt es die Nachbarschaftshilfe, Hauskrankenpflege, die Heimhilfe von der Volkshilfe, das Psychosoziale Zentrum ist eine unverzichtbare Ergänzung. Im Bezirksaltenpflegeheim Voitsberg wird derzeit umgebaut, es kommen 72 Pflegebetten dazu. Die Umbauarbeiten laufen unter Hochdruck, die Lebensbedingungen für die Heimbewohner, aber auch die Arbeitsbedingungen des